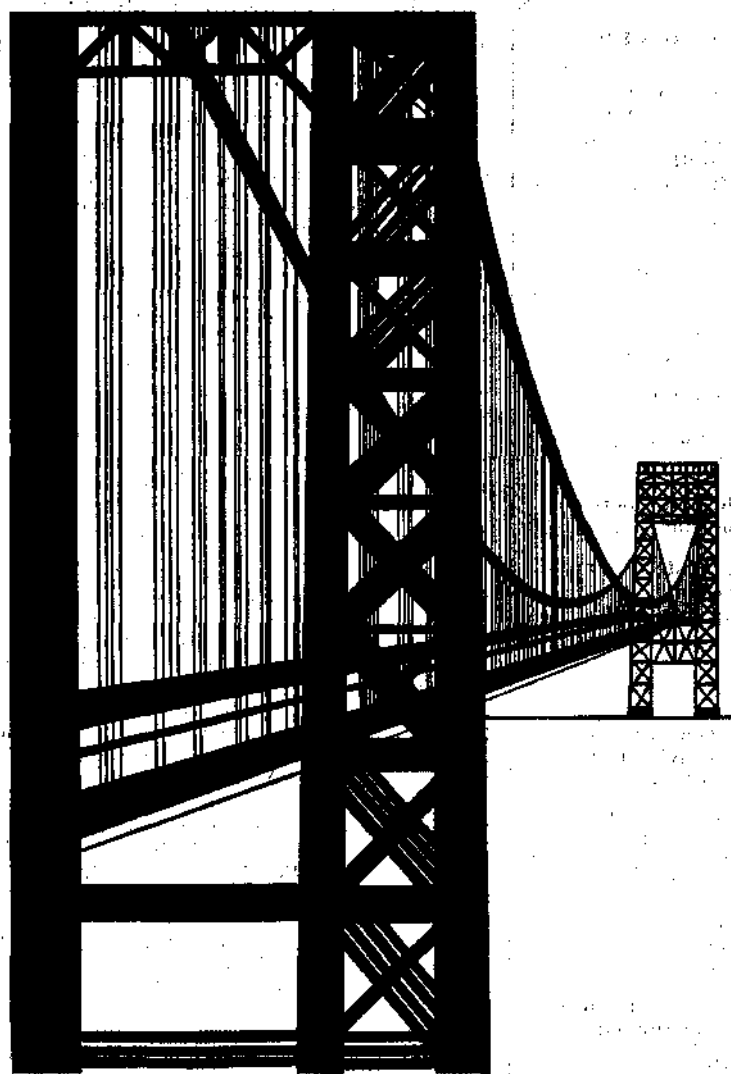


In die Zukunft



WISSEN UND TAT

Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus

22. Jahrgang / Heft 11/12

November-Dezember 1967

Einzelpreis 50 Pf

INHALT

Seite

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution — unerschöpflicher Kraftquell 2

Die Bedeutung des Werkes „Das Kapital“ von Karl Marx . . . 7

Notwendige Bemerkungen . . . 18

Die sozialistische Planwirtschaft hat ihre Überlegenheit bewiesen 22

50 Jahre Oktoberrevolution 28

Die KPD stellt zur Diskussion

Schul- und Wissenschaftsfragen . 32
Gesprächspartner Nr. 1: Die Arbeiter 35

Junge Genossen fragen — Wissen und Tat antwortet . . . 37

Zur Entwicklung der kommunistischen Partei Indonesiens 41

Für Unabhängigkeit, Demokratie und Frieden Südvietnams 49

Für die Mappe des Propagandisten . . 52

Tatsachen aus der DDR . . . 54

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution — unerschöpflicher Kraftquell für den Kampf der Arbeiterklasse

von MAX REIMANN

I

Zum 50. Mal jährt sich am 7. November das weltgeschichtliche Ereignis der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution. Wir Kommunisten begehen diesen Tag voller Stolz und mit großer Zuversicht und senden der kampferprobten Kommunistischen Partei der Sowjetunion, ihrem Zentralkomitee und dem Sowjetvolk herzliche Glückwünsche und brüderliche Kampfesgrüße.

Für uns Kommunisten und alle fortschrittlichen Kräfte in der Welt war und ist die Große Sozialistische Oktoberrevolution ein unerschöpflicher Quell der Begeisterung, des Vertrauens in die Sieghaftigkeit des Marxismus-Leninismus, in die große Kraft der Arbeiterklasse und des Volkes.

Der Sieg, den das Proletariat Rußlands unter Führung der Partei der Bolschewiki errang, hat die Welt grundlegend verändert. Zum ersten Mal in der Geschichte gelangte die politische Macht in die Hände der Arbeiter und Bauern, die von nun an gemeinsam mit allen fortschrittlichen Kräften ihre Geschicke selbst bestimmten. Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen wurde auf einem Sechstel der Erde für immer beendet. Das war die größte Befreiungstat in der Geschichte der Menschheit, der Beginn einer neuen Epoche, der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Der kapitalistischen Ausbeuterordnung wurde der schwerste Schlag versetzt.

Die Herren der Konzerne und Banken, die Großgrundbesitzer und Generale in den Hochburgen der kapitalistischen Welt waren von Schrecken erfüllt. Sie fürchteten die Ausstrahlungskraft des Großen Oktober auf ihre Länder. In der Tat gab es im Oktober des Jahres 1917 kein Land, in dem die Arbeiterschaft, vor allem ihr politisch organisierter Teil, nicht darüber diskutierte, welchen Weg sie gehen mußte, um auch bei sich die herrschenden Klassen zu stürzen, den Kapitalismus durch die sozialistische Gesellschaftsordnung zu ersetzen. Die junge Sowjetmacht war das Kraftzentrum, das leuchtende Beispiel für die revolutionären Arbeiter in der ganzen Welt.

Das war der Grund, warum die Interventionsarmeen der imperialistischen Staaten, darunter die der deutschen Imperialisten, von allen Seiten in den ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat einfielen, um gemeinsam mit der inneren Konterrevolution die Sowjetmacht zu vernichten und die Herrschaft des Kapitals wiederherzustellen. Dieser Plan mißlang. Erscheiterte am heldenhaften Widerstand der russischen Arbeiter und Bauern, die unter schwierigsten Bedingungen ihre Revolution verteidigten, an der internationalen Solidarität der Arbeiterklasse, die in Deutschland in der Bewegung „Hände weg von Sowjetrußland!“ ihren Ausdruck fand. Die Konterrevolution wurde zerschlagen, die Interventen wurden aus dem Lande gejagt.

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution übte auf die Entwicklung des Klassenkampfes in Deutschland einen tiefgehenden Einfluß aus. Die Spartakusgruppe, in der sich die revolutionären Vertreter der deutschen Sozialdemokratie vereinigt hatten, rief die Arbeiter auf, es den russischen Klassengenossen gleichzutun. Unter dem Eindruck des Friedensdekrets der Sowjetregierung entwickelten sich machtvolle Aktionen für die sofortige Beendigung des imperialistischen Krieges. Zu einem Höhepunkt dieses Kampfes wurde der politische Massenstreik im Januar 1918. An der Ostfront kam es zur Verbrüderung der russischen und deutschen Soldaten. Auch in Deutschland stand die proletarische Revolution, die Verwirklichung des Sozialismus auf der Tagesordnung der Geschichte.

Davon zeugt die Novemberrevolution, deren Heranreifen und Ausbruch durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution entscheidend beeinflußt wurde. Die deutsche Arbeiterklasse erhob sich gegen den deutschen Imperialismus

und Militarismus. Die revolutionären Arbeiter, Soldaten und Matrosen drehten die Gewehre um, legten die kaiserliche Monarchie hinweg, bildeten in Betrieben, Kasernen und an der Front Arbeiter- und Soldatenräte und erreichten im heldenhaften, opferreichen Kampf wichtige demokratische Rechte und Freiheiten für das Volk. Die Grundfrage der Novemberrevolution, die Vernichtung der Macht des Imperialismus und die Errichtung der politischen Herrschaft der Arbeiterklasse blieb jedoch ungelöst. Der Kaiser mußte fliehen, aber seine Generale und die Monopolherren, die Schuldigen am Kriege, blieben. Mit diesen Feinden des Volkes paktierten — hinter dem Rücken der kämpfenden Arbeiter und Soldaten — die sozialdemokratischen Führer Ebert, Noske und Scheidemann und verrieten den Sieg der Revolution.

In dieser Situation erkannten die besten Vertreter der deutschen Arbeiterbewegung, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Wilhelm Pieck und andere hervorragende Arbeiterführer, daß die deutschen Arbeiter, wie ihre Klassengenossen in Rußland, eine revolutionäre Kampfpartei brauchen, um ihre historische Mission erfüllen zu können. Im Feuer der Novemberrevolution gründeten sie am 31. Dezember 1918 die Kommunistische Partei Deutschlands. Das war ein Wendepunkt in der Geschichte Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung. Damit war die Basis für eine marxistisch-leninistische Kampfpartei, für die Einheit der deutschen Arbeiterklasse auf revolutionärer Grundlage geschaffen. Vom Tage ihrer Gründung an, dessen 50. Wiederkehr wir im kommenden Jahr begehen, kämpft die KPD gegen Imperialismus und Militarismus, für Frieden, Demokratie und Sozialismus.

II.

Nach der Befreiung Deutschlands vom Hitlerfaschismus durch die Sowjetunion wurde die Einheit der Arbeiterklasse im Gebiet der heutigen Deutschen Demokratischen Republik verwirklicht. Kommunisten und Sozialdemokraten schlossen sich im Jahr 1946 zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zusammen. Damit war die entscheidende Voraussetzung dafür

geschaffen, daß die Arbeiterklasse im Bündnis mit den demokratischen Kräften in Ostdeutschland die Macht übernehmen, Imperialismus und Militarismus beseitigen und eine antifaschistisch-demokratische Ordnung errichten konnte.

In Westdeutschland blieb die Arbeiterklasse gespalten. Auch hier erstreb-

ten Kommunisten, Sozialdemokraten und parteilose Arbeiter die Einheit der Arbeiterbewegung und trafen Vereinbarungen, gemeinsam mit dem demokratischen Neuaufbau in Wirtschaft und Staat zu beginnen. Aber es gelang den reaktionären Kräften mit Hilfe rechter Führer der SPD, im Bunde mit den imperialistischen Besatzungsmächten, die Einheitsbewegungen der Arbeiterklasse zu vereiteln und ihre Spaltung aufrechtzuerhalten. Wie in der Novemberrevolution 1918 erwiesen sich die rechten Führer der SPD in dem Moment, als die Arbeiterklasse die Chance hatte, auch in Westdeutschland einer demokratischen Entwicklung zum Durchbruch zu verhelfen, als Retter der von der Geschichte zum Abtreten verurteilten imperialistischen Ordnung.

III.

Betrachten wir die gegenwärtigen Verhältnisse in der Bundesrepublik, so können wir feststellen, daß sich eine ungeheure ökonomische und politische Machtkonzentration vollzogen hat. Aus der Vereinigung der Macht der Monopole mit der des Staates hat sich das staatsmonopolistische Herrschaftssystem entwickelt. Das hat die Aggressivität des deutschen Imperialismus und Militarismus in höchstem Grade verstärkt. Erneut bedroht er den Frieden und das Leben des deutschen Volkes und der Völker Europas.

Das staatsmonopolistische Herrschaftssystem sucht alle Bereiche der Wirtschaft und des gesellschaftlichen Lebens dem Ziel unterzuordnen, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges rückgängig zu machen, die DDR zu annektieren und die Grenzen in Europa zu verändern. Durch das reale Kräfteverhältnis gezwungen, bedienen sich die herrschenden Kreise dabei einer flexiblen Taktik, um ihre wahren Absichten zu verschleiern. Einerseits tun sie, als hätten sie den zweiten Weltkrieg gewonnen und versuchen, den Völkern Lehren zu erteilen, die mit dem Blut von Millionen Menschen den Sieg über den Hitlerfaschismus teuer erkauft haben und um keinen Preis eine Wiederholung der Schrecken der Vergangenheit zulassen werden. Andererseits gefallen sie sich in der

Um wenigstens in einem Teil Deutschlands die kapitalistische Herrschaft zu retten, brachen das westdeutsche Großkapital und die imperialistischen Westmächte das Potsdamer Abkommen, das vorsah, Imperialismus und Militarismus in ganz Deutschland zu beseitigen, demokratische Verhältnisse im ganzen Land zu schaffen, ein einheitliches und friedliebendes Deutschland zu errichten. Sie spalteten Deutschland und schufen einen westdeutschen Staat, die Bundesrepublik, die sie in das westliche Bündnis-system eingliederten. Das deutsche Monopolkapital konnte in Westdeutschland wie nach dem ersten Weltkrieg seine Kräfte erneut sammeln und seine ökonomische und politische Macht wiedererrichten.

Rolle der Unschuld und beteuern wie Hitler ihre Friedensliebe. Darum ist die Wachsamkeit vor allem unserer Bevölkerung, für die die Revanchepolitik ungeheure Gefahren birgt, ein dringendes Gebot.

Das staatsmonopolistische Herrschaftssystem bedroht die Demokratie. Die herrschenden Kreise wollen, um die Revanchepolitik im Innern abzusichern, eine Notstandsdictatur errichten, das Grundgesetz abschaffen und die verbliebenen demokratischen Rechte des Volkes beseitigen. Dem dient ein ganzes System aufeinander abgestimmter Maßnahmen, wie die Finanz-, Wahlrechts- und Strafrechtsreform.

Der staatsmonopolistische Kapitalismus erweist sich als unfähig, die Probleme der wissenschaftlich-technischen Revolution im Interesse der Arbeiter und des Volkes zu lösen. Es verhilft den Monopolen zu Höchstprofiten, verschleudert das Nationaleinkommen für eine maßlose Rüstung und verstärkt die soziale Unsicherheit der Werktätigen. Es steht im unversöhnlichen Widerspruch zu den Interessen der Mehrheit der Bevölkerung, der Arbeiter, Bauern, des Mittelstandes, der kleinen und mittleren Unternehmer und der jungen Generation. Es ist das größte Hindernis für eine friedliche und demokratische Entwicklung der Bundesrepublik.

50 Jahre nach der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution steht vor der Arbeiterklasse und allen fortschrittlichen Kräften der Bundesrepublik dringender denn je die Frage: Wie kann auch unser Land Anschluß finden an jene große geschichtliche Wende, die im Oktober 1917 in Rußland eingeleitet wurde? Was muß geschehen, damit sich auch in der Bundesrepublik eine grundlegende Veränderung des Kräfteverhältnisses zugunsten der Kräfte des Friedens, der Demokratie und des gesellschaftlichen Fortschritts vollziehen kann?

Eine Wende im Interesse des Volkes kann nur dann herbeigeführt werden, wenn kommunistische, sozialdemokratische, christliche und parteilose Arbeiter und alle fortschrittlichen Kräfte sich brüderlich die Hand reichen und sich über das Gemeinsame verständigen, was sie verbindet, wenn sie der Machtkonzentration des staatsmonopolistischen Kapitalismus ihre organisierte Kraft entgegenstellen. Nur so kann die Macht der Monopole zurückgedrängt und eine Veränderung des politischen Kräfteverhältnisses erreicht werden. Nur so können grundlegende demokratische Veränderungen durchgeführt werden, die den Arbeitern und ihren Gewerkschaften den entscheidenden Einfluß auf Wirtschaft, Staat und Gesellschaft sichern.

Gegenwärtig kommt es vor allem darauf an, daß sich die Arbeiter und alle fortschrittlichen Kräfte zu gemeinsamen Aktionen zur Verhinderung der Notstandsdictatur, zur Verteidigung des Grundgesetzes zusammenfinden.

Eine hohe Verantwortung für die Entwicklung in der Bundesrepublik tragen Kommunisten und Sozialdemokraten. Wenn sie sich auf der Grundlage ihrer gemeinsamen Interessen zusammenfinden, dann ist die wichtigste Voraussetzung geschaffen für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse, für das Zusammenwirken aller antimonopolistischen Kräfte. Darum unternehmen wir Kommunisten große Anstrengungen, um die freundschaftlichen Beziehungen zu den sozialdemokratischen Arbeitern und Funktionären zu entwickeln und zu festigen. Wir erwarten und wollen dazu beitragen, daß sie sich ihrerseits von antikommunistischen Vorstellungen freimachen,

die noch immer ein Hindernis für die Gemeinsamkeit waren. Als ideologisches Instrument der herrschenden Kreise besteht die Aufgabe des Antikommunismus darin, die Arbeiterklasse politisch zu entwaffnen, im Innern die unumschränkte Herrschaft des Monopolkapitals zu sichern und nach außen das Volk für einen neuen Krieg reif zu machen.

Es ist ein gutes Zeichen, wenn sich in den Gewerkschaften und in der SPD Stimmen mehrten, die vor dem Antikommunismus warnen und zur Vernunft mahnen. Zum ersten Mal seit 20 Jahren vereinbarten Gewerkschaften der Bundesrepublik einen Austausch von Studientelegationen mit den Gewerkschaften der Sowjetunion. Sie wollen sich mit eigenen Augen vom Aufbau des Kommunismus in der Sowjetunion und ihren Erfolgen überzeugen. Es wäre von großem Nutzen für den Kampf der Arbeiter und ihrer Organisationen in der Bundesrepublik, wenn sie gleichzeitig zur Arbeiterklasse und ihren Gewerkschaften in der DDR Kontakt aufnehmen und sich mit ihnen über die gemeinsamen Aufgaben zur Sicherung des Friedens verständigen. Noch gelingt es dem Großkapital, beträchtliche Teile der Arbeiterklasse zu verwirren und mit Hilfe des Antikommunismus starke Vorurteile gegen die DDR zu verbreiten. Hier eine Änderung herbeizuführen, ist die dringende Aufgabe vor allem der Mitglieder unserer Partei.

Je weiter sich das staatsmonopolistische System entwickelt um so mehr verschärft sich der Widerspruch zwischen den Monopolen einerseits und der Arbeiterklasse und dem Volk andererseits. Die Stärkung des Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse gewinnt daher höchste Bedeutung. Viele Arbeiter und Angestellte fragen sich heute: Warum gibt es in der sozialistischen Sowjetunion und in der DDR keine Arbeitslosen, keine Kurzarbeit, keinen sozialen Abbau? Warum sind dort Vollbeschäftigung, Wirtschaftswachstum, soziale Sicherheit für alle eine Selbstverständlichkeit? Diese Überlegungen machen es unserer Partei zur Aufgabe, ihre sozialistische Propaganda zu verstärken, vor der Arbeiterklasse die Frage der Macht zu stellen und ihr die Vorzüge des sozialistischen Gesell-

schaftssysteme zu erläutern. Dabei hilft uns das Beispiel der DDR, ihre wachsenden Erfolge in der sozialistischen Produktion und auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens. Dabei hilft uns das Beispiel des Aufbaus des Kom-

munismus in der Sowjetunion, helfen uns die großen Errungenschaften, die sich das Sowjetvolk unter Führung seiner Kommunistischen Partei seit der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution geschaffen hat.

IV.

Im Interesse einer friedlichen und demokratischen Entwicklung der Bundesrepublik braucht die Arbeiterklasse eine legale KPD. Nur sie kann der Arbeiterklasse und dem Volk eine Alternative zur Konzeption des staatsmonopolistischen Systems geben. Die herrschenden Kreise der Bundesrepublik fürchten die KPD. Deshalb suchen sie mit durchsichtigen Manövern den zunehmenden Forderungen aus der Bevölkerung nach Aufhebung des KPD-Verbots entgegenzuwirken. Regierungsvertreter sagen, die KPD könne sich jederzeit neugründen, wenn sie dem Marxismus-Leninismus abschwöre und bereit sei, sich den Auflagen der Regierung zu beugen. Was die Arbeiterklasse der Bundesrepublik braucht, ist nicht irgendeine sich kommunistisch nennende, von der Regierung abhängige Partei, sondern die freie, legale Betätigung unserer Partei als eine marxistisch-leninistische Partei, die konsequent an den sozialistischen Zielen der Arbeiterklasse festhält. Wir haben unsere Bereitschaft erklärt, jederzeit in Verhandlungen mit der Regierung über Wege zur Wiederzulassung der KPD einzutreten. Doch unsere Weltanschauung kann und wird niemals Handelsobjekt sein. Wir werden noch größere Anstrengungen unternehmen, um unsere Partei politisch, ideologisch und organisatorisch zu festigen, um sie zu befähigen, sich eng mit den breitesten Schichten der Bevölkerung zu verbinden und deren Interessen wahrzunehmen. So werden sich die Arbeiterklasse und alle Werktätigen davon überzeugen, daß die KPD die entschiedenste Vertreterin ihrer Interessen ist und

mit uns gemeinsam für die Legalität unserer Partei eintreten.

Unsere Partei ist von ihrer Gründung an mit dem neuen Zeitalter, das im Oktober 1917 eingeleitet wurde, untrennbar verbunden. Sie ist Teil der internationalen kommunistischen Weltbewegung. Ihre brüderliche Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Partei der Sowjetunion beruht auf völliger Übereinstimmung in allen ideologischen und politischen Grundfragen. Gemeinsam wirken unsere Parteien für die Einheit der kommunistischen Weltbewegung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus. Wir sind mit der Mehrheit der kommunistischen und Arbeiterparteien einer Meinung, daß im Interesse der Festigung der Reihen der kommunistischen Weltbewegung, im Interesse des entschiedenen Kampfes gegen den Imperialismus und der Aktionseinheit aller antimperialistischen Kräfte die Einberufung einer internationalen Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien immer dringender wird.

Die Geschichte der ersten 50 Jahre des neuen sozialistischen Zeitalters vermittelt uns die entscheidende Lehre: Die feste Freundschaft mit der Sowjetunion und ihrer Kommunistischen Partei und den anderen sozialistischen Staaten ist für die Arbeiter der Bundesrepublik eine zuverlässige Garantie für die Erfüllung ihrer gegenwärtigen Hauptaufgabe, Imperialismus und Militarismus zu überwinden und unserem Volk Frieden, Demokratie und gesellschaftlichen Fortschritt und Wohlstand zu sichern.

Gegenwärtig gibt es in der UdSSR 760 Universitäten und Hochschulen, an denen 4 100 000 Studenten immatrikuliert sind. Die Hochschulen der Republiken, zu denen jährlich neue hinzukommen, bilden unter anderem Ingenieure, Agronomen, Ärzte und Lehrer aus. An den 41 Universitäten, von denen 27 erst nach der Oktoberrevolution gegründet wurden, werden vorwiegend wissenschaftliche Kräfte ausgebildet.

Die Bedeutung des Werkes „Das Kapital“ von Karl Marx

Anlässlich der 100. Wiederkehr des Tages, an dem im Jahre 1867 der erste Band von Karl Marx, „Das Kapital“, erschien, wurde am 12. September 1967 in Berlin eine internationale wissenschaftliche Session des ZK der SED durchgeführt. In einem Referat würdigte Walter Ulbricht das revolutionäre wissenschaftliche Werk Karl Marx' und gab eine theoretische Begründung der Politik und des Kampfes der Arbeiterklasse in Deutschland im Lichte des Hauptwerkes von Karl Marx. An der Veranstaltung nahmen mehr als 40 Delegationen von kommunistischen und Arbeiterparteien aus sozialistischen Ländern, kapitalistischen Staaten und den Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas teil. Von unserer Partei nahm eine Delegation unter Leitung des Genossen Hugo Machalett, Mitglied des ZK, teil. Nachstehend veröffentlicht Wissen und Tat Auszüge aus der Rede von Walter Ulbricht.

Am 14. September 1867 erschienen im Hamburger Verlag von Otto Meißner die ersten 1000 Exemplare des epochenmachenden Werkes „Das Kapital“. Inzwischen ist nach unserem Wissen der erste Band in 43 Sprachen übersetzt worden und hat 220 Ausgaben erreicht. Allein in der UdSSR sind in den Jahren der Sowjetmacht über 6 Millionen Exemplare aller drei Bände des „Kapitals“ in 18 Sprachen gedruckt worden. In der DDR erreichte die Auflagenhöhe 888 000 Exemplare.

Ein halbes Jahr nach dem Erscheinen des „Kapitals“ schrieb Friedrich Engels, der Mitbegründer des wissenschaftlichen Sozialismus und treue Gefährte Karl Marx': „Solange es Kapitalisten und Arbeiter auf der Welt gibt, ist kein Buch erschienen, welches für die Arbeiter von solcher Wichtigkeit wäre wie das vorliegende.“¹⁾ Mit Fug und Recht können wir sagen, daß diese Einschätzung noch heute volle Gültigkeit hat. Dieses Buch hat den Auftakt zur Wende in der Geschichte der Menschheit gegeben.

Karl Marx deckte das Wesen des kapitalistischen Eigentums und den daraus resultierenden unversöhnlichen Klassengegensatz zwischen Kapitalisten und Arbeiter; zwischen den Besitzern und den Nichtbesitzern der Produktionsmittel auf. Auf dieser Grundlage entwickelte er die Theorie vom Mehrwert, mit der er den wissenschaftlichen Beweis für die Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten antrat.

Die Klasse der Kapitalisten, im Besitz der politischen und wirtschaftlichen Macht, eignet sich absolut und relativ wachsenden Mehrwert an. Die Kapitalisten werden immer reicher; die Angehörigen der Arbeiterklasse, die ökonomisch gezwungen sind, ihren einzigen Besitz, ihre Arbeitskraft als Ware zu verkaufen, bleiben Ausgebeutete, selbst wenn sie im Kampf ihren Lebensstandard erhöhen können.

Die Lehren, die Karl Marx im „Kapital“ dargelegt hat, befähigen die Arbeiterklasse den Klassenkampf auf wissenschaftlicher Grundlage zu führen. Das „Kapital“ wurde gemeinsam mit dem „Manifest der Kommunistischen Partei“ zum theoretischen Ausgangspunkt der Strategie und Taktik der Arbeiterklasse für den Sturz des Kapitalismus und für den Aufbau der neuen sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Im „Kapital“ begründet Karl Marx die zentrale Kategorie des historischen Materialismus, die ökonomische Gesellschaftsformation. Er weist die Gesetzmäßigkeit der historischen Aufeinanderfolge der verschiedenen Gesellschaftsformationen nach und deckt auf, daß sich jede Gesellschaftsformation durch grundlegende, ihr immanente Gesetzmäßigkeiten von den anderen qualitativ unterscheidet.

Indem Karl Marx den Begriff der Gesellschaftsformation und die bestimmende Rolle der Produktionsweise der materiellen Güter definierte, arbeitete er zugleich die Theorie vom Systemcharakter der Gesellschaft aus.

¹⁾ K. Marx / F. Engels, Werke Bd. 16, Dietz Verlag 1962, S. 235.

Diese Theorie besagt, daß jeder gesellschaftlichen Formation ein bestimmtes System ökonomischer Gesetze zugrunde liegt und diese Gesellschaft durch eine Komplexität der verschiedensten gesellschaftlichen Beziehungen gekennzeichnet ist, die einer be-

stimmten Entwicklungsetappe der menschlichen Gesellschaft entsprechen. Von dieser Theorie ließen wir uns leiten, als wir auf dem VII. Parteitag beschlossen, in der DDR das entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus zu errichten.

Staatsmonopolistischer Kapitalismus und Kampf der westdeutschen Arbeiterklasse

Die Analyse des Kapitalismus war für Marx gleichbedeutend mit der Aufdeckung der Gesetze der Entstehung, Entwicklung und Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise. Ihm ging es im „Kapital“ darum, wie er schrieb, „das ökonomische Bewegungsgesetz der modernen Gesellschaft zu enthüllen...“²⁾

Es ist nicht verwunderlich, daß die bürgerlichen Ideologen der Bundesrepublik nach wie vor diese Marx'schen Erkenntnisse entschieden bekämpfen. Sie stützen sich dabei vor allem darauf, daß der kapitalistische Staat in der Wirtschaft eine qualitativ neue Rolle spiele. Sein Hauptanliegen sei, Gemeinwohl, soziale Gerechtigkeit und Sicherheit zu gewährleisten. Allenfalls hätten die Marx'schen Erkenntnisse im 19. Jahrhundert Gültigkeit besessen, aber heute wären sie nicht mehr zutreffend. Das „Kapital“ enthält eben nicht nur die Analyse eines spezifischen Entwicklungsstadiums des Kapitalismus, sondern die Analyse der für den gesamten Kapitalismus gültigen grundlegenden Prozesse und Gesetze des Wesens des Kapitalismus. Die von Marx gegebene Analyse entspricht dem gegenwärtigen Kapitalismus in vieler Beziehung noch mehr als dem Kapitalismus, wie er vor 100 Jahren existierte.

Widersprüche haben sich zugespitzt

Entgegen allen Theorien der bürgerlichen Ideologen von einer angeblichen Transformation des kapitalistischen Systems muß festgestellt werden: Die neue Rolle, die heute der Staat im Wirtschaftsleben spielt, ist nur Ausdruck dafür, daß in der Bundesrepublik der Prozeß des Hinüberwachsens des monopolistischen Kapitalismus in den staatsmonopolistischen Kapitalismus vollzogen ist.

²⁾ K. Marx / F. Engels, Werke Bd. 23, Berlin 1962, S. 15/16.

Prüft man, wer Wirtschaft und Gesellschaft in der Bundesrepublik beherrscht, wem die entscheidenden Produktionsmittel gehören, dann findet man, daß es nach wie vor die stärksten Monopolgruppen sind. In ihrem Interesse mobilisiert der Staat in gewaltigem Ausmaß Kapital und wendet es an, steuert und lenkt er global den Reproduktionsprozeß. Deshalb ist es auch ganz zwangsläufig, daß die gesellschaftliche Stellung der übergroßen Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung, der Arbeiterklasse, durch ihre Eigentumslosigkeit an den Produktionsmitteln bestimmt wird. Ihre Arbeits- und Lebensbedingungen, ihre Existenz hängt wie eh und je vom Verkauf der Arbeitskraft ab, was in der gegenwärtigen Krise erneut bestätigt worden ist und wird.

Die Verflechtung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates schützt die Arbeiter weder vor Entlassungen und Feierschichten noch vor Angriffen auf Löhne und soziale Erwerbsbedingungen. Im Gegenteil! Staat und Monopole gehen gemeinsam vor und versuchen, die gegenwärtige Depression zu Lasten der Arbeiter und der anderen werktätigen Schichten zu überwinden.

Die kapitalistischen Widersprüche haben sich in Westdeutschland besonders im Zusammenhang mit der stürmischen Entwicklung der wissenschaftlich-technischen Revolution zugespitzt. Eine Zeitlang hat die technische Revolution dem westdeutschen Kapitalismus die Möglichkeit gegeben, neue Produktionszweige zu schaffen und den Produktionsapparat in wesentlichen Teilen zu erneuern. In dieser Zeit gewährte die Bourgeoisie aus den steigenden Profiten der Arbeiterschaft

gewisse ökonomische Zugeständnisse. Sozialdemokratische Führer phantasierten von der krisenlosen Wirtschaft, vom Wohlstandsstaat und vom Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus ohne Klassenkampf.

Die westdeutsche Großbourgeoisie hat jedoch wenig beachtet, daß die wissenschaftlich-technische Revolution die inneren Widersprüche in Westdeutschland unter der Oberfläche schnell verschärfte. Sie vergrößerte auch die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen Entwicklung der kapitalistischen Länder, was besonders im qualitativen Zurückbleiben Westdeutschlands gegenüber den USA auf wichtigen Gebieten zum Ausdruck kam. Die wissenschaftlich-technische Revolution verschärfte den Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt und veranlaßte das westdeutsche Großkapital, die Ausbeutung in den Betrieben zu verschärfen, wodurch sie den Klassenkampf in Westdeutschland zuspitzte. Es kam hinzu, daß durch die strukturellen Änderungen in der Industrie Teile der Arbeiterklasse, wie z. B. die Ruhrbergarbeiter, zu dauernder Arbeitslosigkeit verurteilt wurden und infolge der Rationalisierung Arbeiterentlassungen auf der Tagesordnung standen. Die Bourgeoisie schuf eine industrielle Reservearmee, um den Abbau sozialer Errungenschaften zu erzwingen und einen frontalen Angriff gegen die gewerkschaftliche Tarifpolitik zu führen.

Das westdeutsche Monopolkapital versucht, die Widersprüche zu lösen durch Expansionspolitik, durch Erringen der führenden Rolle in der EWG und gegenüber den EFTA-Staaten, durch Einbeziehung der DDR in das Ausbeutungsgebiet des westdeutschen Monopolkapitals, durch das Zurückdrängen des Sozialismus in den anderen sozialistischen Staaten und durch Verhinderung des nichtkapitalistischen Weges in den befreiten Nationalstaaten. Zu diesem Zwecke betreibt es eine gewaltige Rüstungsproduktion, die weiter zur Verschärfung der inneren Widersprüche beiträgt.

Die neue Rolle des Staates

Das Monopol als das ökonomische Hauptmerkmal des Imperialismus existiert nicht mehr nur als einfaches

^{*)} Vgl. W. I. Lenin, Werke, Band 25, Berlin 1960, S. 370.

Gerade das schnelle Fortschreiten der wissenschaftlich-technischen Revolution bewirkt, daß der Kapitalismus dem Volk keine soziale Sicherung gewähren kann, daß ein Teil der Arbeiterschaft und der Intelligenz für lange Zeit aus dem Produktionsprozeß ausgeschaltet wird. Für die Atomrüstung und den ungeheuren Machtapparat zur Niederhaltung und zum Betrug des Volkes werden riesige ökonomische Mittel vergeudet. Das macht es Westdeutschland unmöglich, das Tempo der wissenschaftlich-technischen Revolution auf den Hauptgebieten mitzuhalten.

Auf Grund der Analyse der Entwicklung des Imperialismus in Westdeutschland kommen wir zu der **Schlußfolgerung: Die grundlegenden Widersprüche des kapitalistischen Systems haben sich so zugespitzt, daß die Verflechtung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates objektiv zur einzig möglichen Existenzbedingung des Imperialismus von heute geworden ist. Der staatsmonopolistische Kapitalismus ist zur bestimmenden Entwicklungsform der kapitalistischen Produktionsverhältnisse geworden.** Eine Rückkehr zu alten Formen des Kapitalismus ohne Verflechtung der Macht der Monopole mit der des Staates ist nicht mehr möglich. In diesem Sinne ist der staatsmonopolistische Kapitalismus eine selbständige Entwicklungsphase des Imperialismus. Auf sie trifft die Voraussage Lenins zu, daß der staatsmonopolistische Kapitalismus **materielle Vorbereitung des Sozialismus, seine unmittelbare Vorstufe ist.**^{*)} Dieser Satz Lenins bezieht sich auf den hohen Grad der Vergesellschaftung der Arbeit und die gesetzmäßig daraus resultierenden Formen der Leitung des gesellschaftlichen Reproduktionsprozesses. Das Wesen des staatsmonopolistischen Kapitalismus als gesellschaftliche Ordnung, als Ganzes, ist natürlich dem Sozialismus diametral entgegengesetzt, da das kapitalistische Eigentum, die objektive Grundlage des Klassengegensatzes, nicht beseitigt ist.

Privatmonopol, sondern es wird staatlich garantiert. Als Produktionsverhältnis kann es sich heute nur noch mit Hilfe des Staates realisieren. Die grundlegenden Prozesse der gesell-

schaftlichen Reproduktion wie die kapitalistische Ausbeutung und damit die grundlegenden Klassenbeziehungen, die Entwicklung von Wissenschaft und Forschung, die Akkumulations-tätigkeit, die Marktbewegungen usw. können nicht mehr allein privat, sie müssen staatsmonopolistisch organisiert und geleitet werden.

Indem sich die Monopole mit den Potenzen des Staates verflechten, erreicht das System seine höchste Entwicklungsstufe. Die ökonomische und politische Machtkonzentration in den Händen des Monopolkapitals wird auf die Spitze getrieben. Die dem Monopol immanente Tendenz nach absoluter Herrschaft über alle Bereiche der Wirtschaft und des gesellschaftlichen Lebens setzt sich immer vollständiger durch. Sie ist auf die Zusammenfassung aller Kräfte des kapitalistischen Systems unter seinem Kommando gerichtet.

Der imperialistische Staat erweitert in gewissem Maße durch seine regulierende Tätigkeit den Spielraum für die Bewegung der Produktivkräfte. Das Ergebnis ist ein weiteres Anwachsen des gesellschaftlichen Charakters der Produktion. In diesem Prozeß verschafft die staatsmonopolistische Regulierung den Monopolen neue, größere Möglichkeiten der Mobilisierung und Disposition über das gesellschaftliche Gesamtkapital. Ein immer größerer Teil des gesellschaftlichen Reichtums wird in den Händen der Finanzoligarchie konzentriert. Die staatsmonopolistische Regulierung wird benutzt, um das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln am Leben zu erhalten.

Aus dieser Vertiefung des Grundwiderspruchs ergibt sich die weitere Zuspitzung des Widerspruchs zwischen dem Gesetz der Anarchie und Konkurrenz und den Tendenzen nach Planung im gegenwärtigen Kapitalismus. Die Organisation der Produktion gilt heute nicht nur in einem Betrieb oder in

einem Industriezweig, sondern sie erfaßt die gesamte kapitalistische Wirtschaft. Heute stoßen ständig die entgegengesetzten Tendenzen von Organisation und Desorganisation, von Planung und Anarchie im Rahmen der ganzen kapitalistischen Gesellschaft aufeinander. Das kann auch nicht anders sein, solange die Notwendigkeit einer planmäßigen Steuerung des Reproduktionsprozesses mit Hilfe des Staates den Profit- und Machtinteressen des Monopolkapitals untergeordnet ist. Hieran wird die Widersprüchlichkeit und historische Begrenztheit des staatsmonopolistischen Kapitalismus deutlich. Indem der Staat in den Vordergrund seiner ökonomischen Tätigkeit die Aufgabe stellt, das kapitalistische System ökonomisch, politisch und militärisch zu sichern, indem er also die allgemeinen, kollektiven Interessen der Monopolbourgeoisie vertritt, gerät er unweigerlich in Konflikt mit den Interessen der werktätigen Massen, mit den Produktivkräften und speziell mit der Wissenschaft; er kann auch in Konflikt geraten mit den spezifischen Interessen einzelner Monopole bzw. Monopolgruppen. Ständig treten daher Gegenwirkungen gegen die einzelnen staatlichen Regulierungsmaßnahmen auf und stellen ihre Wirksamkeit in Frage. Die ökonomische Tätigkeit des kapitalistischen Staates kann weder das Marktproblem lösen noch die Krisen aus der Welt schaffen.

Jeder Schritt in der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus ist mit einer weiteren Konzentration der ökonomischen und politischen Macht des Monopolkapitals, mit einer weiteren Vertiefung des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit verbunden. Die volle Herausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus führt somit dazu, daß der Gegensatz zwischen arm und reich, der Gegensatz zwischen den Interessen der Mehrheit des Volkes und den herrschenden Finanzmagnaten immer größer wird.

Der staatsmonopolistische Kapitalismus und das ökonomische Gesetz der Krise

Das Wort Krise ist in Westdeutschland wiederum zu einem geflügelten Begriff geworden. **Nach wie vor wirkt das von Marx entdeckte Krisengesetz.** Natürlich hat der staatsmonopolistische Kapitalismus neue Bedin-

gungen hervorgebracht, die zu spezifischen Formen seines Wirkens führten. So entladen sich z. B. antagonistische Widersprüche anders als früher, nicht mehr nur in der Krise selbst, sondern auch in anderen Phasen des ökonomi-

schen Prozesses. Beispiele dafür sind Dauerarbeitslosigkeit als Folge der Automatisierung, Finanzkrisen u. a. **Einige Anzeichen deuten darauf hin, daß die für Länder wie die USA typische Erscheinungsform des Krisengesetzes auch für Westdeutschland immer mehr charakteristisch wird, nämlich die Verflechtung von lang anhaltender zunehmender Labilität und häufigen Krisen, die meist nur als Teilkrisen bzw. als kurzfristige allgemeine Überproduktionskrisen in Erscheinung treten.** Dabei lehrt die Praxis der herrschenden Kreise der USA, daß sie in solchen Situationen immer stärker den Ausweg in forciertem Rüstung und in begrenzten Kriegen suchen. Das von Marx entdeckte Krisengesetz wirkt also auch heute. Das kann allerdings gar nicht anders sein; denn der Grundwiderspruch des kapitalistischen Systems, die tiefste Wurzel also, aus der Wirtschaftskrisen entspringen, gibt auch dem Imperialismus heute das Gepräge.

Wenn auch die spezifischen Nachkriegsverhältnisse die wirtschaftliche Entwicklung Westdeutschlands begünstigten, wenn auch im Zusammenhang mit dem vollzogenen Übergang zum staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland von seiten der Monopolbourgeoisie Einfluß auf die zyklische Entwicklung genommen werden konnte, wenn es auch gelang, in den 50er Jahren einen relativ raschen ökonomischen Aufschwung Westdeutschlands zu sichern — mit den 60er Jahren änderte sich das Bild. Nicht nur, daß seitdem der Anteil Westdeutschlands an der Industrieproduktion der kapitalistischen Welt rückläufig ist. Selbst in der Massenpropaganda mußte man das Wort vom „Wirtschaftswunder“ aufgeben, denn die krisenhafte Entwicklung dieses Systems ließ sich nicht länger verdecken.

Die Ursache hierfür hat Marx bereits vor einem Jahrhundert enthüllt: Die Ausbeuter, heute insbesondere die

*) Karl Marx, „Das Kapital“, Bd. III, Werke, Band 25, S. 528.

*) Otto Brenner, Referat, gehalten am 20. 5. 1967 vor Funktionären der IG Metall, Bezirk Hamburg, zitiert nach „Gewerkschaftsspiegel“, Gewerkschafts- und sozialpolitische Information und Dokumentation, Nr. 23/1967, S. 15.

großen Monopole, sind in ihrer Gier nach Riesenprofiten an sowohl maximaler Produktion wie möglichst niedrigen Löhnen interessiert. Gesamtwirtschaftlich ist jedoch die Kaufkraft der Massen der wichtigste Nachfragefaktor auf dem Markt, die bedeutendste Größe, die all jene Werte realisieren müßte, die produziert werden. Hier entsteht jedoch jene Kluft zwischen wachsender Produktion und begrenzter Kaufkraft, die schließlich notwendig in die Krise mündet. Marx' Worte sind unverändert aktuell: **„Der letzte Grund aller wirklichen Krisen bleibt immer die Armut und Konsumtionsbeschränkung der Massen gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktivkräfte so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenze bilde.“***)

Wie stets, so sollen auch jetzt wieder die Massen des Volkes und vor allem die Arbeiterklasse die Lasten der Krise und die Kosten der Expansionspolitik tragen. Die „konzertierte Aktion“ der Monopole und ihrer Regierung zielt darauf ab, durch Lohnstopp, Furcht vor Arbeitslosigkeit, Erhöhung der Massensteuern, soziale Demontage der Werktätigen in die Knie zu zwingen, die Notstandsverfassung durchzusetzen und im Innern jene Bedingungen zu formieren, die zur Forcierung der Außenexpansion benötigt werden. Niemals dienten die Krisenrezepte des Imperialismus der Sicherung der sozialen Lage der arbeitenden Menschen, stets waren sie auf die Stabilisierung der Profite und der politischen Macht des Großkapitals gerichtet.

Es ist völlig richtig, wenn führende Vertreter der westdeutschen Gewerkschaften den Schluß ziehen: „Wir müssen uns intensiver als bisher mit einer Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse beschäftigen. Sonst werden wir weder die Gründe für den eingetretenen Umschwung richtig erkennen noch die gebotenen Schlußfolgerungen für unsere gewerkschaftliche Aktivität ziehen können. Klarheit tut not, sonst laufen wir Gefahr, den richtigen Weg zu verfehlen; denn dem nützt kein Wind, der keinen Hafen hat.“*)

Der Schlüssel zu dieser Klarheit aber ist die Lehre von Karl Marx. Im Gegensatz von Kapital und Arbeit liegen

nach wie vor jene „Gründe“, ohne deren Erkenntnis die Arbeiterbewe-

gung den richtigen Hafen nicht ansteuern kann.

Das Neue in der ökonomischen Lage

Die antagonistischen Widersprüche im staatsmonopolistischen Kapitalismus Westdeutschlands wurden durch die wissenschaftlich-technische Revolution vertieft und werden sich immer weiter zuspitzen. Das zeigt sich in den **Strukturkrisen**, in der Nichtauslastung zahlreicher Betriebe, in der Differenz zwischen steigender Produktion und Kaufkraft der Massen, in der Ruinierung vieler Kleinbauern und Angehörigen des Mittelstandes. Besonders zeigen sich die Widersprüche in den Folgen der Automatisierung. In Westdeutschland führt die ökonomische Politik des Monopolkapitals dazu, eine ständige Arbeitslosigkeit zu schaffen. **Das Neue in der Lage besteht darin, daß im Ergebnis der Automatisierung viele Arbeiter und Angestellte für lange Fristen aus dem Produktionsprozeß ausgeschlossen werden. Das betrifft vor allem die Altersklassen über 45 Jahre, aber auch einen Teil der Jugendlichen.**

Dieser Faktor wirkt sich auf den Widerspruch zwischen Produktion und Markt aus. Schon jetzt ist vorauszu- sehen, daß in der nächsten Etappe der Automatisierung die Zahl der aus der Industrie freigesetzten Arbeiter an- wachsen wird, die keinen neuen Ar- beitsplatz finden können. Es gibt Schätzungen, nach denen mit einer weiteren Beschleunigung des Tempos

der Automatisierung in den nächsten 20 Jahren in den imperialistischen Län- dern die Zahl der Industriearbeiter fast auf die Hälfte reduziert wird.

Es ist klar, daß solche Faktoren die Massenkraft beschränken und den Widerspruch zwischen Produktion und Markt weiter verschärfen müssen. Ein Teil der im Produktionsprozeß verblei- benden Arbeiter wird einen relativ hohen Lebensstandard erhalten kön- nen, während eine breite Schicht von Arbeitern für die Dauer aus dem Pro- duktionsprozeß ausgeschlossen wird. Ein großer Teil der Bauern wird rui- niert werden. Viele kleinere Unter- nehmen werden nur mehr als bloße Zulieferer der großen Monopole best-ehen können, während die anderen in den Bankrott getrieben werden. Die Praxis der herrschenden Kreise West- deutschlands läßt schon jetzt keinen Zweifel darüber, daß sie ein Heer von Dauerarbeitslosen ausnutzen möchten, nicht nur um die Löhne zu drücken, sondern um die Abhängigkeit und Knechtung der Arbeiterklasse und ihrer Organisationen, vor allem der Ge- werkschaften, in bisher nicht gekann- tem Maße zu verstärken. Ähnlich wie die Gewerkschaften der USA stehen die westdeutschen Gewerkschaften vor einer komplizierten Perspektive, die sie sorgfältig analysieren sollten.

Die Rolle der Wirtschaftspolitik von Schiller und Strauß

Die westdeutsche Regierung als Voll- zugorgan des staatsmonopolisti- schen Kapitalismus hält sich an die Ratschläge des staatsmonopolistischen Theoretikers Keynes, der empfohlen hatte, mit Hilfe staatlicher inflationi- stischer Kreditspritzen und der Um- verteilung das Nationaleinkommens zu Lasten der Werktätigen, d. h. durch Abbau der sozialen Errungenschaften, die Depression zu überwinden.

Die sogenannte „konzertierte“ Ak- tion, die Herr Schiller unter dem Kom- mando von Abs und Strauß anstrebt, geht aus von dem Bemühen, durch ökonomische Expansionen den Absatz auf den Weltmärkten zu erhöhen und im Innern die Macht der Monopole zu

stärken. Sie zielt darauf ab, entspre- chend den Empfehlungen von Keynes durch die Investitionspolitik des Staa- tes und durch die Aufrüstung die Depression aufzufangen und die Kon- junktur zu beleben. Im Grunde ge- nommen sind das altbekannte Maß- nahmen, wie sie Herr Schacht schon zu Hitlers Zeiten durchführte.

Die Ausbeutung und Ausplünderung der weit überwiegenden Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung durch das Monopolkapital wird dadurch beson- ders forciert, daß Monopole und Staat gemeinsam den Angriff gegen die Ar- beiterklasse vortragen. Die Verpflich- tung von Staat und Monopolen hat zur Folge, daß sich der ökonomische Klas-

senkampf des Monopolkapitals gegen die Arbeiterklasse immer enger mit der Politik des Staates zur Unterdrückung der ausgebeuteten Massen verbindet. Die Aufteilung von Lohn und Profit wird nur zu einem Teil durch die traditionellen Formen des Lohnkampfes entschieden. Hinzu tritt als immer gewichtigerer Faktor die Umverteilungsrolle des Staates, die Bedeutung staatlicher Entscheidungen über die Verwendung des Staatshaushaltes und damit fast der Hälfte des Nationalein-

kommens. Objektiv verschärft sich nicht nur der Gegensatz zwischen den Interessen der Arbeiter, Angestellten, Bauern und der übrigen Schichten der Bevölkerung und denen der Monopole, sondern auch zwischen den Interessen des Volkes und der Politik des Staates. Deshalb kann der ökonomische Kampf der Arbeiterklasse heute nur erfolgreich geführt werden, wenn er zugleich gegen die Unternehmer und gegen die Politik des Bonner Staates gerichtet wird.

Den Klassencharakter des imperialistischen Staates von heute erkennen

Verschiedene Faktoren lassen die Rolle des Staates einem großen Teil der Arbeiterklasse nur schwer bewußt werden. Ein Grund ist, daß die ökonomische Rolle, die der Staat heute in den kapitalistischen Ländern spielt, zu einem Teil objektiv notwendig ist. Das mit der Entwicklung der Produktivkräfte verbundene Erfordernis, Bildungswesen, Wissenschaft und Forschung, Verkehrswesen usw. zu entwickeln, aber auch die unumgänglichen staatlichen Regulierungsmaßnahmen im Bereich der Unternehmerswirtschaft führen zum Aufbau dieser Tätigkeiten des Staates und sind zwangsläufig damit verbunden, daß er einen immer größeren Teil des Nationaleinkommens umverteilt. Die Staatspolitik ist zwar objektiv Politik der Monopole – der Form nach aber wird sie oft als Kompromiß der Forderungen unterschiedlicher politisch wirksamer Kräfte – darunter z. B. auch der Gewerkschaften – formuliert. Die Funktion des Regimes des staatsmonopolistischen Kapitalismus besteht ja gerade darin, dem Schein nach Mittler zwischen allen gesellschaftlichen Interessen zu sein und in dieser Hinsicht alle möglichen „Partnerschafts“- und sonstigen Illusionen über die sogenannte pluralistische Gesellschaft zu verbreiten, während in Wirklichkeit die Diktatur der Monopole durchgesetzt wird.

Ebenso sind mit der neueren Entwicklung des Kapitalismus Faktoren verbunden, die das Erkennen der Klassenverhältnisse zwischen Arbeitern und Kapitalisten erschweren. Die Strukturveränderungen in der Arbeiterklasse, die Differenzierung und Spezialisierung der Tätigkeiten im Produktionsprozeß usw. verwischen –

wenn man nur die Oberfläche betrachtet – die Klassenspaltung der Gesellschaft. Statt ihrer erscheint eine vielfach unterteilte Hierarchie vom Hilfsarbeiter bis zum Generaldirektor. Es versteht sich, daß die Monopolbourgeoisie diesen falschen Schein, als ob die Klassenteilung der kapitalistischen Gesellschaft der Vergangenheit angehöre und eine nur durch Arbeitsteilung gekennzeichnete sogenannte Industriegesellschaft entstanden sei, durch Gewährung von Privilegien, durch zusätzliche Differenzierung der Löhne und Gehälter noch zu verstärken trachtet.

Es ist für das Monopolkapital in Westdeutschland zu einer Existenzfrage geworden, den Widerspruch zu lösen, der zwischen den objektiv immer weiter wachsenden Klassengegensätzen und der Notwendigkeit besteht, jedes offene Ausbrechen dieser Klassenwidersprüche angesichts des erstarkenden Sozialismus und speziell der DDR zu vermeiden. Mit Hilfe seiner nationalistischen Politik des Kampfes um die Wiederherstellung des imperialistischen Deutschlands ist es dem Monopolkapital gelungen, die deutsche Arbeiterklasse zu spalten und große Teile der westdeutschen Arbeiterklasse vom Kampf gegen den Feind im eigenen Lande abzulenken.

Zu diesem Zwecke macht sich das westdeutsche Monopolkapital den Übergang der sozialdemokratischen Minister auf die Position des westdeutschen Imperialismus zunutze. Wenige Monate Regierungszeit von Kiesinger, Strauß, Brandt und Wehner haben bewiesen, daß die Monopolbourgeoisie fest mit der Hilfe der

rechten sozialdemokratischen Führer rechnen kann. Ohne die Unterstützung der SP-Minister wäre der Rechtsruck der Bonner Regierung nach dem Bankrott Erhards nicht möglich gewesen; hätte sie nicht an der Globalstrategie der USA im Krieg gegen Vietnam, im Krieg Israels, beim faschistischen Militärputsch in Griechenland teilnehmen können; hätte sie nicht die Atom-

rüstung und die sogenannte neue Ostpolitik, den Versuch, politisch die sozialistischen Länder aufzuweichen, fortsetzen können. Die Hilfe der sozialdemokratischen Minister wurde gebraucht, um den Staatshaushalt auf Kosten der Werktätigen zu sanieren, den Sozialabbau und die Notstandsverfassung durchführen zu können.

Der Klassencharakter der kapitalistischen Planung

Die Tatsache, daß der Kapitalismus gezwungen ist, Formen der Planmäßigkeit anzuwenden, beweist nicht die Annäherung der beiden gesellschaftlichen Systeme, sondern demonstriert nur die historische Überlebensfähigkeit der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Das Kapital hat jenen Zustand erreicht, den Marx in seinen „Grundrissen der Kritik der politischen Ökonomie“ folgendermaßen charakterisierte: „Sobald es anfängt, sich selbst als Schranke der Entwicklung zu fühlen und bewußt zu werden, nimmt es zu Formen Zuflucht, die, indem sie die Herrschaft des Kapitals zu vollenden scheinen, durch Zügelung der freien Konkurrenz, zugleich die Ankündigung seiner Auflösung und der Auflösung der auf ihm beruhenden Produktionsweise sind.“⁶⁾

Die Herrschaft des Kapitals muß heute mit Hilfe des Staates durch Methoden und Mittel gefestigt werden, die dem Privateigentum an Produktionsmitteln widersprechen und es zersetzen. Hierin liegt die tiefe Quelle für die wachsende Labilität und Fäulnis des Kapitalismus der Gegenwart.

Jede weitere Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus verschärft somit die Widersprüche des kapitalistischen Systems. Jeder Schritt dieser Entwicklung richtet sich gegen die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung, nicht nur der Arbeiterklasse, sondern auch der Bauernschaft, der Mittelschichten, der kleinen und mittleren Bourgeoisie. Daher kann die Monopolbourgeoisie nicht verhindern, daß die zunehmende Labilität des Kapita-

lismus die Volksmassen veranlaßt, „sich über die Gesellschaftsordnung Gedanken zu machen, sie zwingt, selber ihr Glück zu schmieden“⁷⁾

Daraus erwachsen ständig demokratische Bewegungen und Bestrebungen. Aber die oppositionellen Kräfte müssen die Frage der Demokratie, ihre Entfaltung und Erweiterung als Mittel des Kampfes gegen die Allmacht der Finanzoligarchie in den Mittelpunkt rücken. Deshalb ist der staatsmonopolistische Kapitalismus bestrebt, seine Existenz auf dem Wege des Abbaus der Demokratie zu sichern.

Dem dient in Westdeutschland die Zentralisation der Staatsmacht. Die sogenannte Reform der Demokratie soll die Rechte des Parlamentes beschneiden, das Wahlrecht in reaktionärer Richtung verändern, die Rechte der Länder und Gemeinden einschränken und vor allem der staatsmonopolistischen Oligarchie diktatorische Vollmachten in Form der Notstandsverfassung bringen. Die Unterstützung der Monopolbourgeoisie durch die rechten sozialdemokratischen Führer läßt diese Politik zu einer ersten Gefahr für das Volk in Westdeutschland werden.

Deshalb können sich die demokratischen Kräfte nicht auf die Verteidigung ihrer demokratischen Rechte beschränken. Deshalb können Forderungen nach ökonomischen, politischen und kulturellen Reformen nur zum Ziel führen, wenn sie mit dem grundsätzlichen Kampf gegen die monopolkapitalistische Herrschaft und ihre Herrschaftsmethoden der Notverordnungen und Militarisation verbunden werden.

Aus der Dialektik des Klassenkampfes ergibt sich, daß gewisse Verbesserungen, die die Arbeiterklasse erkämpft, sich als Schritte zur Einschränkung der Macht der Monopole,

⁶⁾ Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 544/545.

⁷⁾ W. I. Lenin, Werke, Band 2, Berlin 1961, S. 211.

als Schritte auf dem Weg zur Befreiung der Arbeiterklasse auswirken können; sie können aber auch von der Monopolbourgeoisie umgefälscht, in ihr Gegenteil verkehrt werden. So verfehlt die jahrelang erfolgreich verteidigte Mitbestimmung in der Montanindustrie, die die Monopolbourgeoisie 1951 der Arbeiterklasse zugestehen mußte, ihren Zweck, wenn sie heute in einigen Unternehmen darauf hinausläuft, daß die Vertreter der Belegschaften „mitbestimmen“ können, wer entlassen wird, und wann kurz gearbeitet wird. Mitbestimmung darf nicht heißen, der Monopolbourgeoisie bei der Lösung

ihrer Probleme zu helfen; Mitbestimmung muß die Zurückdrängung der Macht der Monopole zum Ziel haben. In seinen Arbeiten über die Gewerkschaften schrieb Engels, daß die untere Klasse zuerst um einen Anteil an der Macht kämpft, später um die ganze Macht, „um in die Lage zu kommen, die bestehenden Gesetze entsprechend ihren eigenen Interessen und Bedürfnissen zu ändern.“^{*)} Die Mitbestimmung muß schließlich in die Überwindung der Macht der Monopole einmünden, die den Weg zu einer anti-imperialistischen Demokratie versperrt.

Die Marxsche Lehre von der Gesellschaftsformation für die Vollendung des Sozialismus

Marx entdeckte die Gesellschaftsformation als einheitlichen sozialen Organismus, in dem die Produktionsweise der materiellen Güter die bestimmende Grundlage bildet und alle Seiten der gesellschaftlichen Beziehungen einbezogen sind. Das sind Erkenntnisse von aktueller Bedeutung. Nach sorgfältiger Untersuchung der neuen Prozesse in der Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse in der DDR haben wir, gestützt auf die marxistisch-leninistische Theorie, auf dem VII. Parteitag das strategische Ziel formuliert, das entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus zu gestalten und so den Sozialismus zu vollenden. Diese Zielstellung verallgemeinert die Erfahrungen, die bei der Erfüllung des vom VI. Parteitag beschlossenen Programms gesammelt wurden. Unsere Partei hat damit schöpferisch, dem Geiste des Marxismus entsprechend, die Vorstellungen vom Sozialismus als einer neuen Gesellschaftsordnung vertieft.

Was ist die wichtigste Schlußfolgerung, zu der wir in dieser Hinsicht gelangt sind? Sie besteht darin, daß der Sozialismus nicht eine kurzfristige Übergangsphase in der Entwicklung der Gesellschaft ist, sondern eine relativ selbständige sozialökonomische Formation in der historischen Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus im Weltmaßstab. Frü-

her war es üblich, besonders ausgehend von Marx' Bemerkungen zum Gothaer Programm, den Sozialismus nur als Übergangsphase anzusehen, in der sich die Gesellschaft von den „Muttermalen“ des Kapitalismus freimachen und die materiellen und geistigen Voraussetzungen für die zweite Phase des Kommunismus schaffen muß. Es wurde wenig beachtet, daß der Sozialismus sich auf seiner eigenen Grundlage entwickelt. Die Bürde der kapitalistischen Vergangenheit erschwerte diese Einsicht. Deshalb wurden häufig die Kategorien der sozialistischen Ökonomik, die formal den Kategorien der kapitalistischen Ökonomik ähnlich sind (Geld, Preis, Gewinn usw.), als unvermeidliches „Übel“ betrachtet, deren Wirksamkeit überwunden werden muß. Natürlich umfaßt der Aufbau des Sozialismus den Kampf gegen die Überreste des Kapitalismus, ist er verbunden mit der Überwindung der materiellen und geistigen Folgen des Kapitalismus. Doch diese Prozesse sehen wir unter dem positiven Blickwinkel des Wichtigsten, des Wesentlichen und Bestimmenden für die neue Gesellschaftsordnung: Der Sozialismus wird im Arbeiter-und-Bauern-Staat auf der Grundlage eines qualitativ neuen Typus der Produktionsverhältnisse errichtet.

Der VI. Parteitag unserer Partei stellte fest, daß die sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR gesiegt haben. Wir betrachteten diesen Sieg nicht als Abschluß des sozialistischen Aufbaus, sondern als eine wich-

^{*)} F. Engels: Die Trade-Union, Werke, Bd. 19, S. 258.

tige Etappe beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft. Mit dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse beginnen alle Elemente des gesellschaftlichen Systems des Sozialismus, darunter auch die Produktionsverhältnisse selbst, sich auf der eigenen Grundlage des Sozialismus zu entwickeln. So bildet sich im Ergebnis des revolutionären Kampfes der Arbeiterklasse, im Ergebnis der durch unsere Partei geleiteten bewußten Ausnutzung der Entwicklungsgesetze eine im Vergleich zum Kapitalismus qualitativ neue Gesellschaftsformation, der Sozialismus, heraus.

Wenn wir den geschichtlichen Prozeß von der Entstehung der Elemente des Sozialismus in der antifaschistisch-demokratischen Ordnung bis zur Gegenwart betrachten, so zeichnen sich zwei Phasen der Entwicklung ab. In der ersten Phase wurden die Grundlagen des Sozialismus geschaffen durch den schrittweisen Übergang der Produktionsmittel in die Hände des Volkes, durch die Organisation der Planwirtschaft, durch die allmähliche Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften, der Handwerkerproduktionsgenossenschaften und der Betriebe mit staatlicher Beteiligung, der sozialistischen Formen des Handels sowie durch wichtige Bildungsreformen. Diese Phase endete mit dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse, mit dem das System der ökonomischen Gesetze des Sozialismus voll wirksam wurde.

In der zweiten Phase geht es darum, das entwickelte gesellschaftliche System des Sozialismus zu gestalten, dessen Kernstück das ökonomische System des Sozialismus ist und zu dem auch das sozialistische Bildungssystem gehört.

Vielleicht wird die Frage gestellt, wie wir das Verhältnis von sozialistischer zur kommunistischen Gesell-

schaftsformation sehen. Beide Gesellschaftsformationen beruhen auf dem gesellschaftlichen Eigentum an den Produktionsmitteln. Der Übergang vom Sozialismus zum Kommunismus wird auch bei uns und in den anderen sozialistischen Ländern allmählich in dem Maße erfolgen, wie die Voraussetzungen und die Keime der höheren Gesellschaftsordnung, vor allem das Niveau der Produktivkräfte, reifen. Der Sozialismus ist in dieser Beziehung die vorbereitende Gesellschaftsformation für den Kommunismus. Er muß vor allem in einem erbitterten Klassenkampf gegen die ökonomische Gesellschaftsformation des Kapitalismus seine Überlegenheit beweisen. Dieser Kampf zeigt sich in den unterschiedlichsten Formen, vom ökonomischen und wissenschaftlich-technischen Wettbewerb, ideologischen und politischen Kampf, diplomatischen Auseinandersetzungen bis zu militärischen Zusammenstößen, wie das in Vietnam der Fall ist.

Der Sozialismus kann in diesem vielfältigen und offensichtlich nicht kurzfristigen Kampf als höhere Gesellschaftsordnung nur dann siegen, wenn er alle Seiten, alle Elemente des neuen gesellschaftlichen Systems in ihrer harmonischen Einheit entwickelt und zu einer unwiderstehlichen Anziehungskraft für die Werktätigen aller Länder wird, sowohl in materieller als auch in geistiger Hinsicht. Auch deshalb kann unter den entstandenen historischen Bedingungen der Sozialismus keine kurzfristige Übergangsphase in der Entwicklung der Gesellschaft sein. Vielmehr werden wir einen bestimmten historischen Zeitabschnitt für die Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR brauchen. In diesem Lichte stellt sich der Sozialismus immer mehr als ein sich ständig entwickelndes, äußerst dynamisches System vielfältiger, reicher gesellschaftlicher Beziehungen dar.

Über das Ziel der sozialistischen Produktion

Ich möchte in diesem Zusammenhang einige Bemerkungen darüber machen, nach welchem Maßstab wir die Effektivität der volkswirtschaftlichen Entwicklung beurteilen.

Marx wies nach, daß das Ziel der kapitalistischen Produktionsweise die maximale Verwertung des vorgeschossenen Kapitals ist. Der Grad der Kapitalverwertung findet daher in der

Profitrate seinen Ausdruck. Entsprechend diesem Ziel der kapitalistischen Gesellschaftsformation werden alle gesellschaftlichen Beziehungen durch die Ausbeutung geprägt. Für die herrschende Klasse ist der Mensch nur dann von Bedeutung, wenn er der Profitproduktion dient. Eine wesentliche Aufgabe, die im Prozeß der Ausarbeitung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus — des ökonomischen Systems im besonderen — gelöst werden mußte, ist die Bestimmung der wirtschaftlichen Zielfunktion dieses Systems, des zusammenfassenden Nutzenskriteriums, in dem alle Faktoren des ökonomischen Wachstums ihren Niederschlag finden. Die Lösung dieser Aufgabe wurde theoretisch wie praktisch um so dringlicher, als im Prozeß der wissenschaftlich-technischen Revolution die Vielfalt der Faktoren des ökonomischen Nutzeffektes, die Komplexität und Dynamik ihres Wirkens außerordentlich schnell zunehmen.

Das Ziel der sozialistischen Produktion ist die ständig bessere Befriedigung der materiellen und geistigen Bedürfnisse der Mitglieder der Gesellschaft, die Entfaltung der sozialistischen gesellschaftlichen Beziehungen und der Persönlichkeit der

Menschen, ihrer schöpferischen Fähigkeiten und die Stärkung ihrer politischen Organisation, des Staates und der Gesellschaft.

Im Sozialismus gehört das gesamte Produkt der Gesellschaft, den Werktätigen. Es existiert kein antagonistischer Gegensatz zwischen Mehrprodukt und notwendigem Produkt, der im Kapitalismus Ausdruck des Klassen Gegensatzes zwischen Bourgeoisie und Arbeiterklasse ist. Im ökonomischen System des Sozialismus wird der volkswirtschaftliche Nutzeffekt der Arbeit folglich nicht nur durch das Mehrprodukt bestimmt, wie dies im Kapitalismus der Fall ist, sondern kommt am deutlichsten im gesamten neugeschaffenen Wert, das heißt im physischen Volumen des verfügbaren Nationaleinkommens zum Ausdruck. Selbstverständlich ist jedoch das Verhältnis zwischen Mehrprodukt und notwendigem Produkt für die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft von größter Bedeutung, weil es über die reale Akkumulation und Konsumtion entscheidet. Die Bedeutung der Akkumulation hob Marx im „Kapital“ mit folgenden Worten hervor: „Die Akkumulation ist Eroberung der Welt des gesellschaftlichen Reichtums.“⁹⁾

Die Haltlosigkeit der bürgerlichen Entfremdungstheorie im Sozialismus

Die Wirklichkeit des Lebens in der sozialistischen Gesellschaft bestätigt die Haltlosigkeit der bürgerlichen Behauptung von der Entfremdung im Sozialismus, die sich leider auch in den Auffassungen einiger sozialistischer Theoretiker widerspiegelt. Marx analysierte gerade im „Kapital“ den historischen, vergänglichen Charakter der Entfremdung, deren soziale Basis mit der Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln vergeht.

Die ökonomische Entfremdung der kapitalistischen Warenproduktion beschreibt Marx mit folgenden Worten: „Der Arbeiter wird um so ärmer, je mehr Reichtum er produziert, je mehr

seine Produktion an Macht und Umfang zunimmt. Der Arbeiter wird eine um so wohlfeilere Ware, je mehr Waren er schafft. Mit der Verwertung der Sachenwelt nimmt die Entwertung der Menschenwelt in direktem Verhältnis zu. Die Arbeit produziert nicht nur Waren; sie produziert sich selbst und den Arbeiter als eine Ware... Der Gegenstand, den die Arbeit produziert, ihr Produkt, tritt ihr als ein fremdes Wesen, als eine von dem Produzenten unabhängige Macht gegenüber. Diese Verwirklichung der Arbeit erscheint... als Verlust und Knechtschaft des Gegenstandes, die Aneignung als Entfremdung, als Entäußerung. Die Aneignung des Gegenstandes erscheint so sehr als Entfremdung, daß, je mehr Gegenstände der Arbeiter produziert, er um so weniger besitzen kann und um so mehr unter die Herrschaft seines Produkts, des Kapitals gerät.“¹⁰⁾

⁹⁾ K. Marx / F. Engels, Werke, Bd. 23, S. 619, Dietz Verlag, Berlin 1962.

¹⁰⁾ K. Marx / F. Engels, Kleine ökonomische Schriften, Berlin 1955, S. 98/99.

Die ökonomische Entfremdung, verwurzelt durch das Privateigentum an den Produktionsmitteln, ist Grundlage der anderen Formen der Entfremdung. Sie ist Grundlage der politischen Entfremdung, die in tiefem Gegensatz zwischen den Interessen des Volkes, der Arbeiterklasse und denen des kapitalistischen Staates, in tiefem, unversöhnlichem Gegensatz der persönlichen Interessen der Ausgebeuteten und der Interessen der kapitalistischen Gesellschaft zum Ausdruck kommt. Sie ist Grundlage der ideologischen Entfremdung, die in der geistigen Niederhaltung des Volkes durch die herrschende Klasse in den verschiedensten Formen zum Ausdruck kommt. In zugespitzter Form tritt sie uns heute in der imperialistischen Manipulierung des Volkes entgegen. Der Klassenkampf der Arbeiterklasse richtet sich daher auch ganz entschieden gegen alle Formen der Entfremdung.

Die Beseitigung des Privateigentums und der Unterdrückung des Volkes führt zur Beseitigung der Entfremdung. Natürlich geschieht das nicht im Selbstlauf, automatisch, sondern nur durch die zielstrebige Entwicklung der Initiative der Werktätigen durch die Partei im Prozeß des sozialistischen Aufbaus, durch die Entwicklung der sozialistischen Demokratie und Menschengemeinschaft.

Die Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus ist unsere Alternative zum staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland. Im staatsmonopolistischen Kapitalismus werden die Erkenntnisse des Systemcharakters der

Gesellschaft und die Systembeziehungen für die Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft ausgenutzt. Auch die neuen wissenschaftlichen Mittel, die Anwendung der Mathematik und Kybernetik können den dem Kapitalismus innewohnenden Antagonismus von Mensch und Technik nicht beseitigen, denn sie negieren das Wichtigste, die notwendige Veränderung der Produktionsverhältnisse. In den Händen der Monopole dienen die neuen wissenschaftlichen Entdeckungen lediglich zur Perfektionierung der Technik der Klassenherrschaft. Jedoch dürfen wir die Wirksamkeit der Versuche des westdeutschen Monopolkapitals, mit dem Systemcharakter, mit der Komplexität der Gesellschaft fertig zu werden, nicht unterschätzen.

Die Imperialisten sind entschlossen, das gesamte gesellschaftliche System mittels der „Formierung“ aller seiner Elemente, aller Gebiete der sozialen Tätigkeit und aller gesellschaftlichen Klassen und Schichten zu einer Art des „Superbetriebes“ zu verwandeln, in dem ungeteilt der Wille und die Ordnung herrschen müssen, die die Interessen der Monopole vorschreiben. Dazu dient auch das umfangreiche System der geistigen Manipulierung der Menschen.

Zur Beseitigung des Antagonismus von Mensch und Technik muß man die Klassenherrschaft der Monopolbourgeoisie liquidieren. Anders kann dem Systemcharakter der modernen Gesellschaft, in der das Entwicklungsniveau der Produktivkräfte mit den Produktionsverhältnissen übereinstimmt, nicht entsprochen werden.

Notwendige Bemerkungen

Zum Briefwechsel zwischen Stoph und Kiesinger

Von JUPP ANGENFORT

In der zweiten Hälfte des Monats I September unterbreitete der Ministerpräsident der DDR, Willi Stoph, in einem Brief an Bundeskanzler Kiesinger den Vorschlag, einen Vertrag abzuschließen über Gewaltverzicht und die Herstellung normaler Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik. In seinem Brief

und im beigegeführten Entwurf für einen Vertrag schlug er u. a. vor, die gegenwärtig in Europa bestehenden Grenzen anzuerkennen, auf Besitz oder Mitverfügung über Atomwaffen zu verzichten, sich an einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa zu beteiligen, die Rüstungsausgaben in beiden deutschen Staaten jeweils um die

Hälfte herabzusetzen. Das sind vernünftige, reale Vorschläge für Frieden und Sicherheit in Europa. Sie entsprechen vielen Gedankengängen und Forderungen, die von Gewerkschaftern, von Organisationseinheiten der SPD, aus Kreisen der Intelligenz, der Jugend- und Frauenorganisationen erhoben worden sind.

Mit Brief und Vertragsentwurf des

Wie reagierte die Regierung in Bonn?

Kiesinger hat mit einem Schreiben von nur 29 Zeilen geantwortet. Allein die Aufzählung der Probleme, zu denen er vermieden hat, sich konkret zu äußern, würde mehr Raum einnehmen. Knappe, glatte Sätze sollen die Öffentlichkeit täuschen. Und doch ist das Wesen seiner Antwort klar: Das Angebot, zwischen beiden deutschen Staaten normale Beziehungen herzustellen, wird abgelehnt. Vereinbarungen über Gewaltverzicht zwischen beiden deutschen Staaten ebenso. Der Verzicht auf Atomwaffen und gemeinsame Schritte der Abrüstung werden zurückgewiesen. Die Regierung in Bonn lehnt es ab, der Regierung der DDR Gleichberechtigung zuzugestehen und die bestehenden Grenzen in Europa will sie auch nicht anerkennen. Es bleibt beim „Recht auf Alleinvertretung“!

Allerdings, der Ausdruck „Alleinvertretung“ kommt im Sprachgebrauch der Bonner Regierung kaum noch vor. Zu oft und zu direkt hat man sich damit als Gegner der Entspannungsbemühungen bloßgestellt. Man zieht andere Argumente vor, um die Bevölkerung zu verwirren und zu täuschen. Immer aber läuft es auf folgendes hinaus: Auf keinen Fall die Regierung der DDR anerkennen! Auf keinen Fall mit ihr über die grundlegenden Fragen verhandeln, die Ministerpräsident Stoph vorgeschlagen hat! Inhalt und Ziel der Alleinvertretungsanmaßung aufrechterhalten! Sehen wir uns einige der Argumente an.

Der stellvertretende Pressechef der Bundesregierung, Ahlers, kommentiert im Zentralorgan der SPD „Vorwärts“ vom 5. Oktober das Schreiben seines Regierungschefs an Ministerpräsident Stoph und erklärt dabei, die Bundesregierung sei deswegen nicht auf die

Ministerpräsidenten Stoph und der zu erwartenden Antwort von Bundeskanzler Kiesinger war es erneut möglich zu prüfen, ob die Reden von Vertretern der Regierung Kiesinger über eine neue Ostpolitik und vom Streben nach Festigung des Friedens ernstzunehmen sind oder ob es Phrasen sind, hinter denen sich eine ganz andere Politik verbirgt.

Vorschläge der Regierung der DDR eingegangen, weil „die Bundesregierung nicht in Verhandlungen über eine Teilung Deutschlands eintreten kann. Es sei nicht zu sehen, wie durch eine Anerkennung der Teilung diese überwunden werden ... könne.“ Man merkt, daß Herr Ahlers schon eine geraume Zeit mit einem Regierungschef zusammenarbeitet, der in Hitlers Außenministerium für Propagandarbeit verantwortlich war. Die Behauptung, die DDR habe vor, über die Teilung Deutschlands zu verhandeln, ist eine glatte Lüge. Jeder, der den Brief und den Vertragsentwurf von Ministerpräsident Stoph gelesen hat, weiß das. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands steht auf dem Standpunkt: Was der deutsche Imperialismus gespalten hat, wird die deutsche Arbeiterklasse einen! Wir Kommunisten teilen diesen Standpunkt.

Herr Ahlers meint, Vereinbarungen mit der Regierung der DDR über Lebensfragen seien eine Anerkennung der Spaltung Deutschlands. Es ist die Frage erlaubt: Auf welchem Stern lebt Herr Ahlers? Die Spaltung Deutschlands in zwei Staaten ist seit 18 Jahren eine Tatsache. Deutschland wurde gespalten vom westdeutschen Monopolkapital, das gemeinsam mit den herrschenden Kreisen der USA, Englands und Frankreichs das Potsdamer Abkommen sabotierte, die separate Währungsreform durchführte und 1949 den separaten westdeutschen Staat schuf. Die Spaltung Deutschlands wurde vertieft mit den Pariser Verträgen, in denen die Regierung der Bundesrepublik das Recht, über Lebensfragen der Nation zu entscheiden — „einschließlich der Wiedervereinigung“, wie es in den Verträgen heißt —, an die imperialistischen

Westmächte abtrat. Mit diesen Verträgen wurden auch Selbstbestimmungsrecht und Souveränität ge-

opfert, um dafür die Aufrüstung und die Eingliederung in den westlichen Militärblock, die NATO, einzuhandeln.

Die Realitäten entscheiden!

Die DDR ist eine staatliche Realität. Sie entstand als Antwort auf die Bildung des westdeutschen Separatstaates. Man kann sie weder durch Gewalt noch durch Selbstbetrug aus der Welt schaffen. Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten, die zwei grundverschiedene Gesellschaftsordnungen repräsentieren, wird ein langer und komplizierter geschichtlicher Prozeß sein. Wenn das deutsche Volk in Zukunft seine Einheit wiedererlangen soll, dann ist eine entscheidende Voraussetzung dafür, daß der Friede für die deutsche Nation, der Frieden zwischen den beiden deutschen Staaten bewahrt wird. Gerade dem Ziel aber dienen die Vorschläge der DDR.

Die Normalisierung der Beziehungen der Bundesrepublik zur DDR, eine gegenseitige völkerrechtliche Anerkennung der beiden deutschen Staaten würde den Weg zur Zusammenarbeit freimachen, würde Voraussetzungen schaffen, alle nationalen Fragen auf friedlichem Wege zu lösen. Durch eine solche vertragliche Regelung, wie sie die Regierung der DDR vorschlägt, würde auch glaubhaft bewiesen, daß beide deutsche Staaten die Vereinigung nicht auf dem Wege der Annexion anstreben. Nicht die

Anerkennung der DDR vertieft also die Spaltung, sondern die Nichtanerkennung!

Wenn die herrschenden großkapitalistischen Kreise der Bundesrepublik von nationalem Interesse und von deutscher Einheit reden, dann geht es ihnen in Wirklichkeit um etwas ganz anderes. Es geht ihnen um die Revidierung der Ergebnisse des zweiten Weltkrieges. Es geht um die Ausdehnung ihres Machtbereiches zunächst auf die DDR. Und deswegen bleibt es, trotz aller Täuschungsmanöver und hochstehelzigen Phrasen, bei der Alleinvertretungsanmaßung, bei Annexionsabsichten. In seinem Buch „Entwurf für Europa“, das für die Zielsetzung der Politik der Bundesregierung weitgehend programmatische Bedeutung hat, bezeichnet es Franz Josef Strauß als Grundaufgabe der Bundesregierung, bei ihrer gesamten politischen Tätigkeit niemals eines „der deutschen Rechte“ aufzugeben, nämlich: „das Alleinvertretungsrecht der Bundesregierung für ganz Deutschland; die Beibehaltung der festen Bindungen zwischen (West)-Berlin und der Bundesrepublik...; die Wahrung der deutschen Rechtsansprüche auf... (die) Gebiete jenseits von Oder und Neiße“.¹⁾

Alleinvertretungsrecht — potentielle Kriegserklärung!

Nun vermeidet, wie bereits gesagt, die Bundesregierung in der jüngsten Zeit den Ausdruck Alleinvertretungsrecht. Aber hat sich im Wesen der Sache etwas geändert? Sehen wir uns einmal an, welche wesentlichen Rechte der Bundesregierung der „Minister für gesamtdeutsche Fragen“ Herbert Wehner proklamiert. Auf einer gemeinsamen Sitzung des „Kuratoriums Unteilbares Deutschland“ und des Hauptvorstandes des Deutschen Städtetages im September 1967 betonte er, kein Verhandlungsgegenstand könne sein, die Anerkennung der Neiße-Grenze als endgültige Grenze;

die Anerkennung des anderen Teiles Deutschlands als zweiter souveräner Staat deutscher Nation und die Anerkennung Westberlins als selbständige politische Einheit. Wie man sieht, ist Herbert Wehner der gleichen Auffassung wie der Revanchist Strauß. Dessen Politik, die Politik der CDU/CSU, wird von den Ministern der SPD in der Großen Koalition durchgeführt. Bei Wehner steht aus taktischen Gründen anstelle von „Alleinvertretungsrecht“ lediglich „Nichtanerkennung der DDR“. Gemeint ist das gleiche.

Vertreter der Bundesregierung, u. a. ihr Außenminister Willy Brandt, schwafeln davon, daß dieser Allein-

¹⁾ Franz Josef Strauß, „Entwurf für Europa“, Stuttgart 1966, Seite 81/82.

vertretungsanspruch nur symbolisch gemeint sei. Die Tatsachen sprechen eine andere Sprache. In Wirklichkeit geht es darum, mit allen Mitteln, bis zu militärischen Aktionen, auf die DDR „einzuwirken“, ohne daß solche Maßnahmen völkerrechtlich den Charakter eines Konflikts zwischen zwei Staaten erhalten. Wenn die DDR, wie Wehner das so deutlich sagt, nicht als „souveräner Staat deutscher Nation“ anerkannt wird, dann ist eine militärische Aggression gegen die DDR kein Krieg, sondern eine „innerdeutsche Polizeiaktion“.

Gelegentlich wird behauptet, die geplante Einverleibung der DDR in die Bundesrepublik solle „friedlich“ durchgeführt werden. Darauf ist festzustellen: Wer eine solche Veränderung der Landkarte Europas vornehmen will, wer gleichzeitig aufrüstet und einen Vertrag über die Normalisierung der Beziehungen zum anderen Staat und über Gewaltverzicht ab-

lehnt, plant Aggression. Die westdeutsche Zeitschrift „Stimme der Freiheit“, die mit Mitteln der Bundesregierung und der Landesregierung Saar finanziert wird, spricht das auch ganz offen aus. Dort heißt es in der Nummer vom September 1966: „Das Sein oder Nichtsein Bonns zwischen 1970 und 1975 ist, Atomwaffen zur eigenen Verfügung zu haben oder nicht... Wer die kommunistische Gefahr begreift und sie bekämpfen will, der muß der Bundeswehr wirksame Kampfmittel zubilligen. Anderenfalls wird der Status quo... niemals in Frage gestellt.“ **Mit Recht sagen wir Kommunisten deswegen, daß die Alleinvertretungsanmaßung der Bundesregierung eine potentielle Kriegserklärung gegen die DDR ist. Die Ablehnung der Vorschläge des Ministerpräsidenten Stoph durch die Regierung Kiesinger ist die Fortsetzung dieser für unsere Bevölkerung lebensgefährlichen Politik, ganz gleich, wie diese Ablehnung bemäntelt wird.**

Was ist mit der Menschlichkeit?

Bundeskanzler Kiesinger läßt erklären, daß es besser sei, alle großen Fragen auszuklammern und über „menschliche Erleichterungen“, über Reiseverkehr und ähnliches Vereinbarungen zu treffen. Warum will er denn über die „großen Fragen“, über Gewaltverzicht, über Rüstungsbegrenzung, über Verzicht auf Atomwaffen keine Vereinbarungen treffen? Weil er unfriedliche Absichten hat! Weil er sogenannte menschliche Erleichterungen im Sinne der USA-Politik des „Brückenschlags“, also der psychologischen Kriegführung, der Aufweichung, der Subversion versteht. Wären seine Worte ehrlich gemeint, sollten die menschlichen Erleichterungen dem Frieden und der Verständigung zwischen beiden deutschen Staaten dienen, dann könnte Kiesinger ja die Souveränität der DDR ohne weiteres anerkennen und ihre Vorschläge für Frieden und Normalisierung der Beziehungen annehmen. Aber gerade das lehnt er ab. Vielmehr soll die DDR den Unrechtsstandpunkt der Regierung in Bonn stillschweigend hinnehmen und damit die Expansionspolitik auch noch fördern. Hier wird der Pferdefuß deutlich sichtbar!

Das große Wort Menschlichkeit steht überhaupt dem Herrn Kiesinger und seiner Regierung übel an. Was hat es mit Menschlichkeit zu tun, wenn die Bundesregierung den schmutzigen Krieg der USA in Vietnam moralisch und materiell unterstützt? Was hat es mit Menschlichkeit zu tun, wenn die Bundesregierung jede Bemühung um Frieden und Verständigung in Europa blockiert?

Die Erhaltung des Friedens ist das größte menschliche Problem! Die DDR hat es zu ihrer Staatsdoktrin gemacht. Sie handelt nach dem Grundsatz, daß alles getan werden muß, damit von deutschem Boden kein Krieg mehr ausgeht. Kriegsschuldige, Kriegsinteressenten und Kriegsgewinnler des zweiten Weltkrieges haben in der DDR keine Macht mehr. In der Bundesrepublik sitzen sie im Sattel! Mit der entscheidenden menschlichen Frage, mit der Sicherung des Friedens muß begonnen werden. Wer aufrichtig menschliche Erleichterungen will, muß die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten normalisieren. Wenn diese grundlegenden Vorausset-

zungen geschaffen sind, dann können viele Fragen — wie das Ministerprä-

sident Stoph in seinem Brief auch betont — gelöst werden.

Die Vorschläge bleiben auf der Tagesordnung!

Wem nützt die Ablehnung der Vorschläge der Regierung der DDR? Sie nützt den Scharfmachern in der Bundesrepublik, denen, die um ihrer Expansionsinteressen willen bereit sind, unser Volk und andere Völker in ein neues, namenloses Unglück zu stürzen; denjenigen, die unserer Bevölkerung mit Hilfe der Rüstung das Geld aus der Tasche holen, die mit dem Hinweis auf die angebliche Gefahr aus dem Osten den Werktätigen die Zwangsjacke der Notstandsgesetze verpassen wollen. Nützen würde der Abschluß eines Vertrages über Normalisierung der Beziehungen und Gewaltverzicht allen friedliebenden Menschen, allen Demokraten der Bundesrepublik. Gleichberechtigte Verhandlungen und solche Verträge wären ein großer Beitrag für Frieden und Sicherheit in Europa. Die Rüstung würde beschränkt. Riesige finanzielle Belastungen würden von unserer Bevöl-

kerung genommen werden. Der Staatshaushalt könnte ausgeglichen werden. Mittel würden frei für die Lösung vieler sozialer und kultureller Aufgaben. Ein solcher Vertrag, ein solcher Erfolg im Kampf um die Friedenssicherung würde helfen, die Notstandsgesetzgebung — dieses Kriegerrecht in Friedenszeiten — zu verhindern. Er würde den Weg öffnen, auf vielen Gebieten der Wirtschaft, des Verkehrs, der Kultur, Abkommen zum beiderseitigen Nutzen abzuschließen. Voraussetzungen würden geschaffen für die friedliche Lösung aller nationalen Fragen.

Fortschritte auf diesem Weg wird es geben, wenn sich die demokratischen Kräfte in der Bundesrepublik für eine Wende in der Politik, für Forderungen des Friedens und der Demokratie zusammenfinden. Es wird die Sache der Kommunisten sein, dafür beispielgebend einzutreten.

Die sozialistische Planwirtschaft hat ihre Überlegenheit bewiesen

VON N. K. BAIBAKOW,

VORSITZENDER DER STAATLICHEN PLANKOMMISSION DER UDSSR

Angesichts des bevorstehenden 50. Jahrestages der Sowjetmacht ziehen wir die Bilanz unserer Erfolge. Lenin erklärte: „Wir mußten unsere Revolution unter außergewöhnlich schwierigen Verhältnissen beginnen, unter Verhältnissen, in denen sich keine der künftigen Arbeiterrevolutionen der Welt je befinden wird, und deshalb ist es besonders wichtig, daß wir versuchen, den von uns zurückgelegten Weg als Ganzes zu beleuchten und zu sehen, was in dieser Zeit erreicht worden ist.“¹⁾

Jeder von uns, der die Entwicklung unserer Wirtschaft während des vergangenen halben Jahrhunderts analysiert, erkennt die entscheidende Bedeutung, die unsere Wirtschaftspläne dabei gespielt haben. In ihnen findet

die Wirtschaftspolitik der KPdSU ihren Ausdruck. Erst die Planung gibt die Möglichkeit, die Wirtschaft im gesamtstaatlichen Rahmen erfolgreich zu leiten, optimale Proportionen herzustellen, die Produktivkräfte rationell zu verteilen und die materiellen arbeitskräftemäßigen und finanziellen Reserven effektiv auszunutzen.

Die sozialistische Planung hat ihre historische Bewährungsprobe bestanden. In den Thesen des ZK der KPdSU zum 50. Jahrestag der Oktoberrevolution heißt es: „Theorie und Praxis der planmäßigen Leitung der Volkswirtschaft in der UdSSR sind ein wichtiger Beitrag zur historischen Erfahrung der Völker, zum kommunistischen Aufbau.“

Das Ausgangsniveau unserer Wirtschaft war bekanntlich äußerst gering. Infolge der Verluste, die der erste

¹⁾ Lenin, Werke, Bd. 28, Dietz Verlag, Berlin 1959, S. 129.

Weltkrieg, der Bürgerkrieg und die ausländische Intervention mit sich gebracht hatten, erreichte die Industrieproduktion unseres Landes im Jahre 1921 nur etwa ein Fünftel des Standes von 1913. Ihr Anteil an der Weltindustrieproduktion betrug weniger als 1 Prozent.

In der Landwirtschaft gab es über 20 Millionen kleiner einzelbäuerlicher Wirtschaften, die nur über eine primitive Technik verfügten und in denen die Handarbeit vorherrschte. Etwa ein Drittel der Bauern besaß kein Pferd, und bei 65 Prozent der armen Bauern reichte das Brot nicht

bis zur nächsten Ernte. Das war das Erbe, das wir übernahmen, der Ausgangspunkt, von dem aus der Aufbau der neuen, sozialistischen Wirtschaft begann.

Heute gehört unser Land zu den stärksten Industriemächten der Welt. Es ist das Land mit der fortschrittlichsten Gesellschaftsordnung, in der es keine Ausbeuterklassen, keine soziale und nationale Unterdrückung gibt. Die Werktätigen der Sowjetunion haben als erste in der Geschichte der Menschheit den Aufbau des Sozialismus vollendet und bauen jetzt die kommunistische Gesellschaft auf.

Ein Weg des Kampfes und der Siege

Der Weg, den unser Land zurückgelegt hat, war keineswegs leicht. Wir erinnern uns der Zeit, als die internationale Reaktion mit vereinten Kräften versuchte, durch bewaffnete Intervention und blutigen Terror, durch politische und ökonomische Blockade den jungen Sowjetstaat zu vernichten. Das aus vielen Nationalitäten bestehende Sowjetvolk schloß sich um die Partei zusammen, vereinte all seine Kräfte und schlug den Angriff der Imperialisten zurück.

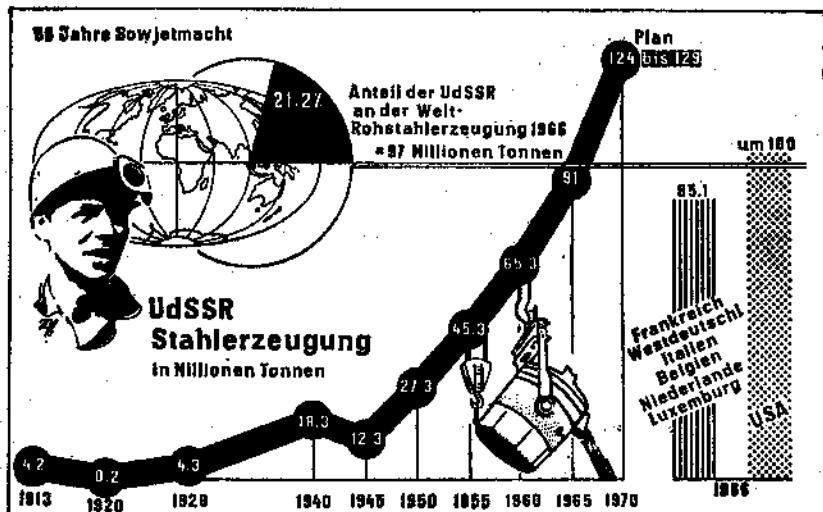
Als das Sowjetland auf dem Weg der Siege seinem großen Ziel entgegenschritt, fielen die faschistischen Horden über uns her. Lange Zeit hindurch trug unser Volk die Hauptlast des Kampfes gegen die vereinten Kräfte der internationalen Reaktion im wesentlichen allein. Es siegte in einem beispiellos schweren Kampf und schuf ein gewaltiges ökonomisches, militärisches, politisches und geistiges Potential, das ein festes Bollwerk des Sozialismus in der Welt bildet.

Die Völker der Welt überzeugen sich immer mehr von der Überlegenheit des sozialistischen Systems. Ungeachtet aller Schwierigkeiten, hat die Sowjetunion verwirklicht, was vielen unmöglich und unerreichbar schien. Gegenüber dem Jahre 1913 hat sich das Nationaleinkommen bis 1966 auf das 34fache, die Bruttoproduktion der Industrie auf das 66fache erhöht. Von diesen Erfolgen zeugen auch die folgenden Angaben über das Wachstum

der Produktion wichtiger industrieller und landwirtschaftlicher Erzeugnisse:

	1913	1940	1966
Elektroenergie (Md. kwh)	2,0	48,3	545,0
Stahl (Mill. t)	4,3	18,3	96,9
Erdöl (Mill. t)	10,3	31,1	265,0
Gas (Md. m ³)	0,02	3,4	145,0
Kohle (Mill. t)	29,2	166,0	586,0
Zement (Mill. t)	1,8	5,7	80,0
Kunstdünger (Mill. t)	0,1	3,2	35,8
Stoffe aller Art (Md. m ²)	2,2	3,3	7,9
Ober- und Untertrikotagen (Mill. St.)	—	183,0	993,0
Lederschuhe (Mill. Paar)	68,0	211,0	522,0
Rübenzucker (Mill. t)	1,4	2,2	8,3
Getreide (Mill. t)	86,0	95,6	171,2
Tierische Fette (1000 t)	129,0	226,0	1042,0
Pflanzenfett (1000 t)	538,0	798,0	2730,0

Die Volkswirtschaft der UdSSR entwickelte sich während der vergangenen 50 Jahre in einem Tempo, das für den Kapitalismus unerreichbar ist. In der Periode von 1918 bis 1966 betrug der durchschnittliche Jahreszuwachs der Industrieproduktion in der UdSSR etwa 10 Prozent, in den USA dagegen 3,7, in Großbritannien 2,1 und in Frankreich 3,7 Prozent. In den letzten Jahren übertraf die Sowjetunion die USA auch hinsichtlich des absoluten Zuwachses bei der Produktion wichtiger Industrieerzeugnisse.



Der Anteil der UdSSR an der Welt-industrieproduktion beträgt gegenwärtig fast 20 Prozent. Der Umfang der industriellen Produktion unseres Landes entspricht dem der wichtigsten westeuropäischen Länder insgesamt.

Während der vergangenen 50 Jahre wurden in unserem Lande riesige Vorkommen an Bodenschätzen entdeckt; wir haben begonnen, sie auszunutzen. Die Sowjetunion verfügt über eine äußerst günstige Rohstoffbasis; sie reicht aus, um sowohl den inneren Bedarf als auch die Anforderungen des Exports zu befriedigen.

Die Produktion von Waren für den Bedarf der Bevölkerung ist bedeutend gewachsen. Man muß jedoch anerkennen, daß das Tempo, in dem sich die Produktion von Gebrauchsgütern erhöhte, unzureichend war. Das liegt darin begründet, daß wir unsere Anstrengungen zunächst auf die Schaffung einer modernen, erstklassigen technischen Basis konzentrieren mußten.

Nur der Aufbau einer Schwerindustrie machte es möglich, ein so hohes Tempo der Entwicklung der Volkswirtschaft und der Steigerung der Arbeitsproduktivität zu erreichen. Die sozialistische Industrialisierung gewährleistet die wirtschaftliche Unabhängigkeit unseres Landes sowie den wirtschaftlichen und kulturellen

Aufschwung der früher zurückgebliebenen nationalen Gebiete. Sie schuf die Voraussetzungen für die Stärkung der Verteidigungsmacht. Darüber hinaus ermöglichte sie die Lösung wichtiger, komplizierter sozialer Probleme: Sie schuf die Voraussetzungen, um der gesamten Bevölkerung Arbeit zu geben, und förderte damit die schnelle Beseitigung der Arbeitslosigkeit.

Die Geschichte ließ uns für die Überwindung der wirtschaftlichen und technischen Rückständigkeit äußerst wenig Zeit. Wir mußten in kürzester Frist die großen Lücken in unserer Wirtschaft schließen und die in technischer Hinsicht entwickelten kapitalistischen Länder einholen. Auch die internationale Situation zwang uns, die ökonomische Macht unseres Landes schnell zu stärken.

Bei der Verwirklichung des großen Programms zur Entwicklung der Produktivkräfte und zur Schaffung der technischen Basis unseres Landes gingen wir stets davon aus, daß die Produktion — entsprechend dem Ziel des Sozialismus — der Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse und der Erhöhung des Lebensstandards der Werktätigen dienen muß. Obwohl das Sowjetvolk auf Grund verschiedener äußerer und innerer Faktoren mehrfach seinen Verbrauch im Interesse der beschleunigten Industrialisierung

und der Stärkung der Verteidigungskraft des Landes einschränken mußte, erreichten wir keine geringen Erfolge: Das Realeinkommen der Arbeiter in der Industrie und im Bauwesen stieg gegenüber dem Jahre 1913 auf das 6,6fache, das der Bauern auf das 8,5fache. Die landwirtschaftliche Produktion erhöhte sich fast auf das 3fache, die Produktion industrieller Konsumgüter auf mehr als das 20fache. Der Wohnungsfonds in den Städten wuchs in diesem Zeitraum auf das 7,2fache, die Zahl der Krankenhausbetten erhöhte sich auf das 11,2fache.

Jetzt, da unsere Wirtschaft über eine moderne technische Basis verfügt, haben wir alle Möglichkeiten, die Produktion von Konsumgütern noch schneller zu steigern.

Auf dem XXIII. Parteitag der KPdSU wurde die Notwendigkeit

Die unerschöpfliche Quelle unserer Kraft

Die vergangenen 50 Jahre haben den schöpferischen Charakter der sozialistischen Revolution sichtbar gemacht. Die Oktoberrevolution bewirkte, wie Lenin hervorhob, eine gewaltige Beschleunigung der historischen Entwicklung. Die Ursachen dafür sah Lenin darin, daß die Oktoberrevolution das freie und selbständige Schöpferium breiter Schichten der Werktätigen anregte, die zum Herren ihres Schicksals wurden und jetzt für sich selbst arbeiten. Darin liegt die Kraft der Sowjetordnung.

Die Kommunistische Partei und der Sowjetstaat leiteten und leiten aktiv die wirtschaftliche Entwicklung des Landes auf dem Wege des kommunistischen Aufbaus. Ihre mobilisierende und organisierende Tätigkeit ist die unerschöpfliche Quelle unserer Kraft.

Wenn man die Ursachen für den schnellen wirtschaftlichen Aufschwung untersucht, muß man auch die gewaltigen Veränderungen berücksichtigen, die sich auf kulturellem Gebiet vollzogen haben. In unserem Lande gibt es heute eine große Armee qualifizierter Spezialisten für alle Gebiete der Volkswirtschaft.

Gegenwärtig arbeiten in unserer Volkswirtschaft etwa 13 Millionen

unterstrichen, das relative Zurückbleiben des Wachstumstempos der Produktion von Konsumgütern gegenüber dem der Produktion von Produktionsmitteln schneller zu überwinden und auch das Entwicklungstempo der Landwirtschaft schneller dem der Industrie anzugleichen. Darin besteht eines der charakteristischsten Merkmale der gegenwärtigen Entwicklungsetappe der Volkswirtschaft der UdSSR. Im Fünfjahrplan sind die erforderlichen Maßnahmen vorgesehen, um dieses Ziel zu erreichen. Die Investitionen auf dem Gebiet der Landwirtschaft, der Leicht- und Lebensmittelindustrie sowie der Fischwirtschaft werden sich etwa um 70 bis 80 Prozent erhöhen. Die Grundfonds werden in diesen Zweigen der Volkswirtschaft wesentlich erweitert; zahlreiche neue Betriebe werden in Betrieb genommen.

Spezialisten mit Fach- und Hochschulbildung. Allein in der Periode des jetzigen Fünfjahrplanes werden an den Hoch- und Fachschulen etwa 7 Millionen Spezialisten ausgebildet.

Der Sowjetstaat gewährleistet eine schnelle Entwicklung der Wissenschaften. Neben der Akademie der Wissenschaften der UdSSR wurden auch in den Unionsrepubliken Akademien errichtet, die erfolgreich arbeiten. Im Jahre 1957 wurde ein neues großes wissenschaftliches Zentrum im Osten des Landes geschaffen — die sibirische Filiale der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Gegenwärtig nimmt die Sowjetunion auf dem Gebiet des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der Welt eine führende Position ein.

Wesentliche Bedeutung für den schnellen ökonomischen Fortschritt hatte auch die Tatsache, daß in unserem Lande alle Hemmnisse für die Entwicklung der Produktivkräfte beseitigt wurden. Die Politik des Sowjetstaates ist unbeirrbar darauf gerichtet, das Entwicklungsniveau der früher zurückgebliebenen Gebiete dem der fortgeschrittenen anzugleichen. Im Ergebnis dieser Politik verfügen heute alle Unionsrepubliken über eine entwickelte Wirtschaft.

Geistesschaffende in der UdSSR



Während der Jahre der Sowjetmacht wurde in unserem Lande ein riesiges Bauprogramm verwirklicht. Gewaltige Investitionen wurden für die Entwicklung der Volkswirtschaft aufgewandt. Die Grundfonds wurden um etwa 600 Md. Rubel erweitert. Mehr als 40 000 große Industriebetriebe wurden rekonstruiert oder neu erbaut. In den Städten, Arbeiter-siedlungen und Sowchosen wurden 1367 Mill. m² Wohnraum neu geschaffen, außerdem wurden 21 Mill. Häuser für Kolchosbauern gebaut. Allein

während der letzten 10 Jahre haben etwa 114 Millionen Sowjetbürger, also fast die Hälfte der Bevölkerung der UdSSR, neue Wohnungen erhalten bzw. wurden ihre Wohnbedingungen verbessert.

20 Jahre sind vergangen, seit der Sozialismus über den Rahmen eines Landes hinausgetreten ist. Die gegenseitige Zusammenarbeit und Unterstützung, der gegenseitige Erfahrungsaustausch wurden zu wichtigen Faktoren der erfolgreichen Entwicklung aller sozialistischen Länder.

Klare Perspektiven

Partei und Regierung sehen die ökonomische Hauptaufgabe jetzt darin, auf der Grundlage der umfassenden Ausnutzung von Wissenschaft und Technik, der industriellen Entwicklung der gesamten gesellschaftlichen Produktion, der Erhöhung ihrer Effektivität und der Steigerung der Arbeitsproduktivität ein bedeutendes Wachstum der Industrieproduktion sowie eine beständige Entwicklung der Landwirtschaft zu gewährleisten und dadurch eine weitere wesentliche Verbesserung des Lebensstandards des Volkes und die immer umfassendere Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse aller Bürger zu ermöglichen. Das entspricht den Beschlüssen des XXIII. Parteitages der KPdSU.

In der Periode des gegenwärtigen Fünfjahrplanes wird das Nationaleinkommen um 38 bis 41 Prozent wachsen, die Bruttoproduktion der Industrie um 47 bis 50 Prozent, die landwirtschaftliche Produktion um 25 Prozent. Die Investitionen erhöhen sich in diesem Zeitraum um 47 Prozent, das Realeinkommen je Kopf der Bevölkerung steigt um 30 Prozent.

Der Plan des ersten Jahres dieser Fünfjahrplanperiode wurde in Industrie und Landwirtschaft übererfüllt. Auch im Jubiläumsjahr 1967 wurden bisher gute Ergebnisse erreicht. Der Zuwachs der Industrieproduktion betrug im ersten Halbjahr 10,6 Prozent im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres.

Gegenwärtig richten die Partei und die Regierung besondere Aufmerksamkeit darauf, die Prinzipien der sozialistischen Wirtschaftsführung, der Planung und der ökonomischen Stimulierung der Produktion, die vom ZK der KPdSU ausgearbeitet wurden, erfolgreich zu verwirklichen. Wie die Entwicklung der Landwirtschaft und die ersten Erfahrungen der Industriebetriebe, die bereits nach den neuen Grundsätzen arbeiten, bestätigen, ist der von der Partei und der Regierung vorgezeichnete Weg richtig. Das Hauptergebnis der Reform besteht im Wachstum der Industrieproduktion, in der Steigerung der Arbeitsproduktivität und in der Erhöhung des Gewinns.

Die Wirtschaftsreform in unserem Lande wurde durch die Erfordernisse bedingt, die sich aus der Entwicklung unserer Volkswirtschaft ergaben. Sie entspricht der Notwendigkeit, den technischen Fortschritt zu beschleunigen und die Leitungsmethoden entsprechend dem wachsenden Umfang der Produktion und der immer komplizierter werdenden wirtschaftlichen Verflechtung zu vervollkommen.

Durch die Reform werden die Prinzipien, deren Richtigkeit sich in der vieljährigen Praxis unseres sozialistischen und kommunistischen Aufbaus erwiesen hat, weiterentwickelt. Das betrifft besonders das grundlegende Prinzip des Sozialismus „Jeder nach seinen Fähigkeiten — jedem nach seiner Leistung“. Entsprechend diesem Prinzip

verwirklichen wir Maßnahmen, um die Fähigkeit jedes Werktätigen zu hochproduktiver Arbeit zu stimulieren. Wir verstärken die materielle Anerkennung für eine gute Qualität der geleisteten Arbeit.

In Übereinstimmung mit dem sozialistischen Prinzip des demokratischen Zentralismus verändern wir die Planung und Leitung der einzelnen Zweige der Volkswirtschaft. Die zentralen Wirtschaftsorgane konzentrieren ihre Aufmerksamkeit darauf, eine einheitliche Politik auf dem Gebiet des technischen Fortschritts, der Investitionen, der Finanzen und der Preise zu gewährleisten. Gleichzeitig werden die Selbständigkeit und die Rechte der Betriebe bei der Entscheidung konkreter wirtschaftlicher Fragen erhöht.

Während des ersten Halbjahres 1967 stieg in den Betrieben, die bereits nach dem neuen System arbeiten, der Umfang der Produktion im Vergleich zum ersten Halbjahr 1966 um 12 Prozent, der Gewinn um 22 Prozent und die Arbeitsproduktivität um 8 Prozent.

Gegenwärtig arbeiten insgesamt über 4600 Industriebetriebe nach den neuen Grundsätzen; ihre Produktion macht mehr als 30 Prozent der gesamten Industrieproduktion der UdSSR aus. Im kommenden Jahr wird die Wirtschaftsreform im wesentlichen alle Industriezweige sowie das Transportwesen erfassen und auch auf andere Volkswirtschaftszweige ausgedehnt werden.

• • •

Das Sowjetvolk hat nicht nur als erstes in der Geschichte der Menschheit die Produktionsmittel seines Landes in sozialistisches gesellschaftliches Eigentum überführt, sondern auch das entsprechende System der Leitung der Betriebe, der gesamten

gesellschaftlichen Produktion und der Verteilung der Produkte entwickelt.

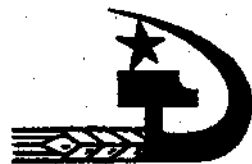
Nach 50 Jahren Sowjetmacht kann die Sowjetunion auf gewaltige Erfolge zurückblicken, die welthistorische Bedeutung haben.

Kosmos-Briefmarken

Mehr als 3000 verschiedene Briefmarken sind bisher in der Welt über die sowjetische Weltraumforschung erschienen. Ein sowjetischer Katalog, der auch die in anderen Ländern herausgegebenen Postwertzeichen über die sowjetische Eroberung des Kosmos enthält, gliedert sich in die Abschnitte

„Die UdSSR — die Heimat der Kosmonautik“, „Die ersten künstlichen Erdtrabanten“, „Luniks, geophysikalische Raketen“, „Kosmische Raumschiffe“, „Interplanetare Stationen und Satelliten der „Kosmos“-Serie“, „Der Mensch im Kosmos“ und „Friede dem Kosmos“.

50 Jahre Oktoberrevolution



Das Jahr der höchsten Investitionen

Das Produktionspotential der sowjetischen Wirtschaft, das ununterbrochen anwächst, erhält auch im Jubiläumsjahr einen neuen gewaltigen Zugang. Allein in diesen zwölf Monaten werden über 1100 neue Industriebetriebe bzw. Teilbetriebe ihre Arbeit aufnehmen.

Seit Anfang 1967 produziert das neue Rohrwalzwerk im Hüttenkombinat Taganrog. In Orjol wurde die erste Baustufe eines Stahlwerkes ihrer Bestimmung übergeben, zu dessen Ausrüstung die DDR beigetragen hat. Wenige Wochen zuvor wurde der erste Abstich des neuen Hochofenriesen in Nowolipezk vorgenommen, der über einen Nutzraum von 2030 m² verfügt. In Kriwoi Rog entsteht ein anderer, der mit einer Jahresleistung von 1,7 Millionen Tonnen zur Weltspitze gehört, zwei weitere dieser Größenordnung folgen. Allein das Uralmaschinenwerk in Swerdlowsk liefert 1967 Ausrüstungen für Aufbereitungsbetriebe mit einer Jahresleistung von 5,5 Millionen Tonnen Erzen.

Zum 50. Jahrestag werden auch die ersten beiden 500-MW-Turbinen in dem dann mächtigsten Wasserkraftwerk am Jenissei angelassen, während im Wärmekraftwerk Slawjansk (Donezbecken) ein Energieblock von 800 MW — der größte der Welt — in Betrieb geht.

Umfang und Niveau der Agrarproduktion wird durch die enorme Summe von 13,5 Milliarden Rubel Investitionen gefördert, die auch die Aufwendungen für weitreichende Meliorationsarbeiten einschließt. Die Landwirtschaft, deren Bruttoproduktion 1967 um vier Prozent zunehmen soll, wird allein 287 000 neue Traktoren, 150 000 LKW, fast 16 500 Mähdrescher und viele andere

Maschinen erhalten. In der Folge wird das Angebot der Nahrungsmittelindustrie im Jubiläumsjahr durch 260 neue Werke bereichert, zu dem auch die Installation von 700 hochleistungsfähigen automatisierten oder mechanisierten Fließstraßen in bereits bestehenden beitragen wird.

Für die Leichtindustrie werden insgesamt 40 000 neue Maschinen bereitgestellt. Zusammen mit dem Dienstleistungssektor erhält sie in diesem Jahr 2,5 Milliarden Rubel an Investitionsmitteln, 20 Prozent mehr als 1966. Mit dem Bau von 93,4 Millionen m² Wohnfläche werden im 50. Jahr der Sowjetmacht 13 Millionen Menschen in ein neues modernes Heim einziehen können.

Der Hauptteil der Investitionen wird dabei eindeutig auf diejenigen Industriezweige konzentriert, die in entscheidendem Maße das Tempo der technischen Revolution bestimmen, zu einem schnellen Anwachsen des Nationaleinkommens führen und damit eine weitere Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung ermöglichen. So werden der Chemieindustrie bis 1970 doppelt soviel, dem Maschinenbau und der Energiewirtschaft 50 Prozent und der Eisenhüttenindustrie 70 Prozent mehr an Investitionen zur Verfügung stehen als in dem Zeitraum 1961 bis 1965. Diese Zweige — einschließlich der Elektronik — erhalten 1967 zusammen 42 Prozent aller Investitionen. Die insgesamt vorgesehenen Mittel stellen mit annähernd 47 Milliarden Rubel die absolut höchste Summe dar, die die Sowjetunion seit ihrer Gründung in einem Jahr für den Ausbau der materiellen Produktionsgrundlagen des Landes und für Investitionen im Bereich des täglichen Lebens aufwendet.

Schnelles Tempo in Schwerpunktindustrien

Die Wirtschaftspolitik, die der XXIII. Parteitag der KPdSU für den Fünfjahresplan beschlossen hatte, wird konsequent verwirklicht. Das geht aus den Ziffern hervor, mit denen die sowjetische Industrie ihr I. Quartal im 50. Wirtschaftsjahr der Sowjetmacht abgeschlossen hat. Deutlicher noch als 1966 zeigen die Entwicklungstendenzen vor allem jener Industrien, die an der technisch-wissenschaftlichen Revolution Anteil haben, daß die von der KPdSU vorgezeichnete ökonomische Politik real ist und stetige Fortschritte bringt.

Davon zeugt nicht allein die Tatsache, daß die geplante Wachstumsrate der Industrieproduktion für 1967 schon in den ersten drei Monaten mit 10,9 Prozent erheblich überboten wurde. Charakteristischer noch ist das überdurchschnittliche Tempo der Schlüsselindustrien: 12 Prozent für die Energiewirtschaft, 13 für die Chemie ebenso wie den Maschinenbau und 12 bzw. 14 Prozent für die Leicht- und die Konsumgüterindustrie.

Solche Zahlen sprechen unwiderleglich dafür, daß sich bei einem guten Allgemeintempo — die Arbeitsproduktivität stieg um 6,7 Prozent — die Proportionen zwischen den beiden großen Produktionsabteilungen Produktions- und Konsumtionsmittel günstiger gestaltet haben. In der ersteren wurde den Anforderungen der technischen Revolution entsprochen, wenn beispielsweise der Bau von Geräten der Automatisierung um ein Sechstel schneller vorankam, in der Chemie bei Platten um ein Viertel und bei Mineräldünger um ein Sechstel mehr erzeugt wurde als im I. Quartal 1966.

Mit einem Ausstoß von 25 Millionen Tonnen in den ersten drei Monaten dieses Jahres wird die Stahlproduktion die 100-Millionen-Grenze im Jahr

überschreiten, was als großer Erfolg zu betrachten ist. Hinzu kommen bedeutende qualitative Veränderungen im Sortiment, z. B. die schnellere Entwicklung der Stahlrohrproduktion.

Die Konsumgüterindustrie steigerte ihr Angebot beträchtlich, unter anderem bei Kühlschränken um ein Viertel, bei Waschmaschinen um 12 Prozent und bei der Fertigbekleidung um ein Sechstel gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres. Daß der Bevölkerung ein Fünftel mehr Fleisch und 13 Prozent mehr Milchprodukte zur Verfügung standen, ist vor allem das Ergebnis der guten Vorjahrsernte und der raschen Entwicklung der Viehwirtschaft.

Es ist für den Fortschritt der Wirtschaftsreform in der Sowjetunion bezeichnend, daß erstmalig ein ganzer Industriezweig seine Entwicklung nicht am Zuwachs der Warenproduktion, sondern am Umsatz mißt, nämlich das Ministerium für Gerätebau und Automatisierungsmittel. Im Vorjahr waren erst 700 Betriebe zur neuen Planungsmethode übergegangen, die wesentlich zu einer höheren Effektivität der wirtschaftlichen Tätigkeit anspornt. Jetzt im ersten Halbjahr 1967 handelt es sich schon mit insgesamt 2500 Betrieben um mehr als 20 Prozent der Industrieproduktion bzw. ein Fünftel aller Beschäftigten. Zwar sind noch nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft, um den ökonomischen Nutzeffekt zu erhöhen; doch überdurchschnittliche Raten bei Umsatz, Gewinn, Arbeitsproduktivität und Kostensenkung beweisen eindeutig, daß sich die im September 1965 vom ZK der KPdSU beschlossene Industriereform bewährt. Vor allem verläuft die Produktion rhythmischer, weil Planung und Leitung der Betriebe und Industrien wissenschaftlicher geworden sind, wie in der Prawda festgestellt wurde.

Das Notizbuch des Ministers

Bis zur Revolution war er Landarbeiter, weder Hof noch Boden besitzend. 1929 gründete er den Kolchos „Komintern“. Wenig später wählte man ihn zum Vizepräsidenten der Sowjetrepublik Tadshikistan. Er diktierte seine Direktiven ins Stenogramm.

Unterschreiben konnte er sie nicht. Er hatte nie schreiben gelernt, holte es jetzt nach. Der Staatsmann mußte auf die Schulbank, in die Abc-Klasse.

Sein Sohn, Absolvent einer Pädagogischen Hochschule, ist stellvertre-

tender Volksbildungsminister der Tadschikischen SSR. Ende März 1967 empfängt er uns zu einem Gespräch.

Pädagogen lieben Exaktheit. Daher schlägt Genosse Karym Bobokalonow oft in seinem Notizbuch die entsprechenden Tabellen nach. Die erste, die Eckzahl, aber hält er so parat: „Tadschikistan verfügt jetzt über 2492 Schulen.“ Ergänzender Kommentar: „In unserer Republik gibt es kein Kischlak ohne Schule.“

Kein Dorf ohne Schule — und das in jenem mittelasiatischen Land, wo noch Anfang der zwanziger Jahre in keinem einzigen Dorf eine Schule existierte, in jenem Land, dessen Territorium — auch das sei bedacht — zur Hälfte höher liegt als 3000 m. Inzwischen sind Mathematik und Chemie längst zu Bergsteigern geworden, sind sie emporgekleckert selbst in das entlegenste Pamir-Kischlak, also in Wolkenhöhe und darüber. Unter zaristischer Herrschaft rangierte Tadschikistan mit 99,5 Prozent Analphabeten unter den Sitzbleibern der Geschichte, hoffnungslos nachhinkend. Hoffnungslos? „Heute nimmt die Tadschikische SSR in der Volksbildung einen der führenden Plätze in der Welt ein.“ Wer, außer einem kommunistischen Minister, könnte derartiges registrieren?

Das Notizbuch Karym Bobokalonows ist denn auch gespickt mit verblüffenden Fakten: 32 929 Lehrer zählt Tadschikistan darunter über 14 000 mit Hochschulbildung. Die Fachschulen erlauben das Studium in 90 Spezialrichtungen. An den sieben Hochschulen des Landes lehren mehr als 3500 Professoren, Dozenten, Assistenten. Bis 1970 werden allein im Pamir Schulinternate mit 4000 Plätzen geschaffen. 35 spezielle Sportschulen gibt es in Tadschikistan mit fast 15 000 Schülern. Ferner 59 Pionierhäuser, 19 Stationen junger Techniker und Naturforscher, acht Sportstadien für Kinder ... Ein Minister erzählt, blättern in seinem Notizbuch.

In Museen werden sie gezeigt oder von Liebhabern gesammelt: Manuskripte berühmter Schriftsteller, kostbare Drucke, seltene Erstausgaben, Bücher, groß wie ein Daumennagel, und dicke Folianten aus dem Mittelalter, gebunden in Schweinsleder, beschlagen mit Silber, bibliophile Raritäten aller Art und Größen. Ihre Zahl ist Legion.

Doch wie viele Bücher gibt es auf diesem Planeten, die sich mit dem schmucklosen Notizbuch des tadschikischen Vizeministers für Volksbildung messen können? Wie viele?

50 Jahre Sowjetmacht

Bildungswesen



Wohlstand des Volkes wird erhöht

Das Zentralkomitee der KPdSU und die Regierung der UdSSR haben am 26. September 1967 einen Beschluß „Über Maßnahmen zur weiteren Hebung des Wohlstandes des Sowjetvolkes“ angenommen, wonach die Mindestlöhne der Arbeiter und Angestell-

ten in der UdSSR ab 1. Januar 1968 auf 60 Rubel im Monat erhöht werden. Im zweiten Halbjahr 1968 werden ferner die Löhne der an Maschinen tätigen Arbeiter der Maschinenbau- und Metallverarbeitungsbetriebe durchschnittlich um 15 Prozent heraufgesetzt. Es werden zusätzliche Lohnkennziffern

eingeführt und Vergünstigungen für Personen erweitert, die in einigen Wirtschaftszweigen in den neuerschlossenen Gebieten des Fernen Ostens und des Nordens arbeiten.

Für diejenigen Arbeiter und Angestellten, die jetzt 12 Urlaubstage erhalten, wird der Jahresurlaub auf 15 Arbeitstage verlängert. Für einige Kategorien von Arbeitern und Angestellten wird die Lohnsteuer weiter gesenkt oder abgeschafft. Auch die Unterstützungen bei zeitweiliger Arbeitsunfähigkeit werden erhöht.

Der Beschluß sieht eine Erhöhung der Renten und eine Herabsetzung des Rentenalters für Kriegsinvaliden und Kolchosbauern sowie die Einführung von Unterstützungen für Invaliden von Kindheit an vor. Für Arbeiterinnen einzelner Betriebe der Textilindustrie wird das Rentenalter von 55 auf 50 Jahre und für Kolchosbauern bei Männern von 65 auf 60 Jahre und bei Frauen von 60 auf 55 Jahre herabgesetzt.

Kraftwerk Bratsk schon amortisiert

Das bisher größte Wasserkraftwerk der Welt in Bratsk an der Angara wird bis zum 7. November vollständig den Betrieb aufnehmen. Gegenwärtig werden die letzten Vorbereitungen getroffen, um den Energiegiganten mit einer Gesamtkapazität von 4,05 Millionen Kilowatt zu übergeben. Die staatliche Abnahmekommission begutachtet zur Zeit den gesamten Komplex. Seit dem Probelauf des ersten Aggregats hat das Kraftwerk Bratsk schon 62 Milliarden Kilowattstunden Strom geliefert. Das entspricht einem Wert von fast 700 Millionen Rubel. Die gleiche Summe wurde für den Bau inmitten unbewohnter Taiga ausgegeben. 1967 wird das Kraftwerk mit seinen 18 Hydroaggregaten mit einer Leistung von je 225 Megawatt 18,5 Milliarden Kilowattstunden erzeugen. Das ist etwa soviel wie in Österreich und Dänemark zusammen. Betriebsmessungen ergaben, daß die Turbinen Leistungen von je 250 Megawatt bringen können. Das Wasserkraftwerk Bratsk, das jetzt schon das riesige Gebiet zwischen Ulan-Ude im Osten und dem Kusbass im Westen mit Energie versorgt, gehört zu den wichtigsten Anlagen in der Entwicklung eines einheitlichen sibirischen Energiesystems.

Moskaus Einwohnerzahl jetzt 6,5 Millionen

Die Einwohnerzahl Moskaus hat sich seit 1913 auf das Vierfache erhöht und beträgt gegenwärtig 6,507 Millionen. Das Territorium der Stadt ist mit 866,5 km² fünfmal so groß wie 1917. Die sowjetische Hauptstadt verbreiterte sich aber nicht nur, sondern wuchs auch in die Höhe. So ist der Anteil der ein- und zweistöckigen Häuser von 65 Prozent im Jahre 1912 auf 18 zurückgegangen. 71,6 Prozent der Moskauer Bauten sind fünf- bis zehnstöckige Gebäude. Mit dem neuen Fernsehturm von 537 Meter Höhe wird die Metropole der Sowjetunion über das höchste Bauwerk der Welt verfügen.

Seit der Oktoberrevolution sind in Moskau 75 Millionen m² Wohnfläche fertiggestellt worden, fast die Hälfte davon in den letzten sieben Jahren. Allein im Jubiläumsjahr werden 400 000 Moskauer Einzug feiern können. Alle drei Jahre entsteht in Moskau so viel neue Wohnfläche, wie das gesamte Rußland vor der Revolution aufzuweisen hatte.

Sportmacht Sowjetunion

In 50 Jahren Sowjetmacht bildete sich in der UdSSR ein neues, sozialistisches System der Körpererziehung heraus. Körperkultur und Sport wurden zum untrennbaren Bestandteil der Kultur der sowjetischen Gesellschaft und nahmen aktiven Einfluß auf die Formung des Menschen. In den Thesen des Zentralkomitees der UdSSR zum 50. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution wird unterstrichen, welche große Rolle die Sportorganisationen im gesellschaftlichen Leben spielen. In ihnen sind die verschiedensten Bevölkerungsgruppen vereinigt. Ungefähr 150 Millionen Menschen haben in den Jahren der Sowjetmacht die Bedingungen für das GTO-Abzeichen (Bereit zur Arbeit und zur Verteidigung der UdSSR) und die verschiedenen sportlichen Klassen abgelegt. Heute werden in der Sowjetunion mehr als 50 Millionen Sportler gezählt, die in 200 000 Kollektiven vereinigt sind.

Die Körpererziehung, als Pflichtfach im Lehrprogramm der Schulen und

Hochschulen, erreicht 40 Millionen Lernende; mehr als 27 Millionen Arbeiter und Angestellte nehmen an der Pausengymnastik in den Betrieben und Institutionen teil. Den Sportorganisationen stehen 2500 Stadien, 33 000 Turnhallen, 1165 Schwimmbecken und fast eine halbe Million Sportplätze zur Verfügung.

In der UdSSR wurde ein Netz der verschiedenen Sportschulen aufgebaut, die Sportzeitungen und -zeitschriften erscheinen in Millionenauflagen.

Das sowjetische Verlagswesen in Zahlen

● 1966 erschienen in der UdSSR 7967 Zeitungen mit einer Jahresauflage von 24,5 Milliarden Exemplaren. 1967 hat sich die Abonnentenzahl weiter erhöht, und die Gesamtauflage einer Ausgabe der Zeitungen wird etwa 120 Millionen erreichen.

● In den Jahren der Sowjetmacht wurden in der Sowjetunion die Werke von Marx und Engels in einer Auflage von 83,8 Millionen Exemplaren in

48 Sprachen der Völker der UdSSR und in 28 Fremdsprachen herausgegeben.

Die Werke Lenins erschienen im gleichen Zeitraum in 330,7 Millionen Exemplaren, in 64 Sprachen der Völker der UdSSR und in 31 Fremdsprachen.

● 1966 wurden 72 977 Bücher und Broschüren mit einer Gesamtauflage von 1280,1 Millionen Exemplaren herausgegeben.

● 1966 erschienen 4342 Zeitschriften. Davon waren 489 politischen und sozialökonomischen Themen gewidmet. Die Zeitschriften wurden in 45 Sprachen der Völker der UdSSR und in 15 Fremdsprachen veröffentlicht.

● 1966 kamen 47 Zeitungen auf je 100 Einwohner der UdSSR, 1967 werden es nahezu 52 Exemplare sein.

● Nach vorläufigen Berechnungen wird die Auflage der Bücher im Jubiläumsjahr 1,4 Milliarden erreichen, die Auflage einer Ausgabe der Zeitungen und Zeitschriften 250 Millionen Exemplare.

Die KPD stellt zur Diskussion

Schul- und Wissenschaftsfragen — wichtige Probleme unserer Gesamtpolitik

Diskussionsbeitrag zu den kulturpolitischen Vorschlägen

Als wir bei uns in der Leitung die Vorschläge unserer Partei für eine demokratische Alternative in der Kulturpolitik diskutierten, tauchte die Frage auf: Wie können wir die Arbeiter überzeugen, daß dieses Programm, vor allem die hier im Gesamtzusammenhang der geistigen Situation behandelten Probleme der Erziehung und der Wissenschaft ihre ureigenen Angelegenheiten sind? Wir haben uns darum aus Materialien unserer Partei und aus anderen Veröffentlichungen Fakten erarbeitet. Wir meinen, sie können auch anderen Genossen bei der Arbeit mit den kulturpolitischen Vorschlägen unserer Partei nützlich sein.

I.

Sind Schul- und Wissenschaftsfragen etwas für einige Spezialisten, sozusagen abseits von der Gesamtpolitik? Das kann keinesfalls stimmen. Denn eine demokratische, fortschrittliche Schul- und Wissenschaftspolitik ist nach ihrem ganzen Inhalt unvereinbar mit dem Programm, mit der Politik der CDU/CSU. Die Unionsparteien wollen nicht den mündigen Staats-

bürger, sondern den Staatsbürger in Uniform. Und sie wollen nicht die verantwortungsbewußte, nach eigener Sachkenntnis entscheidende Persönlichkeit, sondern blind gehorchende und funktionierende Teilstücke ihrer formierten Gesellschaft.

Was das für die Hochschulen bedeutet, hat der Vorsitzende des So-

zialistischen Deutschen Studentebundes, R. Reiche, so beschrieben:

„Die Universitäten werden immer mehr zu Betrieben, die eine möglichst große Zahl wissenschaftlicher Funktionäre für die höhere Technokratie der spätkapitalistischen Leistungsgesellschaft ausstoßen haben. Die studentische Mit- oder sogar Selbstverwaltung wird immer mehr zu einem Aushängeschild für Demokratie, aber im Laden selbst wird bürokratisch nach den Kriterien technologischer Nützlichkeit und kapitalistischer Verwertbarkeit entschieden.“

Wenn möglich noch schlimmere Schäden richtet die Gleichschaltung der Bildung und der Jugendziehung auf die formierte Gesellschaft an unseren Schulen und damit schon an unseren Kindern an.

„Unser Staat läßt den Menschen in der Wirtschaft möglichst viele Freiheiten und greift nur dann ein, wenn es das Gemeinwohl verlangt. Er schützt durch seine Gesetze die Schwachen

und sorgt dafür, daß jeder vom Sozialprodukt soviel bekommt, daß keiner hungern und frieren muß.“ So wird es im staatsbürgerlichen Unterricht gelehrt.

Was aber bedeutet es, wenn unsere junge Generation diesen Unsinn glaubt? Was bedeutet das für uns, die Eltern, die Gewerkschafter, die Staatsbürger? Hier werden die Wehrlosigkeit des Arbeiters gegen Unternehmerwillkür und die Angriffe der Notstandspolitik auf das Koalitions- und Streikrecht der Gewerkschaften bereits im Bewußtsein der Kinder vorbereitet. In dieses verlogene Bild der Sozialharmonie paßt kein Klassenkampf, keine Gewerkschaftsorganisation, kein Lohnkonflikt, kein Streik. Wer das im Kopf hat, kämpft nicht für sein Recht, weder im Betrieb, noch im Staat.

Programm und Politik der CDU/CSU sind auch von den finanziellen Voraussetzungen her unvereinbar mit einem modernen Bildungsanspruch.

II.

Was Kiesinger und Strauß als ihre mittelfristige Finanzplanung vorgelegt haben, bedeutet, daß bis 1971 jede vierte Mark des Bonner Staatshaushalts ins Rüstungsgeschäft gesteckt werden soll. Jahr für Jahr mehr Geld für Panzer und Raketen, für Kriegsflugzeuge und für den Atomwaffenehrgeiz, Jahr um Jahr mehr Geld für den Rüstungswahnsinn und das bis zur Rekordsumme von 22 Milliarden im Jahr 1971 — bei einer solchen Finanzpolitik kann ganz einfach keine Rede sein von der Befriedigung des riesigen Nachholebedarfs, der sich an unseren Schulen und Hochschulen angehäuft hat, schon gar nicht zu reden von den neuen noch höheren Aufgaben, die mit dem Fortschreiten der wissenschaftlich-technischen Revolution ins Blickfeld kommen.

Daß die Rüstungsausgaben zu Beginn des nächsten Jahrzehnts die zwanzig-Milliarden-Grenze überschreiten sollen, haben Kiesinger und Strauß exakt vorausberechnet. Aber hat sich die Regierung, in der immerhin auch neun sozialdemokratische Minister sitzen, mit ähnlicher Exaktheit darüber Rechenschaft gegeben, wie sich die Zahl der Schüler bis zum Jahr 1970

entwickelt und was das erfordert? Die Kultusminister der Länder haben schon 1963 die Vorausrechnung vorgelegt: Die Zahl der Schüler wächst bis 1970 um zwei Millionen. Das heißt, wir brauchen mehr Lehrer, mehr Schulräume, mehr Lehrmittel und dafür natürlich auch mehr Geld.

Das Geld aber wird knapper. Umso knapper, je mehr die Rüstung frisst. Aber auch die Lehrer werden knapper; denn 44 Prozent aller heute tätigen Lehrer scheiden bis 1970 aus dem Beruf aus. Ebenfalls knapper werden die Professoren. Von 1800 Lehrstühlen, die die Universitäten angefordert haben, hat der Wissenschaftsrat 142 befürwortet — nicht, weil die anderen 90 Prozent überflüssig wären, sondern weil der katastrophale Nachwuchsmangel ganz einfach die Vermehrung der Lehrstühle verhindert.

Können diese Lücken gedeckt, kann der Mehrbedarf aufgefüllt werden? Was seit Jahren versäumt worden ist, kann in wesentlichen Bereichen kaum noch gutgemacht werden. Schon jetzt steht fest: Wir werden 1970 viel zu wenig Abiturienten und damit viel zu wenig Studenten haben. Bis 1970 steigt die Abiturientenzahl bei dem jetzigen

Schulsystem um ganze sechs Prozent. Vor einem Jahrhundert hätte sich darüber reden lassen. Aber heute ist diese Ziffer ein Skandal, ein Verbrechen an der Zukunft. Wir vergleichen noch nicht einmal mit der DDR oder anderen sozialistischen Ländern. Wir vergleichen die Bundesrepublik nur mit kapitalistischen Staaten Europas. Belgien steigert seine Abiturientenzahl im selben Zeitraum um hundert Prozent, Italien um 110 Prozent, Schweden um 140 Prozent, Frankreich um 150 Prozent — und die Bundesrepublik um ganze sechs Prozent!

Das bedeutet: Um den Bedarf an Lehrern für das Jahr 1970 zu decken, müßten bis dahin sämtliche Abiturienten sämtlicher Jahrgänge nur Lehrer werden. Nur Lehrer — keiner Arzt oder Chemiker, Architekt oder Volkswirtschaftler.

Natürlich ist das undenkbar. Aber was tatsächlich geschieht, ist noch unglaublicher. Ausgerechnet in dieser Situation, da alle Reserven sofort und bis zum letzten von unten her bis nach oben hin ausgeschöpft werden müßten, da es gilt, mehr junge Menschen an die Wissenschaft heranzuführen, werden die Ventile noch mehr gedrosselt und zwar durch eine enorme Substanz- und Zeitverschwendung an den Schulen und durch neue Zulassungsbeschränkungen an den Universitäten.

Dr. Heinrich Schöne, Ministerialdirigent im Kultusministerium Rheinland-Pfalz, hat am Beispiel der Gymnasien durchgerechnet, was jeder Schüler infolge der Ausfallstunden durch Lehrer- und Schulraummangel verliert:

„Zur Zeit können 25 Prozent des Unterrichtsbedarfs nicht mehr gedeckt werden. Das heißt, jede vierte Stunde fällt aus oder von insgesamt neun Jahren gehen die Schüler mindestens zwei Jahre umsonst in die höhere Schule.“

Aus Niedersachsen verlautet inzwischen, daß an vielen Schulen im neuen Schuljahr bis zu 40 Prozent des Stundensolls wegen Mangel an Lehrern und Schulräumen ausfallen.

Und wieviel Zeit wird an den Universitäten verloren? Wieviele Studienbewerber kommen dort überhaupt nicht zum Zug?

An den Medizinischen Fakultäten unserer sämtlichen Universitäten wird wegen Raumnot und Dozentenmangel zum kommenden Semester jeder dritte Studienbewerber abgewiesen. Wer wird im kommenden Jahrzehnt den fehlenden dritten Arzt ersetzen?

Die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät der Universität Köln hat offen den Bankrott ihres Lehrbetriebs erklärt. Seit Jahren sind die Verantwortlichen gewarnt und gemahnt worden. Geschehen ist nichts. Nicht einmal die Planstellen der akademischen Lehrer sind besetzt. Die Folge: beim letzten Prüfungstermin hatte ein einziger Professor 1400 Klausurarbeiten zu lesen, zu werten, zu zensieren.

„Kiel wird wissenschaftlich zur Provinz.“ Der das feststellt, ist Rektor der Kieler Universität, Professor Herre. Der Fehlbetrag der Universität liegt zur Zeit bei über zwei Millionen Mark. Ihre Forderungen, schreibt der Rektor, blieben seit Jahren unerfüllt. „Die Verantwortung dafür tragen Regierung und Parlament. Die Studenten werden die Leidtragenden sein. Die Öffentlichkeit wird die Mängel in der Ausbildung später zu spüren bekommen.“

Ja, die Öffentlichkeit wird es zu spüren bekommen, jeder von uns — im Bildungsmangel unserer Kinder, an den fehlenden Lehrern und Ärzten, am Ausfall der Ingenieure und Forscher.

Millionen und Milliarden zahlt die Bundesrepublik schon jetzt für ausländische Patente und Lizenzen. Wir sind auf dem besten Weg, gerade auf den wichtigsten Gebieten, die unsere wirtschaftliche Zukunft bestimmen, ein unterentwickeltes Land zu werden. Unterentwickelt in Elektronik und Kybernetik, friedlicher Grundlagenforschung und Wissenschaftsplanung.

III.

Als ob sie nicht schnell genug dieser Katastrophe zusteuern könnten, forcieren die Regierenden in Bonn das

Wettrüsten und die Konzerngewinne. Sie verhindern damit die nötigen Reformen des Schulsystems von der

Basis her, ja sie verbauen noch den ohnehin zu wenigen Studienbewerbern den Weg an die Hochschulen und Universitäten.

70 Prozent aller Studienplätze sollen von jetzt an erst nach Wartezeiten von unbestimmter Dauer vergeben werden. Wer kann sich das leisten? Von den ohnedies nur mit fünf Prozent an der Gesamtzahl der Studenten beteiligten Kindern aus Arbeiterfamilien gewiß kaum einer. Wo wir dringend wie das tägliche Brot, ja für das tägliche Brot, der kommenden Jahre, Chancengleichheit für jeden und die Förderung sämtlicher Begabungen brauchten, da wird die Auslese nach dem Geldbeutel des Vaters noch verschärft und eine engstirnige, bürokratische Sperrklausel eingeführt. Der Vorsitzende des Verbandes Deutscher Studentenschaften, Haubold, hat darum erklärt: „Es ist das offensichtlich ungerechteste System

der Studentenauswahl, das die Studentenschaft so nicht hinnehmen kann.“

Unsere Schlußfolgerung lautet: Wir alle, und ganz besonders die Arbeiter, können es nicht hinnehmen, daß mit der Zerstörung humanistischer Bildung und Wissenschaft, mit dem Brachliegen Zehntausender Begabungen aus dem Volk unsere Zukunft vertan wird. Hier zeigen uns das Schul- und Kulturprogramm der KPD einen Ausweg, den mit uns viele Menschen suchen — Gewerkschaftskollegen, Sozialdemokraten, Eltern aus den Schulpflegeschäften, Lehrer, Studenten, Männer der Wissenschaft. Sprechen wir mit ihnen über die Vorschläge unserer Partei! Suchen wir das Gemeinsame, um dafür zu sorgen, daß dieses Land auf dem einzigen Feld bestehen kann, auf dem über Rang und Wert und Weltgeltung in dieser Zeit entschieden werden darf — auf dem Feld friedlicher Arbeit, humanistischer Erziehung, verantwortungsbewußter Forschung.

Zur Diskussion über die Vorschläge der Agitationskommission

Gesprächspartner Nr. 1: Die Arbeiter

Wenn in jeder Leitung und Grundorganisation unserer Partei entsprechend den Vorschlägen der Agitationskommission gehandelt würde, wäre unsere Politik tausendmal wirksamer als sie heute ist. Die Praxis hat die Vorschläge und Schlußfolgerungen der Agitationskommission vielfach bestätigt. Trotzdem meine ich, die Vorschläge seien etwas zu allgemein und nicht genügend zielgerichtet auf die Arbeiterklasse der Bundesrepublik gerichtet.

Die Vorschläge sprechen zu oft von „der Bevölkerung“ und von „den Menschen“, sie müßten von der Arbeiterklasse und von den Arbeitern, Angeestellten, Technikern usw. sprechen.

Zu einem Faktor, der zählt und mit dem gerechnet werden muß, wird die Partei, wenn ihre Politik in der Arbeiterklasse wirksam wird. Die Agitation

der Partei muß deshalb in erster Linie darauf gerichtet sein, einen **nennenswerten** Teil der Arbeiterklasse für die Politik der Partei und für die Partei selbst zu gewinnen. (Wurde einmal untersucht, wieviel Prozent der Industriearbeiterschaft Anhänger unserer Partei sind?)

Gerade heute, da die herrschende Klasse der Bundesrepublik der Hilfe der rechten SPD-Führer bedarf und diese durch ihren Eintritt in die Große Koalition und die darin betriebene Politik erneut und deutlicher wie nie zuvor seit 1945 gezeigt haben, daß sie wieder die Rolle des „Arztes am Krankenbett des Kapitalismus“ spielen, hat unsere Partei große Chancen, einen bedeutenderen Einfluß in der Arbeiterklasse zu erzielen. Erst als Partei, die über einen starken Einfluß in der Arbeiterklasse verfügt, sind wir auch ein ernstzunehmender Bündnispartner.

★ ★ ★

An einer Stelle der „Vorschläge“ werden die „Schichten, die wir heute hauptsächlich ansprechen wol-

len“ erwähnt; es wird aber nicht gesagt, um welche „Schichten“ es sich dabei handelt. Das muß aber breit

dargelegt und unsere Agitation darauf gerichtet werden. Es muß klar gesagt werden, daß unsere Agitation in erster Linie alle Teile der Arbeiterklasse ansprechen muß. Sehr richtig ist der Vorschlag für eine wissenschaftlich begründete Aufklärung über die Fortexistenz der Klassengegensätze. Warum, dann aber die etwas abwertende Gegenüberstellung des Appells an das Klassengefühl. Dieser gehört unbedingt in unsere Agitation, ja er hat mit an erster Stelle zu stehen. Dieses Gefühl war im Gegensatz zu den Behauptungen der gegnerischen Propaganda nie abgestorben, es ist in den letzten Monaten natürlich sprunghaft stärker geworden.

Mehrere Tests vor Großbetrieben zeigten, daß ein großer Teil von angesprochenen Arbeitern eine ihnen bislang völlig unbekannte Zeitung nur deshalb kauften, weil sie mit dem Titel „Arbeiterzeitung“ von Ausrufern angeboten wurde. Die Arbeiter-Käufer wußten nicht vorher, was in dieser Zeitung stehen würde. Sie kauften die Katze im Sack und sagten den Ver-

käufern nur immer wieder: „Hoffentlich ist es auch eine richtige Arbeiterzeitung“ oder „Endlich mal 'ne Zeitung gegen die Bild-Zeitung“ usw.

Nach meiner Erfahrung fühlt sich die Mehrheit der Industriearbeiter auch als Arbeiter angesprochen.

Natürlich muß man die Veränderungen in der sozialen Struktur der Arbeiterklasse beachten, aber unsere Agitation kann und muß darauf bauen, daß alle Teile der Arbeiterschaft ein vorherrschendes Gefühl gemeinsam haben: das Gefühl, nur ein Werkzeug zu sein. Gewiß gibt es Abstufungen in der Stärke dieses Gefühls, aber eine entsprechend abgestimmte Agitation kann dieses Gefühl rasch so verstärken, daß eine wissenschaftliche Darlegung des Klassencharakters der westdeutschen Gesellschaft auf fruchtbaren Boden fällt.

Die Unruhe unter der Jugend und vor allem unter den Studenten rührt doch u. a. auch daher, daß man ahnt und fühlt, vor einem Leben zu stehen, in dem man lediglich als Handlanger der Konzernherren figurieren soll.

★ ★ ★

Die Agitation muß das Brennglas sein, mit dem wir unsere Politik gebündelt und zielgerichtet auf die Arbeiterklasse einwirken lassen. Wenn

an dieser Stelle der Gesellschaft unsere Politik zündet, dann und nur dann wird etwas verändert.

★ ★ ★

Wir sind für den Sozialismus. Nur das macht glaubwürdig, daß wir für Frieden und Demokratie sind.

Das Zusammengehören von Frieden, Demokratie und Sozialismus muß viel stärker und offensiver im Mittelpunkt unserer Agitation und Propaganda stehen. Ich habe noch keinen Arbeiter getroffen, der die sozialistische Gesellschaftsordnung ablehnt. Natürlich gibt es Zweifel, Skepsis und falsche Vorstellungen, vorherrschend ist jedoch die immer wieder gestellte Frage: wie stellt ihr Kommunisten euch eine sozialistische Bundesrepublik vor? Wie die Sowjetunion etwa oder wie die DDR? Hier liegt ein breites Feld für unsere Agitation und Propaganda vornehmlich am Beispiel der DDR zu zeigen, wie die sozialistische Arbeitermacht garantiert

der kapitalistischen Monopolmacht überlegen ist, wie allein der Sozialismus soziale Sicherheit garantieren kann, wie es allein der Sozialismus ist, der keine soziale Unsicherheit kennt, keine Arbeitslosigkeit, keine Kurzarbeit, keine Lohnkürzungen, keine Unterdrückung der Arbeiterrechte im Betrieb, keine Entrechtung der Gewerkschaften usw.

Im Sozialismus erst herrscht Demokratie sowohl vor als auch hinter dem Fabriktor. Wer aber kapitalistischen Kleinkrieg gegen die Arbeiter führt, der führt auch imperialistischen Großkrieg gegen die Völker.*

Der nächste Schritt sollte — wie es die Agitationskommission vorschlägt — eine spezialisierte Untersuchung über das Denken der Arbeiter, der

verschiedenen Teile der Arbeiterklasse sein. Entsprechend müßten die wirksamsten Methoden der Agitation entwickelt werden, um Arbeiter aus allen Teilen der Arbeiterklasse für unsere Partei und unsere Politik zu gewinnen.

* **Anmerkung der Redaktion:** Selbstverständlich sagen diese Bemerkungen allgemein richtige Grundsätze unserer Agitation und Propaganda aus. Natürlich können wir uns gegenwärtig nicht die Aufgabe stellen, den Sozialismus als unmittelbare Kampfaufgabe zu propagieren. Vielmehr ist der Kampf für die vollen demokratischen Rechte und die Abwehr aller antidemokratischen Angriffe der Hauptinhalt der Politik unserer Partei in der gegenwärtigen Zeit. Es ist auch nicht so, daß alle Unternehmer, die den kapitalistischen Kleinkrieg führen, automatisch den imperialistischen Großkrieg gegen die Völker unterstützen. Dafür gibt es genügend Beispiele.

lismus als unmittelbare Kampfaufgabe zu propagieren. Vielmehr ist der Kampf für die vollen demokratischen Rechte und die Abwehr aller antidemokratischen Angriffe der Hauptinhalt der Politik unserer Partei in der gegenwärtigen Zeit. Es ist auch nicht so, daß alle Unternehmer, die den kapitalistischen Kleinkrieg führen, automatisch den imperialistischen Großkrieg gegen die Völker unterstützen. Dafür gibt es genügend Beispiele.

JUNGE GENOSSEN FRAGEN, WISSEN UND TAT antwortet

Bestimmt der Sozialismus den Verlauf der menschlichen Entwicklung?

Die Frage, ob gegenwärtig das sozialistische Lager und die Kräfte, die gegen den Imperialismus und für die sozialistische Umgestaltung sind, noch den Hauptinhalt, die Hauptentwicklung und die Hauptmerkmale der geschichtlichen Entwicklung bestimmen, ist angesichts der verstärkten Aggressivität des Weltimperialismus, vor allem der USA in Vietnam, aber auch der Ereignisse im Nahen Osten, Afrika und Griechenland, öfter zu hören.

Der Sozialismus ist nach wie vor auf dem Vormarsch. „Kennzeichnend für die Haupttendenz in der Entwick-

lung der internationalen Lage ist auch weiterhin das Wachstum der Kräfte des Friedens, der Demokratie, der nationalen Unabhängigkeit und des Sozialismus.“¹⁾

Woraus ergibt sich diese Einschätzung? Sie ergibt sich aus dem weiteren Anwachsen der sozialistischen und antimperialistischen Kräfte in der Welt, die — trotz Gegenwehr und selbst offener Anwendung von Gewalt durch die Imperialisten — immer stärkeren Einfluß auf den Verlauf der gesellschaftlichen Entwicklung unseres Erdballs ausüben.

Starkes wirtschaftliches und militärisches Wachstum des sozialistischen Lagers

Das Wachstum der Wirtschaftskraft der sozialistischen Länder ist unbestritten und unübersehbar. Ihr Anteil an der Weltindustrieproduktion stieg zum Beispiel von 1950 bis 1965 von 17,6 auf etwa 40 Prozent an.²⁾ Diese

Entwicklung schreitet auf Grund eines schnelleren Wachstumstempos der sozialistischen Industrie gegenüber der kapitalistischen Industrie weiter voran. Die Zunahme der industriellen Produktion der sozialistischen Länder betrug so von 1961 bis 1965 gleich 43 Prozent. Dagegen wuchs die Produktion der kapitalistischen Länder im gleichen Zeitraum nur um 34 Prozent. Das Wachstumstempo der für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt ausschlaggebenden Wirtschaftszweige war im sozialistischen

¹⁾ Walter Ulbricht, Die gesellschaftliche Entwicklung in der DDR bis zur Vervollständigung des Sozialismus, Berlin 1967, S. 19.

²⁾ Vgl. DWI-Forschungsbericht, Berlin 1967, Heft 2, S. 5 und „Die Welt 1966“, Zahlen, Fakten, Informationen, Berlin 1966, S. 70.

Lager noch höher.³⁾ Erfolgreiche Reformen der sozialistischen Planung und Leitung der Wirtschaft und auch eine bessere Zusammenarbeit innerhalb des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe ebnen gegenwärtig dem Lager des Sozialismus den Weg zu einer noch vollkommeneren Ausnutzung aller Möglichkeiten des sozialistischen Gesellschaftssystems.

Die Bilanz, die das sozialistische Weltssystem augenblicklich zu Ehren des 50. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution zieht, ist dann auch in der Wirtschaft, Wissenschaft und Technik sowie auf anderen Gebieten recht beeindruckend und aussagekräftig. Der Sozialismus ge-

wann durch seine Erfolge im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich an Einfluß und Ansehen in der Welt.

Das stabile Wirtschaftspotential bildet zugleich die Grundlage für den weiteren Ausbau der Verteidigungskraft der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Staaten. Die Schlagkraft der Armeen des sozialistischen Lagers nahm vor allem durch die Ausrüstung mit modernsten strategischen und taktischen Raketenwaffen zu und blieb nicht ohne Auswirkung auf das Kräfteverhältnis zwischen Kapitalismus und Sozialismus.

Ausbreitung der nationalen Befreiungsbewegung

Ein bedeutsamer Einfluß auf die weitere Entwicklung in der Welt übt heute die nationale Befreiungsbewegung aus. Sie schreitet unaufhaltsam voran. Allein in den letzten drei Jahren errangen 18 Länder Afrikas und Asiens ihre staatliche Selbständigkeit und wurden gleichberechtigte Mitglieder der UNO. Damit stieg die Zahl der seit 1945 unabhängig gewordenen Staaten auf 59 an.⁴⁾ Einige dieser Länder, so Algerien, Syrien und die VAR, beschreiten bereits den nichtkapitalistischen Weg der gesellschaftlichen Entwicklung. Augenblicklich leiten sie durch weitere revolutionär-demokratische Reformen und

die Festigung des Bündnisses mit dem sozialistischen Lager eine neue Etappe auf dem Wege zum gesellschaftlichen Fortschritt ein. Andere dieser jungen Staaten ringen verstärkt um ihre politische und vor allem wirtschaftliche Unabhängigkeit. Bestrebungen, eine engere Zusammenarbeit dieser antiimperialistischen Länder zu erreichen, sind im Gange, insbesondere in Afrika.

Selbst in unmittelbarer Nähe des USA-Imperialismus, in Lateinamerika, schwillt die revolutionäre Bewegung gegen die ausländische und einheimische Reaktion an und rüttelt an den Machtverhältnissen der reaktionären Regimes.

Voranschreiten der kommunistischen und Arbeiterparteien

Zweifelsohne ist auch die kommunistische Weltbewegung politisch und organisatorisch gewachsen. Gegenwärtig vereinen 88 kommunistische und Arbeiterparteien in der Mehrzahl der Länder der Erde 47 Millionen eingeschriebene Mitglieder.⁵⁾ Darüber hinaus gewann die Arbeiterbewegung in einigen Ländern an Breite und Tiefe. Die Kämpfe gegen die Macht der Monopole und um sozialen Fortschritt nahmen in den letzten Jahren an Umfang zu und trugen auch in zunehmendem Maße politischen Charakter.

Natürlich verläuft das Wachstum der sozialistischen und antiimperialistischen Kräfte nicht immer gradlinig und ohne Rückschläge. Ernste Schwierigkeiten ergaben sich vor allem durch die spalterische und antisowjetische Politik der chinesischen Führer um Mao Tse-tung. Diese Politik führte in Asien zu schweren Rückschlägen (Indonesien) und ermunterte auch den USA-Imperialismus und andere reaktionäre Kreise, die sich keineswegs mit dem Wachstum des gesellschaftlichen Fortschritts abfinden wollen, zu den aggressiven Abenteuern in Vietnam im Nahen Osten und in anderen Teilen unseres Erdballs. Die Handlungen der Weltreaktion sind gerade in letzter Zeit aggressiver geworden und haben zu

³⁾ Vgl. Bericht des ZK an den VII. Parteitag der SED, Berlin 1967, S. 7.

⁴⁾ Vgl. ebenda.

⁵⁾ Vgl. ebenda, S. 7/8.

einer ernsten Verschärfung der internationalen Lage geführt. Die USA zettelten als Gendarm des Weltimperialismus Verschörungen gegen fortschrittliche Regierungen an, so in Guatemala, in Ghana, stützt reaktionäre Regimes, inszeniert wie in Griechenland über seinen Geheimdienst profaschistische Militärputsche, verschärft den neokolonialistischen Druck. Der Imperialismus versucht, auf diesem Wege den Vormarsch des Sozialismus zu stoppen. Brzezinski, ein einflußreicher Ideologe des amerikanischen Imperialismus hat das Ziel dieser Strategie so formuliert: „Es sind derartige internationale Bedingungen zu schaffen, daß die revolutionären Veränderungen, die sich in vielen Ländern vollziehen, in konstruktive (d. h. in USA genehme — d. Verf.) Bahnen gelenkt werden und daß der Modernisierungs- und Entwicklungs-

prozeß nicht von kommunistischen Eliten usurpiert wird.“⁹⁾

Diese Strategie wird sicherlich nicht aufgehen.

Das Kräfteverhältnis in der Welt ist also keine ständige und unveränderliche Größe. Es hängt ab von der Verteilung der Klassenkräfte in der Welt und von der Richtigkeit der Politik der sozialistischen und antiimperialistischen Kräfte sowie nicht zuletzt von dem Grad der Geschlossenheit der sozialistischen Gemeinschaft und von einheitlichen Aktionen gegen den Weltimperialismus. Aber das Rad der Geschichte läßt sich nicht mehr aufhalten oder sogar zurückdrehen. Der Sozialismus bestimmt trotz gewisser Hemmnisse und zeitweiliger Rückschläge den Verlauf der menschlichen Entwicklung.

Von Hans Below

Die Zukunft der Landwirtschaft in der DDR

Frage: „Welche Zukunft hat die Landwirtschaft in der DDR und wie wird sie verwirklicht?“

I.

Nach der Zukunft befragt, muß man zuerst einen Blick auf den erreichten Stand werfen.

Nachdem sich die sozialistischen Produktionsverhältnisse (staatliches und genossenschaftliches Eigentum) in den vorhergehenden Jahren in der Industrie durchgesetzt hatten, trugen sie 1960 im Ergebnis revolutionärer Veränderungen auch in der Landwirtschaft den Sieg davon. Damit wurde auf der Grundlage des festen Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft die schwierigste Aufgabe der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR durch die Werktätigen gelöst und die politische, ökonomische und soziale Grundlage der Arbeiter-und-Bauern-Macht noch mehr gefestigt. Charakteristisch ist, daß bei einer beträchtlichen Verringerung der Anzahl der Arbeitskräfte in der Landwirtschaft und der Verkürzung der Arbeitszeit die Produktion auf allen Gebieten ständig gesteigert werden konnte. 1966 betrug

der Anteil der Eigenerzeugung der DDR-Landwirtschaft am Gesamtverbrauch der Bevölkerung bei

Getreide	75,8 %
Fleisch	100 %
Milch	100 %
Butter	95,8 %
Eier	100 %

Das wichtigste Ergebnis aber ist die große Veränderung der Menschen, die sich auch in der Bauernschaft vollzogen hat. Aus den Einzelbauern von einst sind heute erfahrene Genossenschaftsmitglieder geworden. Im Dorf hat sich mit der Klasse der Genossenschaftsbauern auch die neue sozialistische Menschengemeinschaft entwickelt. Mit dieser neuen sozialistischen Menschengemeinschaft entstanden auch neue Beziehungen in der Produktion, kameradschaftliche, von gegenseitigem Vorteil getragene, vertraglich fixierte, kooperative Zusammenarbeit zwischen den LPG, den Verarbeitungsbetrieben und dem Handel. Dafür gibt es bereits gute Beispiele.

⁹⁾ Das Parlament, 2. 3. 1966, Beilage S. 20.

Im Kreis Haldensleben haben 18

LPG verschiedener Typen, eine bäuerliche Handelsgenossenschaft und die Großhandelsgesellschaft Obst und Gemüse mit dem Aufbau eines Kooperationsverbandes Speisekartoffeln begonnen. In sozialistischer Gemeinschaftsarbeit wurden Produktion, Aufbereitung und Absatz mit hohem Nutzen für alle Beteiligten aufeinander abgestimmt. Der Anteil von Ia-Ware stieg schon im ersten Jahr der Arbeit von 14 auf 94 Prozent, die Landwirtschafts- und Handelsbetriebe haben geringere Kosten und erzielen größere Gewinne. Vor allem konnten die Aufbereitungskosten um 6,— Mark je Tonne verringert werden, die Verluste an Kartoffeln wurden herabgesetzt.

II.

Mit dieser Entwicklung wurden die Voraussetzungen geschaffen, der Landwirtschaft im entwickelten gesellschaftlichen System des Sozialismus neue, höhere Aufgaben zu stellen.

Hauptaufgabe Nummer eins ist die Erhaltung und Mehrung der Bodenfruchtbarkeit. Die Verwirklichung der dazu notwendigen Maßnahmen schafft die Voraussetzungen, die Hektarer-

träge bis 1970 (bezogen auf den Durchschnitt der letzten 5 Jahre) bei

Getreide	um 19%
Kartoffeln	um 32%
Zuckerrüben	um 22%
Grünland	um 25%

zu steigern. Gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 1957 bis 1961 soll in der tierischen Produktion bis 1970

die Produktion	die Arbeitsproduktivität
----------------	--------------------------

bei Schlachtvieh

auf 129 %

auf 190 %

bei Milch

auf 135 %

auf 180 %

gesteigert werden.

In der gegenwärtigen Etappe ist der schrittweise Übergang zu modernen sozialistischen Landwirtschaftsbetrieben in den Hauptproduktionszweigen wie z. B. Gemüse und Milch oder Getreide und Fleisch usw. und industriemäßigen Produktionsmethoden zum Hauptinhalt des umfassenden Aufbaus des Sozialismus geworden. Dabei spielt die Entwicklung kooperativer Beziehungen eine hervorragende Rolle. Kooperationsbeziehungen entwickeln sich in zwei Richtungen, zwischen denen enge Wechselbeziehungen bestehen:

- zwischen den Landwirtschaftsbetrieben und durch Zusammenfassung einzelner Produktions- und Arbeitsprozesse der Landwirtschaftsbetriebe und ihre industriemäßige Organisation und Leitung in zwischengenossenschaftlichen Einrichtungen;
- durch vertikale Kooperation, d. h. enge kooperative Verflechtung der

Landwirtschaftsbetriebe mit den Verarbeitungsbetrieben landwirtschaftlicher Produkte (Finalproduzenten) und dem Handel.

Walter Ulbricht sagte auf dem VII. Parteitag:

„... Die Erfahrungen lehren, daß sich die Produktivkräfte in den LPG und VEG nur in vielfältiger Kooperation ungehindert entwickeln können. Daraus ziehen immer mehr Genossenschaftsbäuerinnen und -bauern die Schlußfolgerung, daß für den nächsten Entwicklungsabschnitt die zunehmende Kooperation das Hauptkettenglied bildet ...

In Zukunft wird es typisch sein, daß sich die LPG und VEG entsprechend ihren Hauptezeugnissen an verschiedenen Kooperationsverbänden beteiligen: Diese Verbände werden noch stärker, als das gegenwärtig von einzelnen Kooperationsgemeinschaften

getan wird, gemeinsam modernste Produktionsanlagen errichten. Sie werden auch Einrichtungen für die Vermarktung (Aufbereitung, Sortierung, Verpackung) bis zur küchenfertigen Vorbereitung (Putzen, Schälen, Waschen, Kleinverpackung) besonders von Obst und Gemüse sowie Kartoffeln schaffen ...“

Moderne landwirtschaftliche Großbetriebe, qualifizierte, mit hohem Nutzeffekt und in wachsendem Maße industriemäßig produzierende Genossenschaftsbauern werden dem Land das Gepräge geben. Die Arbeit wird erleichtert, die Arbeitszeit kann verkürzt werden. Urlaub ist schon heute für jeden Bauern und jede Bäuerin eine Selbstverständlichkeit. Neue Möglichkeiten eines regen geistigen und kulturellen Lebens eröffnen sich. Durch

die Zusammenarbeit mehrerer Dörfer in der Kooperationsgemeinschaft oder dem Kooperationsverband können auch die Unterschiede in der Entwicklung überwunden und die Lebensbedingungen auf dem Lande denen in der Stadt Zug um Zug angeglichen werden. In zunehmendem Maße greifen die Agrarwissenschaftler in diesen Prozeß ein, verwirklichen mit den Genossenschaftsbauern gemeinsam ihre Erkenntnisse und werden so auch in der Landwirtschaft zur unmittelbaren Produktivkraft. Menschen mit unterschiedlichen Erfahrungen und Ansichten aus verschiedenen Betrieben gestalten so die neue sozialistische Gemeinschaft noch fester. Das Bündnis zwischen der Arbeiterklasse und den Genossenschaftsbauern entwickelt sich auf einer höheren Stufe.

III.

Wie die Aufgaben in den nächsten Jahren verwirklicht werden können, zeigt die Landwirtschaftsausstellung (agra 67) in Markkleeberg. Sie wird von den Genossenschaftsbäuerinnen und -bauern mit Recht als die Universität im Grünen bezeichnet. Hier wurden die Probleme der Prognose mit den Genossenschaftsbauern diskutiert und beraten. Hier zeigen die Schrittmacher solcher LPG und Kooperationsgemeinschaften wie Berlstedt, Neuholand, Dahlen und andere, mit welchen Mitteln und Methoden sie ihre bisherigen Erfolge erreicht haben, wie sie in enger Zusammenarbeit mit der Wissenschaft, den staatlichen Organen, der

verarbeitenden Industrie und dem Handel die Aufgaben der nächsten Jahre lösen werden und vermitteln ihre Erfahrungen. Es herrscht eine Atmosphäre des Lernens und Lehrens, wissend, daß das, was man sich erarbeitet und zum Ziel setzt, unter den Bedingungen der Arbeiter-und-Bauern-Macht auch verwirklicht wird. Und was entsprechend den unterschiedlichen Entwicklungsbedingungen zu tun ist, darüber bestimmen die Genossenschaftsbauern mit. In dieser Mitbestimmung und Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie liegt die große Stärke.

Aus der internationalen Arbeiterbewegung

Zur Entwicklung der Kommunistischen Partei Indonesiens

Vor kurzem erreichte uns ein Dokument der marxistisch-leninistischen Gruppe der KP Indonesiens, das ein Beweis für die Unbeugsamkeit der illegal kämpfenden indonesischen Kommunisten und für ihre Bemühungen ist, die Partei in der Illegalität neu zu formieren.

Wir veröffentlichen nachstehend Auszüge aus dem Dokument. — Die Red.

Am 1. Oktober 1965 vollzog sich in der Hauptstadt der Republik Indonesien eine politische und militärische Aktion, die von der sogenannten Bewegung des 30. September ausgelöst worden war. Den Rundfunkberichten

zufolge war diese Bewegung gegen eine geheime, vom CIA unterstützte Verschwörergruppe gerichtet, die sich „Rat der Generale“ nannte und einen verbrecherischen Anschlag gegen die Republik Indonesien und gegen die

Revolution geplant hatte. Es wurde ein Revolutionsrat gebildet, der aus NASAKOM¹⁾-Vertretern bestand und der — wie er erklärte — konsequent die fünf Prinzipien der Revolution aus der Lehre Sukarnos verwirklichen wollte.

Aber die fortschrittlichen, revolutionären Kräfte nicht nur in Indonesien, sondern auch in anderen Ländern zweifelten daran, daß diese Bewegung der Sache der Revolution nützen würde. Sie gingen davon aus, daß diese Bewegung offenbar nur ein Gegenputsch war, der sich nicht auf die aktive Unterstützung der Partei und der Arbeiter stützen konnte.

Diese Zweifel wurden durch die Ereignisse deutlich bestätigt. Der Versuch eines Gegenputsches von seiten der Septemberbewegung scheiterte. Den Konterrevolutionären gelang es, Herr der Lage zu werden und ihre Macht zu errichten. Es wütete der grausame weiße Terror.

Hunderttausende von revolutionären und fortschrittlichen Bürgern, selbst Greise und kleine Kinder wurden völlig ungerechtfertigt das Opfer von Gemetzeln größten Ausmaßes. Die KP Indonesiens und andere revolutionäre Organisationen wurden aktionsunfähig

gemacht. Die indonesische Revolution erlebte einen Rückschlag. Die Konterrevolutionäre feierten ihren Sieg.

Die Niederlage der Septemberbewegung schädigte ernsthaft die indonesische nationale Revolution und die internationale Front gegen den Imperialismus.

Die fortschrittlichen, revolutionären Kräfte Indonesiens und der Welt haben das Recht, von der Führung der KP Indonesiens Rechenschaft zu fordern. Das entspricht den Aufgaben und Pflichten, wie sie in der Moskauer Erklärung von 1960 formuliert worden sind: „Jede Partei ist der Arbeiterklasse, den Werktätigen ihres Landes und der ganzen internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung verantwortlich.“ Es ist sehr wichtig, die Entwicklung der KP Indonesiens besonders in den letzten Jahren zu studieren und zu analysieren, die positiven und negativen Züge zu untersuchen, um eine wissenschaftliche und genaue Antwort darauf zu erhalten, worin die Ursachen ihres Scheiterns lagen, um nicht nur Lehren für sie selbst, sondern auch für die internationale kommunistische und Arbeiterbewegung zu ziehen.

I.

Eine genaue Einschätzung der Ursachen der Erfolge, die die Partei in ihrer organisatorischen, ideologischen und politischen Arbeit in der vergangenen Zeit erreichte, und die Aufdeckung verschiedener ernster Fehler, die besonders in den letzten Jahren der Entwicklung der Partei auftraten, werden uns eine objektive Beurteilung ermöglichen. Sie werden uns lehren, was beim Wiederaufbau der Partei in der kommenden Zeit

erhalten und gefestigt und was in der Partei beseitigt werden muß. Von einer solchen gründlichen Einschätzung hängt die Richtigkeit der politischen Linie, der Strategie und Taktik, der gesamten organisatorischen und ideologischen Tätigkeit der Partei ab.

Die objektiven und subjektiven Faktoren, die die revolutionäre Entwicklung in Indonesien beeinflussen und bestimmen, können wir folgendermaßen einteilen:

a) Internationale Faktoren

Folgende internationale Faktoren wirkten und wirken positiv auf die indonesische Entwicklung ein:

1. die Herausbildung eines sozialistischen Lagers, das jetzt das imperialistische Lager auf allen Gebieten

¹⁾ NASAKOM — die von Präsident Sukarno entwickelte Konzeption der Zusammenarbeit von Nationalisten, Anhängern der Religion und Kommunisten — die Red.

des gesellschaftlichen Lebens überflügelt und das den Völkern, die für Frieden und Unabhängigkeit, gegen den Imperialismus kämpfen, den stärksten Rückhalt bietet;

2. die ständige Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung in den sozialistischen Ländern;

3. die fortschrittliche Außenpolitik der sozialistischen Staaten, die durch Friedensliebe, das Streben nach fried-

licher Koexistenz und die bedingungslose Unterstützung der nationalen Befreiungsbewegung in der ganzen Welt gekennzeichnet ist;

4. die ökonomische und kulturelle Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Ländern und den neu entstandenen Staaten; die Treffen von Staatsoberhäuptern und andere internationale Zusammenkünfte hervorragender Persönlichkeiten, von Kämpfern für Frieden und Freiheit aus verschiedenen Ländern;

5. die Unterstützung, die das internationale Proletariat und die progressiven Völker der ganzen Welt unserem Kampf in Indonesien gewähren.

Alle diese Faktoren haben dazu beigetragen, die Anziehungskraft der sozialistischen Ideen auf die Völker zu stärken und den Einfluß der antikomunistischen Märchen zurückzudrängen. Der Sozialismus hat die Herzen aller Unterdrückten in der Welt ergriffen. Auch in Indonesien hat sich der Sozialismus große Sympathien erworben. Er wurde zum Kampfziel aller nationalen Kräfte des indonesischen Volkes.

Große Bedeutung hatte der erfolgreiche Verlauf der ersten afro-asiatischen Konferenz in Bandung, deren Beschlüsse vom Geist des Friedens und des ant imperialistischen Kampfes geprägt waren. Wir erlebten, wie die indonesischen Intellektuellen und Studenten in Massen der Partei oder den revolutionären Massenorganisationen beitraten, weil sie die Überzeugung gewonnen hatten, daß der Sozialismus die Wahrheit ist. In dem Maße, wie sich unsere Beziehungen zu den sozialistischen Ländern erweiterten, erhöhte sich auch die Herausgabe sozialistischer Literatur in unserem Lande.

b) Nationale Faktoren

Objektiv beschleunigten den revolutionären Prozeß in Indonesien auch die starken revolutionären Traditionen des indonesischen Volkes, die fortschreitende Verschlechterung des

Die Funktionäre und Mitglieder der Partei und der revolutionären Massenorganisationen erhielten umfassende Möglichkeiten und studierten begierig die Werke des Marxismus-Leninismus und die Erfahrungen, die die Bruderparteien im Kampf für den Sieg des Sozialismus in ihren Ländern gesammelt hatten.

Das auf dem V. Parteitag der KP Indonesiens (März 1954) beschlossene Statut und das neue Programm der Partei beruhten sowohl auf unserer eigenen Erfahrung als auch auf der Auswertung der marxistisch-leninistischen Literatur.

Das gründliche Studium der Wechselbeziehungen zwischen der Entwicklung des sozialistischen Lagers und dem Kampf der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas ermöglichte es Präsident Sukarno, einem fortschrittlichen Nationalisten, zu definieren, daß der Kampf in der Welt ein Kampf zwischen NEFO und OLDEFO²⁾ ist. Das ist eine richtige Definition. Sie erhält jedoch einen negativen Inhalt, wenn man sie durch die Brille des kleinbürgerlichen Interpreten betrachtet. Diese Definition verschweigt die Ursachen für die Spaltung der revolutionären und demokratischen Kräfte in der Welt, für die Bildung gesonderter Organisationen, die einer politischen Linie folgen, die der Linie der internationalen kommunistischen Bewegung widerspricht. Vom proletarischen Klassenstandpunkt aus versteht man unter dem Begriff NEFO die vier Hauptkräfte unserer Zeit: die Völker, die den Sozialismus und Kommunismus aufbauen; die revolutionäre Bewegung der Arbeiterklasse in den kapitalistischen Ländern; die nationale Befreiungsbewegung der unterdrückten Völker und die allgemeine demokratische Bewegung.

²⁾ NEFO — die neuen, aufstrebenden Staaten; OLDEFO — die alten, imperialistischen Staaten — die Red.

Lebensstandards der Bevölkerung und der reaktionäre Charakter der Regierungen Hatta, Natsir, Sukiman, die sich immer mehr als Regierungen entlarvten, die voll und ganz dem Imperialismus dienten. Es vollzog sich eine Polarisation der Klassenkräfte: Während das Volk immer mehr verarmte und litt, bildete sich neben der Kom-

pradorenbourgeoisie³⁾) und den Grundbesitzern eine Schicht von Neureichen heraus. Diese Entwicklung führte zu einer zunehmenden Revolutionierung des werktätigen Volkes, zur Annäherung der nationalen Bourgeoisie an die

Arbeiterklasse — was für die Unterstützung der vereinten Nationalen Front bedeutsam war — und zum Zusammenschluß der Bauern um die Partei.

c) Subjektive Faktoren

Ein bedeutender Faktor der revolutionären Entwicklung in Indonesien ist die Partei der Arbeiterklasse.

Die indonesische Arbeiterklasse und ihre Partei haben ihre politische, ideologische und organisatorische Reife bewiesen. Dazu haben ihre Erfahrungen aus der Augustrevolution von 1945, die Anstrengungen zur Verbreitung des Marxismus-Leninismus und die ideologische Hilfe der Bruderparteien beigetragen. Die KP Indonesiens erwies sich als fähig, alle Grundfragen der indonesischen Revolution zu beantworten und die Grundlagen einer richtigen Strategie und Taktik für den Sieg der Revolution auszuarbeiten. Das kam in den Beschlüssen des V. Parteitages zum Ausdruck, die vom VI. Parteitag (September 1959) ergänzt wurden.

Die Partei legte damals die Grundfragen der indonesischen Revolution wie folgt dar:

● Indonesien ist ein halbkoloniales und halbfeudales Land. Die Feinde der indonesischen Revolution sind die bürgerliche Klasse der Kompradoren, die Großgrundbesitzer und das bürokratische Kapital.

Geographische Faktoren trugen dazu bei, daß die indonesische Revolution ungleichmäßig und langsam verlief und einen komplizierten Charakter annahm. Die KP Indonesiens muß deshalb die Taktik verfolgen, den revolutionären Kampf des Volkes behutsam und ohne Übereilung, aber unbeirrt voranzuführen. Dabei darf sie nicht aufhören, gegen zwei Abweichungen zu kämpfen: gegen das Kapitulantentum und das Abenteuerertum. Beide haben ihre Grundlage im Klein-

bürgertum. Die Partei muß standhaft sein und darf gegenüber den gefährlichen Elementen keinerlei Nachsicht üben.

● Ihrem Wesen nach ist die indonesische Revolution eine bürgerlich-demokratische Revolution neuen Typus. Sie ist eine Revolution der breiten Volksmassen, die vom Proletariat geführt werden. Die Führung der Revolution muß in den Händen der Arbeiterklasse liegen. Die Triebkräfte der Revolution sind die Arbeiterklasse und die Bauern, das Kleinbürgertum und andere demokratische Kräfte. Diese Klassen, gemeinsam mit der nationalen Bourgeoisie, bilden die revolutionäre Kraft in Indonesien. Die Perspektive Indonesiens ist der Sozialismus. Die volksdemokratische Regierung wird eine Regierung der nationalen Einheitsfront sein und die gemeinsame Macht der antifeudalen und antiimperialistischen Klassenkräfte verkörpern. Diese Regierung wird sich auf die Volksmassen stützen und Veränderungen durchführen, die keinen sozialistischen, sondern demokratischen Charakter tragen. Sie wird die nationale Unabhängigkeit und die Entwicklung des Landes auf demokratischem und fortschrittlichem Wege gewährleisten.

● Die Volksdemokratie in Indonesien kann auf friedlichem Wege erreicht werden. Das ist eine Möglichkeit, die wir unter Anspannung aller Kräfte realisieren müssen. Dabei müssen wir gleichzeitig die Wachsamkeit gegenüber allen politischen Feinden erhöhen und auch die Möglichkeit ins Auge fassen, daß die Bourgeoisie uns einen nichtfriedlichen Weg aufzwingen wird.

Der Ausweg liegt in der Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen den Imperialisten, den Gutsbesitzern und der Kompradorenbourgeoisie auf der einen und den Kräften des Volkes auf der anderen Seite. Der Ausweg liegt in der Erhöhung des revolutionären Bewußtseins, in der Mobilisie-

³⁾ Oberschicht der Bourgeoisie in Kolonien, Halbkolonien und abhängigen Ländern. (Vermittlerkaufleute, Bankiers, Wucherer, ein Teil der großindustriellen Bourgeoisie), die eng mit den ausländischen Kapitalisten und den eigenen Feudalherren verbunden ist.

rung und Organisierung der Massen, besonders der Arbeiter und Bauern.

● Die Arbeiterklasse muß an der Spitze des Volkskampfes stehen. Dazu muß die Arbeiterklasse ihre Aktivität erhöhen, sich selbst erziehen und eine starke und bewußte Kraft werden. Sie muß den Kampf der anderen Klassen und Schichten unterstützen: den Kampf der Bauern um Land, den Kampf der Intelligenz um ihre Grundrechte, den Kampf der nationalen Bourgeoisie gegen die ausländische Konkurrenz, den Kampf des ganzen indonesischen Volkes für nationale Unabhängigkeit und demokratische Freiheiten.

Um die Bauern an sich heranzuziehen, ist es die nächstliegende Pflicht der indonesischen Kommunisten, für die Beseitigung der Fesseln des Feudalismus einzutreten. Der erste Schritt in der Arbeit unter den Bauern besteht darin, deren Kampf für ihre täglichen Bedürfnisse zu unterstützen und Forderungen aufzustellen, die den Interessen der Bauern entsprechen. Das ist die Grundlage für die Herstellung eines Bündnisses der Arbeiter und Bauern als Grundlage einer starken nationalen Einheitsfront.

Man muß am Prinzip der Gleich-

berechtigung der Völkerschaften Indonesiens festhalten.

● Die KP Indonesiens muß stets die Prinzipien der Partei Leninschen Typus bewahren: die Prinzipien des demokratischen Zentralismus, der Kritik und Selbstkritik, der Kollektivität der Leitung und der engen Verbindung mit den Massen.

Der Ausarbeitung dieser richtigen politischen Linie der KP Indonesiens gingen innerparteiliche Auseinandersetzungen voraus, in denen ein scharfer Kampf gegen linke und rechte Abweichungen geführt wurde. Die rechten Opportunisten verteidigten jene Organisationsform, die vor Annahme des Parteiprogramms „Neuer Weg“⁴⁾ bestand. Sie orientierten sich darauf, den politischen Kampf nur auf parlamentarische und legale Methoden zu beschränken. Die Vertreter des „linken“ Opportunismus, der auf äußeren Einflüssen beruhte, forderten die Partei auf, sich in die Berge zurückzuziehen und den bewaffneten Kampf zu führen. Sie vertraten auch in Fragen der Organisation und der Parteimitgliedschaft einen sektiererischen Standpunkt. In diesen ideologischen Auseinandersetzungen setzten sich schließlich die leninistischen Kräfte in der Partei durch.

II.

Mit der Ausarbeitung eines Dreijährplanes für die ideologische und organisatorische Entwicklung der Partei (1956) entstand in der KP Indonesiens eine neue Tradition. Der erste und zweite Dreijährplan für die Entwicklung der Partei führten zu wesentlichen Erfolgen:

1. Die Partei faßte in allen Teilen des Landes Fuß, die Zahl der Mitglieder stieg auf mehr als 1,5 Millionen.

2. Im Zentrum und in den Parteikomitees der Provinzen gelang es im wesentlichen, die grundlegenden Prinzipien des Marxismus-Leninismus und die Grundprobleme der indonesischen Revolution zu lehren. Diese Ergebnisse waren noch erfreulicher als die Erfolge bei den Gemeindewahlen 1957, bei

denen die Partei mehr als 8 Millionen Wählerstimmen verzeichnen konnte.

Neben diesen großen Erfolgen, die die Partei in den Jahren von 1954 bis 1960 errang, gab es jedoch auch Mängel. Beim Aufbau der Partei zeigten sich Verletzungen der Leninschen Normen.

Bei der Aufnahme neuer Parteimitglieder wurden die Aufnahmebestimmungen vielfach verletzt. Ausgehend von der Auffassung, daß eine Massenpartei durch eine große Mitgliederzahl gekennzeichnet ist, nahm man neue Mitglieder auf, ohne sie sorgfältig auszuwählen. Es gab fast keinen Unterschied zur Mitgliedschaft in den Massenorganisationen. Hinzu kam die fehlende Selbständigkeit und Aktivität der Parteigruppen und Grundorganisationen in den Dörfern.

Obwohl der zweite Dreijährplan das Schwergewicht auf die Erziehung der

⁴⁾ „Neuer Weg“ — die auf einer Parteikonferenz im August 1948 angenommene Resolution „Der neue Weg für die Republik Indonesiens“

Mitglieder legte, gab es in der Praxis eine planmäßige ideologische Arbeit nur in der Zentrale und in den Provinzkomitees; in den unteren Organisationen erfolgte sie nur sporadisch. Deshalb konnte sich die kleinbürgerliche Ideologie in der Partei ausbreiten.

Die Hauptursache besteht darin, daß unsere Partei mit ihrer großen Mitgliederzahl noch nicht zu einer Partei Leninschen Typus geworden war.

Die Entwicklung der Partei während der letzten Jahre vor der „Bewegung des 30. September“ ist durch die Entfaltung negativer Tendenzen gekennzeichnet, die für die Partei und die Revolution eine ernste Gefahr bildeten. Die kleinbürgerliche Ideologie breitete sich in der Partei immer mehr aus, und Tendenzen des Abenteuerertums verstärkten sich. Gleichzeitig machten sich in der Parteiführung in wachsendem Maße Zeichen von Verbürgerlichung bemerkbar. Selbstzufriedenheit und Bürokratie nahmen zu, und die Partei berauschte sich an den erzielten Erfolgen.

Während wir nur sehr wenige proletarische Elemente in der Partei hatten, wurden wir von Tausenden neuer Mitglieder aus den Kreisen des Kleinbürgertums überflutet. Da die Grundorganisationen schwach waren, erhielt der größte Teil der Mitglieder und der unteren Kader keine marxistisch-leninistische Erziehung.

Gleichzeitig gewann die Bürokratie an Boden, verstärkten sich dogmatische Auffassungen. Gute Vorschläge wurden unterdrückt, indem man sie als „nach Revisionismus riechend“ verächtigte. All das spiegelte sich in der politischen Tätigkeit der Partei wider, die nach außen oft paradox erschien.

Auf der einen Seite wurden viele „linke“ Phrasen gebraucht, wie „Unser Herz ist stärker als der Hunger“, „Schlagt alle Imperialisten und Revisionisten!“, „Macht Indonesien zum Leuchtturm der asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Revolution!“ usw. Auf der anderen Seite

unternahmen wir immer weniger, um das Niveau der revolutionären Massenkaktionen zu erhöhen. Wir arbeiteten mit der Bourgeoisie zusammen und verloren immer mehr unsere politische Unabhängigkeit. Forderungen der Massen nach Verbesserung ihrer Lebenslage, Forderungen der Arbeiter nach Lohnerhöhungen wurden auf das Feld der „Beratungen“ verwiesen. Gegenüber dem Streikverbotsgesetz nahmen wir eine zwiespältige Haltung ein. In der Tat wurden viele Demonstrationen durchgeführt, aber sie richteten sich gegen den äußeren Feind, gegen den „Imperialismus und Revisionismus“.

Die Kommunistische Partei Indonesiens war stolz auf die Erfolge, die sie bei der Festigung der nationalen Einheitsfront erreichte, vor allem auf den immer engeren Zusammenschluß des NASAKOM und die Zusammenarbeit mit Präsident Sukarno.

Die Kommunistische Partei schätzte Sukarno falsch ein und wurde von ihm immer mehr abhängig. Sie machte verschiedene politische Zugeständnisse, die einer Kapitulation gleichkamen. Die Partei nahm die Grundsätze der Verfassung von 1945 und Pantjasila⁵⁾ sowie den Gedanken der „gelenkten Demokratie“ in ihr Statut auf und erfüllte die Bestimmungen der Parteigesetze. Dadurch wurde die Wachsamkeit in den Parteiorganisationen wesentlich geschwächt. Die Partei verschleierte den Klasseninhalt der Politik der nationalen Einheitsfront, indem sie sie mit der Linie des NASAKOM vermischte.

Die Kommunistische Partei beging einen grundlegenden Fehler in theoretischer Hinsicht, indem sie die Forderung erhob, „die Klasseninteressen den nationalen Interessen unterzuordnen“. Dadurch wurde der Eindruck erweckt, daß die Klasseninteressen zu den nationalen Interessen im Widerspruch stünden. Das war ein eindeutiges Abweichen von den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus, die besagen, daß unsere Klasseninteressen mit denen der Nation übereinstimmen.

Auch im Statut unserer Partei heißt es, daß „die Kommunistische Partei Indonesiens die Interessen der Nation und des indonesischen Volkes vertritt“.

⁵⁾ Die fünf Grundsätze der indonesischen Staatsordnung: Demokratie, Volkssouveränität, soziale Gerechtigkeit, Humanität, Glaubensfreiheit.

Das bedeutet, daß die Partei des Proletariats stets vom proletarischen Klas-

senstandpunkt aus die nationalen Interessen vertreten muß.

III.

Welches waren Inhalt und Charakter der „Bewegung des 30. September“? Welches politische Ziel verfolgte sie? Stellte sie eine Revolution dar, oder wollte sie nur das Komplott des „Rates der Generale“ vereiteln — d. h. eine militärische Säuberung vornehmen —, oder war sie ein politisch-militärischer Putsch, um die Macht zu erobern?

Wir schätzen die Lage so ein, daß die „Bewegung des 30. September“ von verschiedenen Truppeneinheiten der indonesischen Armee ausgelöst wurde, vor allem von Teilen der Landstreitkräfte, die den fortschrittlichsten Teil der bewaffneten Kräfte bildeten. Das Zentrum der Bewegung war die Hauptstadt Indonesiens, Djakarta. Die Initiatoren der Aktion in der Hauptstadt hegten die Hoffnung, in allen Teilen des Vaterlandes Unterstützung zu finden.

Das Ziel bestand darin, das Komplott des „Rates der Generale“ zu vereiteln und die Landstreitkräfte von Anhängern des Komplotts zu säubern. Gleichzeitig sollte ein Revolutionsrat gebildet werden. Dieser sollte eine Herrschaft nach dem Prinzip des Gotong-Royong⁶⁾ und des NASAKOM verkörpern und die fünf Prinzipien der indonesischen Revolution konsequent verwirklichen.

Damit ist offenkundig, daß es sich bei der „Bewegung des 30. September“ um einen Gegenputsch handelte, dessen Ziel darin bestand, das Komplott des „Rates der Generale“ zu zerschlagen. Gleichzeitig verfolgte die Bewegung das revolutionäre Bestreben, eine Vorstufe der Herrschaft der Volksdemokratie zu errichten. Tatsächlich war sie aber nichts anderes als ein gescheiterter Militärputsch.

Die Bewegung erlitt nicht deshalb eine Niederlage, weil der Gegner zu stark war oder weil es den Kämpfern

an Mut mangelte. Der Hauptgrund für das Scheitern ist sowohl in der subjektiven Oberflächlichkeit bei Teilen der Parteiführung als auch im Vorhandensein vor organisatorischen, politischen und ideologischen Verwirrungen zu suchen, die als natürliche Folge der kleinbürgerlichen Revolutionstheorie auftraten. Man gab sich Spekulationen hinsichtlich der Einschätzung des Kräfteverhältnisses hin, ließ sich von Wunschvorstellungen leiten und neigte zum Abenteuerertum. Diese Grundfehler zogen im Verlauf der Bewegung eine Kette von anderen entscheidenden Fehlern nach sich.

In Indonesien gab es anwachsende Massenaktionen, die sich auf drei große Bereiche erstreckten:

- die Aktionen zur Übernahme ausländischer imperialistischer Betriebe in die Hände der Regierung;
- die Aktionen zur Beseitigung der bürokratischen Kapitalisten, der korrupten Elemente und der Diebe am Staatseigentum;
- die Aktion der Bauern zur Vernichtung der „Landteufel“.⁷⁾

In unserer Partei herrschten Selbstzufriedenheit, Bürokratie, Personenkult usw. Was wir ernsthaft befürchtet hatten, traf nach Beginn der „Bewegung des 30. September“ ein. Die Nachricht über die Verhaftung hochgestellter Persönlichkeiten aus dem „Rat der Generale“ (ausgenommen ihre Anführer) wurde anfangs mit Erleichterung aufgenommen. Die Stimmung änderte sich jedoch, als die Zusammensetzung des Revolutionsrates und die Auflösung des Kabinetts ohne Nachricht über die Haltung Sukarnos bekanntgegeben wurde. Auch unter den höheren Offizieren, die sich der „Bewegung des 30. September“ angeschlossen hatten, machten sich Enttäuschung und Unsicherheit bemerkbar, als sie hörten, der Präsident sei mit dem Revolutionsrat nicht einverstanden. Die Lage änderte sich völlig, als innerhalb von 24 Stunden dem „Rat der Generale“ ergebene Armee-Einheiten wider Djakarta beherrschten. Diejenigen,

⁶⁾ „Gotong-Royong-Regierung“ — Regierung unter Beteiligung aller größeren Parteien einschließlich der KP Indonesiens, für deren Bildung sich Sukarno im Februar 1957 aussprach.

⁷⁾ Großgrundbesitzer.

deren Namen als Mitglieder des Revolutionsrates genannt worden waren, erklärten, daß sie nichts über ihre Einsetzung in den Revolutionsrat wüßten und daß sie nur dem Präsidenten treu ergeben seien. Die Truppen des „Rates der Generale“ nutzten die Lage durch geschickte Propaganda und Verleumdung aus.

Die gesamte Propaganda der konterrevolutionären Kräfte war auf zwei Behauptungen ausgerichtet:

- daß die „Bewegung des 30. September“ Sukarno als großen Führer der Revolution in Indonesien beseitige,
- daß sie eine Bewegung gegen das Pantjasila-Prinzip, gegen Gott und die Moral sei, indem sie Offiziere erschiese oder ihnen anderes Unrecht zufüge.

In diesen kritischen Tagen machte die Führung der Partei mit der Unterstützung der Aktion von Oberstleutnant Untung folgende politische Fehler:

Organisatoren und Teilnehmer der Aktion berücksichtigten nicht, daß sie die Massen auf ihre Seite ziehen mußten, um die Unterstützung durch die fortschrittlichen Kräfte im ganzen Lande zu erhalten. Nachdem es ihnen gelungen war, den indonesischen Rundfunk zu besetzen, wandten sie sich nicht mit einem fortschrittlichen sozialen und ökonomischen Programm an das Volk. Sie riefen die Arbeiterklasse und die Bauern nicht auf, gegenüber der Gefahr eines Staatsstreiches von seiten des „Rates der Generale“ wachsam zu sein.

Schlussfolgerungen

Nachdem wir den ganzen Entwicklungsweg der Partei in den letzten Jahren der „Bewegung des 30. September“ untersucht haben, sind wir zu folgender Schlussfolgerung gelangt:

Die Hauptursache für das Scheitern der KP Indonesiens bei der Führung der Revolution liegt darin, daß sie noch nicht zu einer marxistisch-leninistischen Partei geworden war. Sie hat in der Vergangenheit der Erhöhung der Rolle der proletarischen Elemente in der Partei nicht genügend Aufmerksamkeit geschenkt. Außerdem hat sie die Erhöhung ihres politischen, ideolo-

Es wurde kein Dekret über die allgemeine Volksbewaffnung veröffentlicht; statt dessen wurde ein Beschluß über Beförderungen herausgegeben. All dies verhinderte eine starke Massenunterstützung für die „Bewegung des 30. September“.

Es bestand Verwirrung und Passivität in der Parteiführung angesichts der kritischen Lage, die bis zur Kapitulationsstimmung ging. Wir vertrauten auf Präsident Sukarno und seine politische Lösung und nicht auf die Stärke der Massen.

Damit machte sich die Partei von einer politischen Lösung durch Präsident Sukarno abhängig, die niemals erfolgte, während die Reaktion nicht untätig blieb. Die progressiven, revolutionären Kräfte wurden verfolgt; der weiße Terror wütete. Hunderttausende Mitglieder und Funktionäre revolutionärer, fortschrittlicher Organisationen und ihre Familienmitglieder wurden Opfer dieses Massenmordens. Weitere Hunderttausende wurden in Gefängnisse und Konzentrationslager geworfen. Die Mitglieder der Parteiführung, die Genossen D. N. Aidit, Lukman und Njoto, fielen dem Terror zum Opfer.

Die Konterrevolution erstarkte, die revolutionäre Welle ebte ab. So ist das Schicksal der „Bewegung des 30. September“ das traurige Ergebnis einer ultralinken Selbstmordpolitik, die von der Revolution sehr teuer und nutzlos bezahlt werden muß. Es war ein schwerer Fehler gegenüber der indonesischen Revolution und der internationalen kommunistischen Bewegung.

gischen und kulturellen Niveaus vernachlässigt. In der letzten Zeit hat sie die revolutionären Potenzen der Bauern überbewertet. Obwohl wir damit nicht unseren Standpunkt aufgeben wollen, daß die Bauern der vertrauenswürdigste Bundesgenosse der Arbeiterklasse sind, muß doch betont werden, daß die Kleinbourgeoisie eine wesentliche Schwäche besitzt, die man berücksichtigen muß, nämlich ihren inkonsequenten Charakter.

Bei der Einschätzung der Situation und des Kräfteverhältnisses war die Partei subjektiv und oberflächlich, bei

der Festlegung ihrer Taktik schwankend, mal zum Abenteuerertum, mal zur Kapitulation neigend.

Eine Kampfform wurde verabsolutiert; die Partei orientierte sich nur auf einen Teil der Formen des Kampfes, die von der Partei der Arbeiterklasse angewandt werden müssen.

Die kommunistische und Arbeiterbewegung in Indonesien muß die kleinbürgerlichen, pseudorevolutionären Konzeptionen über Bord werfen und auf den richtigen Weg zurückkehren, der im Programm und im Statut der Partei vorgezeichnet ist.

Der Aufbau einer marxistisch-leninistischen Partei, die sich mit den Massen im ganzen Land eng verbindet, ist fortzusetzen. Vorrangig sind Arbeiter in die Partei aufzunehmen, ohne die wertvollsten Kräfte aus den anderen werktätigen Schichten, besonders arme Bauern und Landarbeiter — in Übereinstimmung mit den Festlegungen des Parteistatus über die Mitgliedschaft in der Partei — zu vergessen. Stellen wir wieder die Leninschen Normen des Parteilebens her, setzen wir den demokratischen Zentralismus durch, fördern

*

*

Wir sind der Überzeugung, daß das internationale Proletariat, die kommunistischen und Arbeiterparteien der Welt, die revolutionären und fortschrittlichen Völker der Welt uns ihre internationale Solidarität zuteil werden lassen, so wie wir bereits ihre Sympathie und Unterstützung in der Vergangenheit spürten.

Als Vermächtnis der vielen hunderttausend Kommunisten und Anhänger

wir die Kollektivität der Leitungen, und rufen wir Kritik und Selbstkritik ins Leben!

In den internationalen Beziehungen muß die Partei konsequent für eine antiimperialistische und antikoloniale Linie in der Außenpolitik eintreten sowie den Frieden und die friedliche Koexistenz verteidigen.

Halten wir das Banner des proletarischen Internationalismus hoch, und stärken wir die Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung! Wir reihen uns ein in die Einheitsfront der kommunistischen und Arbeiterparteien gegen den gemeinsamen imperialistischen Feind, der vom USA-Imperialismus angeführt wird. Gegenüber dem Inhalt des Friedensmanifestes von 1957 und der Moskauer Erklärung von 1960, die von allen brüderlich verbundenen Parteien gemeinsam beschlossen wurden, erklären wir unsere völlige Treue. Wir wollen feste Beziehungen mit allen kommunistischen und Arbeiterparteien auf der Grundlage der Prinzipien der Freiheit und Gleichberechtigung und unter Verzicht auf offene Auseinandersetzungen vor den Augen des Feindes aufrechterhalten.

unserer Partei, die ihr Blut für das Vaterland gegeben haben und Opfer des grausamen weißen Terrors wurden, als Zeichen der Dankbarkeit für die warme internationale Solidarität geben wir eine einzige Antwort: Wir schreiten auf dem neuen Weg voran, der den Lehren des Marxismus-Leninismus entspricht und der unsere nationale Revolution und unsere Demokratie letztlich zum Sieg führen wird.

Berichte, Dokumente, Tatsachen

Für Unabhängigkeit, Demokratie und Frieden Südvietnams

Auszüge aus dem Programm vom 1. September 1967 der Nationalen Befreiungsfront Südvietnams zur Schaffung einer breiten nationalen Einheitsfront des Volkes gegen die USA-Aggressoren und das Saigoner Militärregime

Dreizehn Jahre lang hat die südvietnamesische Bevölkerung in den vordersten Linien des Vaterlandes ein

großartiges Heldentum bewiesen. Alle Bevölkerungsschichten, alle Nationalitäten kämpften ohne Unterschied des

Alters, des Geschlechts, der politischen Richtung und der Religionszugehörigkeit in den Ebenen wie im Hochland entschlossen und vereint, um den Süden zu befreien, den Norden zu verteidigen und den Weg zur Wiedervereinigung des Vaterlandes zu ebnen.

Die befreiten Gebiete, die stetig an Umfang zunehmen, erstrecken sich nunmehr auf vier Fünftel des Territoriums, in denen zwei Drittel der Bevölkerung leben. Eine demokratische nationale Verwaltung nimmt in den befreiten Gebieten Gestalt an, und ein neues Leben ist im Aufbau begriffen. Neben den großen militärischen Siegen haben wir noch bedeutende Erfolge auf politischem, ökonomischem, kul-

turellem und diplomatischem Gebiet zu verzeichnen.

In der ganzen Welt verurteilen die Völker der sozialistischen Länder, der Nationalstaaten und anderer Länder, einschließlich der fortschrittlichen Menschen in den USA, streng den Aggressionskrieg der amerikanischen Imperialisten. Sie gewähren dem Kampf unseres Volkes gegen die amerikanische Aggression und für das nationale Wohl Billigung, Unterstützung und Hilfe.

Gegenwärtig sind die gefährlichsten Feinde unseres Volkes die amerikanischen Aggressoren und das von diesen ausgehaltene Marionettenregime.

Bildung einer Regierung der demokratischen nationalen Union

Die Aufgabe und die Ziele des Kampfes für das nationale Wohl, den die südvietnamesische Bevölkerung führt, bestehen gegenwärtig in folgendem: Zusammenschluß des ganzen Volkes, entschlossener Kampf, damit dem amerikanischen Aggressionskrieg ein Ende gemacht wird, Sturz des von den Vereinigten Staaten ausgehaltenen Marionettenregimes, Bildung einer Regierung der nationalen Union und der breiten Demokratie, Schaffung eines unabhängigen, demokratischen, friedlichen, neutralen und blühenden Südvietnams, Kurs auf die friedliche Wiedervereinigung des Vaterlandes.

Die FNL ist gewillt, alle Kräfte und alle Personen, die gegen die amerikanischen Aggressoren aufbegehren, einzuladen, in ihre Reihen einzutreten zur Vervollendung der gemeinsamen Aufgaben. Allen Kräften, die aus diesem oder jenem Grund der Front nicht angehören, schlägt sie die gemeinsame Aktion gegen die gemeinsamen Feinde, nämlich die amerikanischen Aggressoren und Lakaien, vor. Die südvietnamesische Bevölkerung erfüllt in ihrem Kampf um ihre heiligen nationalen Rechte aktiv ihre internationalen Pflichten. Ihr Widerstandskampf gegen die amerikanische Aggression ist ein untrennbarer Bestandteil des revolutionären Kampfes der Völker der ganzen Welt.

Die südvietnamesische Bevölkerung ist entschlossen, den Sieg über die amerikanischen Aggressoren und ihre

Lakaien zu erringen und sich mit all ihrer Kraft für den Aufbau einer politischen Ordnung einzusetzen, die dem Lande Unabhängigkeit und Souveränität und dem Volke Freiheit und Glück gewährleistet. Sie ist weiterhin entschlossen, die Kriegswunden zu heilen, die vom Regime der Amerikaner und der Marionetten zurückgelassenen sozialen Übel zu beseitigen, dafür zu sorgen, daß wieder ein normales Leben herrscht, und ein unabhängiges, demokratisches, friedliches, neutrales und blühendes Südvietnam aufzubauen. Um diese Ziele zu erreichen, empfiehlt die FNL folgende konkrete Politik:

1. Schaffung einer fortschrittlichen Ordnung der breiten Demokratie:

● Beseitigung des getarnten Kolonialregimes, das von den amerikanischen Imperialisten in Südvietnam errichtet wurde; Sturz des Marionettenregimes, das von den USA ausgehalten wird; Ablehnung der Marionetten-„Nationalversammlung“ die von den amerikanischen Imperialisten und ihren Lakaien eingesetzt wurde; Aufhebung der sogenannten „Verfassung“ und aller antinationalen und antidemokratischen Gesetze der amerikanischen Imperialisten und des Marionettenregimes.

● Durchführung allgemeiner freier Wahlen, Wahl einer Nationalversammlung auf wahrhaft demokratische Weise nach den Grundsätzen des allgemeinen Wahlrechts und gleichberechtigter, direkter, geheimer Wah-

len. Diese Nationalversammlung soll das Staatsorgan sein, das die höchste Macht in Südvietnam ausübt, sie soll eine demokratische Verfassung ausarbeiten, die die Hauptbestrebungen aller südvietnamesischen Bevölkerungsschichten voll widerspiegelt und die Schaffung einer Staatsstruktur der breiten Demokratie und des Fortschrittes garantiert. Zusicherung der parlamentarischen Immunität für alle Abgeordneten der Nationalversammlung.

● Bildung einer Regierung der demokratischen nationalen Union unter Einbeziehung der repräsentativsten Persönlichkeiten allen Volksschichten, allen Nationalitäten, allen Religionen, allen patriotisch gesinnten Persönlichkeiten

Entwicklung einer unabhängigen nationalen Wirtschaft, Landwirtschaft und Kultur

2. Aufbau einer unabhängigen, souveränen Wirtschaft, Verbesserung der Lebensbedingungen des Volkes,

3. Durchführung der Agrarpolitik, Verwirklichung der Losung „Das Land denjenigen, die es bebauen“,

Das Recht auf Arbeit und Erholung für jeden Werktätigen wird garantiert

5. Wahrung der Interessen und Fürsorge für die Lebensbedingungen der Arbeiter, der Werktätigen und der Angestellten;

6. Aufbau starker bewaffneter Befreiungskräfte Südvietnams zur Befreiung des Volkes und zum Schutz des Vaterlandes.

In den Punkten 7 und 8 des Programms werden die Verpflichtungen der künftigen Regierung gegenüber den Gefallenen und deren Angehörigen sowie gegenüber den Kriegsverletzten und den Opfern der amerikanischen Aggression festgelegt. Der Punkt 9 behandelt die Gleichstellung der Frau und den Schutz für Mutter und Kind.

10. Alle Nationalitäten genießen gleiche Rechte und haben gleiche Pflichten:

Wege zur friedlichen Wiedervereinigung und selbständigen Außenpolitik

Vietnam ist eins. Die vietnamesische Nation ist eins. Keine Kraft vermag unser Vaterland zu spalten. Die Wiedervereinigung des Vaterlandes ist der heilige Wunsch unserer gesam-

ten Nation, Vietnam muß unbedingt wiedervereinigt werden. Die Nationale Front für die Befreiung Südvietnams empfiehlt folgendes:

● Verkündung und umfassende Verwirklichung der demokratischen Freiheiten, d. h. Redefreiheit, Presse- und Veröffentlichungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, gewerkschaftliche Freiheiten, Freiheit der Gründung von Organisationen und Parteien, Glaubensfreiheit, Demonstrationsfreiheit.

● Für die Bürger Gewähr der körperlichen Unverletzlichkeit der freien Wahl des Wohnsitzes, Wahrung des Briefgeheimnisses, der Freizügigkeit, Recht auf Arbeit und auf Erholung und das Recht auf Bildung.

● Durchsetzung der Gleichberechtigung der Geschlechter und der Gleichberechtigung der Nationalitäten.

4. Aufbau einer demokratischen, nationalen Kultur und eines demokratischen, nationalen Volksbildungswesens, Entfaltung von Wissenschaft und Technik, Entfaltung des Gesundheitswesens.

Die nationalen Minderheiten haben das Recht, ihre Sprache und ihre Schrift anzuwenden, um ihre nationale Kultur und ihre nationale Kunst zu entfalten und ihre Sitten und Bräuche zu erhalten oder zu verändern.

11. Die Glaubensfreiheit respektieren, Zusammenschluß und Gleichheit der Religionen verwirklichen.

Punkt 12 sichert den Offizieren und Soldaten des Saigoner Regimes humane Behandlung zu, wenn sie zur Sache des Volkes zurückfinden.

Punkt 13 behandelt die Wahrung der Rechte der vietnamesischen Staatsbürger im Ausland.

Punkt 14 legt die Rechte und Pflichten ausländischer Staatsbürger in Südvietnam fest.

ten Nation, Vietnam muß unbedingt wiedervereinigt werden. Die Nationale Front für die Befreiung Südvietnams empfiehlt folgendes:

1. Die Wiedervereinigung Vietnams

soll schrittweise mit friedlichen Mitteln vollzogen werden nach dem Prinzip von Verhandlungen zwischen den zwei Gebieten Vietnams, ohne Zwang auf beiden Seiten und ohne fremde Einmischung.

Außenpolitische Ziele

Die FNL verfolgt eine Außenpolitik des Friedens und der Neutralität, der Garantie der Unabhängigkeit, der Souveränität, der Einheit und der territorialen Integrität des Landes und der Erhaltung des Weltfriedens. Diese Politik besteht in folgenden konkreten Punkten:

Herstellung diplomatischer Beziehungen mit allen Ländern ohne Unterschied des politischen Systems und der Gesellschaftsordnung nach dem Prinzip der gegenseitigen Achtung der Unabhängigkeit, der Souveränität und der territorialen Integrität, des Nichtan-

2. Bevor die Wiedervereinigung des Landes vollzogen ist, vereinigt die Bevölkerung der beiden Gebiete Vietnams ihre Kräfte stetig, um gemeinsam gegen den fremden Eindringling zu kämpfen und das Vaterland zu verteidigen.

griffs, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, der Gleichberechtigung, des beiderseitigen Nutzens und der friedlichen Koexistenz.

Annullierung aller von dem Marionettenregime mit den USA und anderen Ländern auf ungleicher Basis geschlossenen Abkommen.

Respektierung der ökonomischen und kulturellen Interessen der Länder, die den Kampf des vietnamesischen Volkes gegen die amerikanische Aggression und für das nationale Wohl billigen und unterstützen oder ihm Hilfe leisten.

★

Das vietnamesische Volk wird siegen! Kämpfer und Landsleute des Südens, schreitet tapfer voran unter dem glorreichen Banner der Nationalen Befreiungsfront Südviets!

Für die Mappe des Propagandisten

Bilanz der Wirtschaftskrise

Empfindlicher Produktionsrückschlag

In den beiden bisherigen Quartalen des Jahres 1967 erreichte das Sozialprodukt einen Umfang, der um jeweils zwei Prozent unter dem Vorjahresniveau blieb. Für das zweite Halbjahr sind weitere Rückschläge zu erwarten. In der Industrie ist die Produktion erstmals seit 1949 bereits für den Zeitraum eines vollen Jahres (Juli 1966 bis Juni 1967) gegenüber dem Vorjahr absolut — um drei Prozent — abgesunken. Seit Anfang 1967 schrumpften die Produktionsziffern hier sogar unter den Stand des jeweils vergleichbaren Monats im Jahre 1965! Gegenüber der gleichen Vorjahreszeit betrug der Rückgang der industriellen Produktion im ersten Vierteljahr 1967 4,8 und im zweiten Quartal sogar mindestens sechs Prozent. Selbst Branchen, die bisher als typische Wachstumsindustrien gal-

ten, wie der Automobilbau und die elektrotechnische Industrie, wurden stark von der Abwärtsbewegung ergriffen. Nur noch die chemische Industrie und die Mineralölverarbeitung weisen mit einigen Nebenzweigen noch ständiges Wachstum auf, wobei sich jedoch auch hier das Tempo stark verringert hat.

Als einziger ökonomischer Faktor wirkte bisher die ausländische Nachfrage der Krise entgegen. Mit einem Exportüberschuß in Höhe von 8,8 Milliarden DM brachte das erste Halbjahr 1967 sogar einen neuen Rekord. Allerdings ist infolge der zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten in wichtigen Exportländern nicht damit zu rechnen, daß die Auslandsaufträge auch in der zweiten Jahreshälfte im

gleichen Tempo weiter wachsen werden.

Im übrigen vermochte selbst die bisherige überaus rasche Ausfuhrerexpansion den inländischen Nachfrageaus-

fall nicht entfernt zu kompensieren. Dieser ist zur Zeit so umfangreich, daß 25 bis 30 Prozent der industriellen Produktionsanlagen nicht genutzt werden können.

Hauptlast trägt die Arbeiterklasse

Die Auswirkungen der Krise treffen natürlich auch Teile der Kapitalistenklasse, insbesondere die Inhaber kleinerer und mittlerer Betriebe. So ist beispielsweise die Zahl der Insolvenzen während der vergangenen 12 Monate sprunghaft von 3251 auf 4250 gestiegen. Die Hauptlast hat jedoch die Arbeiterklasse zu tragen. Die Sorge, den Arbeitsplatz zu verlieren, hat breite Kreise der arbeitenden Bevölkerung erfaßt. Die Zahl derjenigen, die bereits ohne Beschäftigung sind, nahm gegenüber August 1966 kräftig um 273 700 zu, so daß ungeachtet der rund 300 000 inzwischen heimgekehrten Gastarbeiter im August dieses Jahres mindestens 359 500 Menschen auf Erwerbslosenunterstützung angewiesen waren. Zwar hat sich die Arbeitslosenzahl wie in jedem Jahr saisonbedingt seit Februar um 313 000 verringert; selbst bei unveränderter konjunktureller Lage muß aber aus den gleichen Gründen für den Winter mit einer erneuten Zunahme gerechnet werden. Selbst Springers „Welt“ hält in ihrer Ausgabe vom 6. September eine Arbeitslosenzahl von einer Million unter der Voraussetzung einer lang anhaltenden Frostperiode nicht für ausgeschlossen.

Für diejenigen Arbeiter und Angestellten, die ihren Arbeitsplatz behielten, steigerten sich die tariflichen Löhne im ersten Halbjahr nur wenig. Außerdem näherten sich die effektiv bezahlten Löhne durch den Abbau erkämpfter betrieblicher Sonderbedingungen und Lohnzuschläge mehr und mehr dem Tarifniveau. Soweit noch Bruttolohn erhöhungen erzielt werden konnten, wurden sie durch Steigerungen der Abzüge, der indirekten Steuerlast und der Preise für die Lebens-

haltung wieder beschnitten. Insgesamt stieg die volkswirtschaftliche Brutto-lohn- und -gehaltssumme im ersten Quartal 1967 noch minimal um 1,7 Prozent an, dagegen ging sie im zweiten Vierteljahr bereits schätzungsweise um 2 bis 3 Prozent zurück. Mit dem damit verbundenen Schrumpfen der Nachfrage nach Gütern und Leistungen des individuellen Bedarfs mußte sich jedoch die Absatzkrise weiter verschärfen.

Für eine vernünftige Wirtschaftspolitik läge es daher nahe, schleunigst Maßnahmen zur Stärkung der individuellen Nachfrage zu treffen und auf diese Weise schnell wirkende Impulse zu besserer Kapazitätsauslastung und regerer Investitionstätigkeit zu geben. Nun bedeuten aber höhere Löhne, daß die Profite niedriger werden, und umfangreichere Sozialaufwendungen bewirken eine Beschnidung der Rüstungsausgaben. Damit kann dieser im Interesse der Werktätigen liegende Krisenausweg nicht der der Konzerne und ihrer Regierung sein. Deren Maßnahmen sind vielmehr darauf gerichtet, Profiteinbußen der Monopole möglichst geringzuhalten und die im Expansionsinteresse der Konzerne liegenden staatlichen Ausgaben trotz der Finanzkrise weiterhin schnell auszudehnen. In diesem Sinne mutete der Bonner Wirtschaftsminister Schiller der Arbeiterklasse schon Anfang März im Rahmen seiner sogenannten konzertierten Aktion für 1967 stagnierende Reallöhne zu, während die Profite nicht zuletzt durch eine Reihe staatlicher Vergünstigungen um 22 Prozent (!) steigen sollten. In die gleiche Richtung zielt der als mittelfristige Finanzplanung apostrophierte Raubzug auf die Taschen der Werktätigen.

Mieten laufen davon

Wie zu erwarten, zeigte der Preisanstieg saison- und konjunkturbedingt eine gewisse Beruhigung. Es entspricht aber nicht der Wahrheit, daß die Lebenshaltungskosten sich

günstiger gestalten. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, lag der Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen - Arbeitnehmer - Haushalten mit mittlerem Einkommen Mitte Juli

1967 mit einem Stand von 115,1 (1962 = 100) um 0,1 Prozent höher als im Juni 1967 und um 1,6 Prozent höher als im Juli 1966. Am stärksten verteuerten sich von Mitte Juni bis Mitte Juli die Preise für Kartoffeln und Frischobst. Die Wohnungsmieten erhöhten sich von Juni 1967 bis Juli 1967 im Durchschnitt um 0,4 Prozent. Die Wohnungsmieten (einschließlich Garagennutzung) stiegen von Januar bis August 1967 um 6,9 Prozent. Im Zusammenhang mit der Nahostkrise stiegen die Preise für leichteres Heizöl vom Juni 1967 bis Juli um 12,6 Prozent und für Benzin um 5,6 Prozent. Als neuen Versuch zur

Überwindung der Krise hat die Bonner Regierung zur Stützung der Profite einen zweiten Investitionshaushalt mit einem Volumen von 5,3 Milliarden DM beschlossen. Das Schwergewicht der inflationistischen Auftragsschöpfung soll wegen der starken Verflechtung mit anderen Industriezweigen auf die Bauwirtschaft gelegt werden. Eine schnelle Wirkung oder gar ein unmittelbarer konjunktureller Aufschwung ist aber, nicht zuletzt wegen der Langfristigkeit umfangreicher Investitionsvorhaben, auch von diesem erneuten Versuch nicht zu erwarten.

Tatsachen aus der DDR

Schule 1967

● 284 000 Schulanfänger gingen mit ihren neuen Mappen am 1. September zum ersten Male den Weg zur Schule.

● 137 000 Schüler, das sind 74,4 Prozent der 8. Klassen des letzten Schuljahres, begannen ihr 9. Schuljahr in der zehnklassigen oder erweiterten Oberschule.

● Über 27 000 Schüler, die mit besonders guten Ergebnissen die 8. Klasse abschlossen, besuchen zum ersten Male Vorbereitungsklassen für die erweiterte Oberschule. In zwei Jahren erfolgt die Auswahl der Anwärter für die Abiturstufe (11. und 12. Klasse) aus den Absolventen der 10. Klasse.

● 6700 junge Lehrer begannen nach erfolgreichem Abschluß des Studiums ihre Tätigkeit in der Schule.

● Nach den 1. und 2. Klassen erhielten jetzt die 3. Klassen präzisierte Lehrpläne für den heimatkundlichen Deutschunterricht und Sport, die 4. Klassen für Mathematik. Für die 6. Klassen gibt es in fast allen Fächern neue Pläne — damit wird die im Vorjahr in den 5. Klassen begonnene komplexe Einführung präzisierte Lehrpläne für eine ganze Klassenstufe fortgesetzt. Auch in den Vorbereitungsklassen für die erweiterte Oberschule wird nach präzisierten Lehrplänen unterrichtet, angeglichen dem Lehrstoff der erweiterten Oberschule.

● 28 Millionen Schulbücher brachte der Verlag Volk und Wissen zu diesem Schuljahr heraus, darunter 66 neuentwickelte Bücher für verschiedene Klassenstufen, versehen mit Sachregistern, Begriffskatalogen, schematischen Übersichten und ansprechenden Illustrationen, die den Schüler zur schöpferischen geistigen Arbeit anregen.

17 093 921 Einwohner in der DDR

Wie die Staatliche Zentralverwaltung für Statistik mitteilt, lebten am 31. Juli 1967 in der DDR 17 093 921 Einwohner. (Stand vom 30. April: 17 086 377 Bürger.)

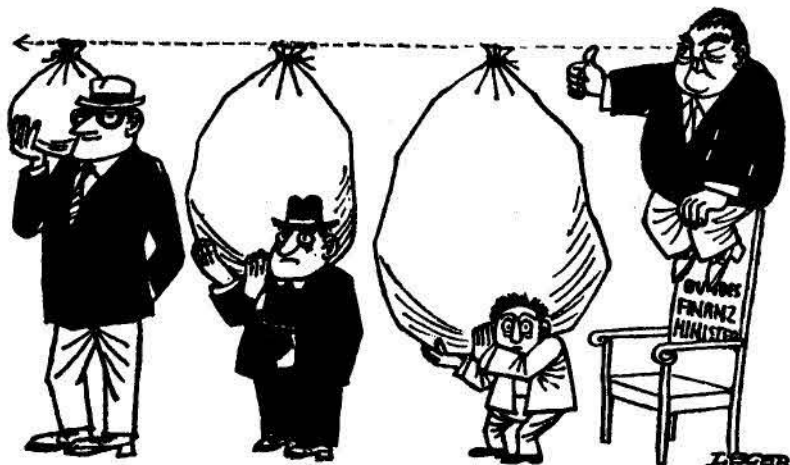
Im Juli dieses Jahres wurden 21 403 Kinder geboren; 10 435 davon waren Mädchen. 12 963 junge Paare gingen im gleichen Zeitraum die Ehe ein.

Millionenbeträge für Kalikumpel

Beispiellos in der Geschichte des deutschen Kalibergbaus sind die Sozialleistungen für die Beschäftigten dieses Industriezweiges in der DDR. In den zwölf Kaliwerken der DDR stehen den Bergarbeitern zweckmäßige und komfortable soziale Einrichtungen der verschiedensten Art zur Verfügung. Für mehr als 14 Millionen Mark wurden z. B. Kauen und Sozialgebäude in den Kaliwerken der Rhön, des Südharz sowie in den Werken Staffort und Teutschenthal modernisiert oder neu geschaffen. Aus zusätzlichen Gewinnen des Industriezweiges konnten 1966 in Bergarbeiterorten 600 Kindergarten- und Krippenplätze eingerichtet werden.

Magnet DDR-Buchkunst

Dem Besucher der internationalen Leipziger Buchmesse in diesem Herbst



Die Lösung der Finanzmisere: Gleich hohe Belastung für alle . . .

Aus: „Gewerkschaftspost“

fiel wiederum auf, daß sich die Produktion der DDR-Verlage starker internationaler Anerkennung erfreut. So erfuhr man, daß die DDR kürzlich auf der internationalen Buchausstellung in Moskau, die zum Jubiläum der Oktoberrevolution stattfand, erfolgreichstes Teilnehmerland war. Eine internationale Jury vergab für sechs Bücher aus der DDR Diplome und sprach sieben weiteren Büchern aus DDR-Verlagen ehrende Anerkennungen aus. Unter den mit Diplomen gewürdigten Werken befinden sich die mehrbändige Ausgabe der „Weltgeschichte“ des VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, der Band „4000 Jahre Glas“ aus dem VEB Verlag der Kunst, und die achtbändige „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ aus dem Dietz Verlag Berlin.

Aufbau des Stadtzentrums Berlin

Vor der Stadtverordnetenversammlung in Berlin gab Oberbürgermeister Friedrich Ebert den Rechenschaftsbericht des Magistrats über die Arbeit in den vergangenen vier Jahren. Die industrielle Bruttoproduktion stieg von 1962 bis 1966 in Berlin auf 118,4 Prozent.

Als einen Schwerpunkt der Arbeit von 1963 an nannte Friedrich Ebert den Aufbau des Stadtzentrums. In den Jahren bis 1970 wird die Hauptkraft des weiteren Aufbaus auf den komplexen

Ausbau der Rathausstraße, Liebknechtstraße, Alexanderplatz und Hans-Beimler-Straße bis zum Königstor erfolgen. Dabei erhält der Alexanderplatz eine völlig neue Verkehrslösung und bauliche Gestaltung mit Hochbauten unter weitgehender Einbeziehung von Wohngebäuden. Der Fernsehturm innerhalb dieses Komplexes wird 1969 zur Nutzung, die am Fuße des Turmes gelegene Gaststätte als Ringbebauung bis 1970 übergeben.

In den vergangenen vier Jahren wurden 20 500 modern gestaltete Neubauwohnungen übergeben. Wurden 1962 nur 18 Prozent der fertiggestellten Wohnungen mit zentraler Wärmeversorgung ausgestattet, wird ihr Anteil im Jahre 1967 rund 85 Prozent erreichen.

* * *

Aus Anlaß des 100. Geburtstages von Maxim Gorki am 28. März kommenden Jahres konstituierte sich das Maxim-Gorki-Komitee der DDR, zu dessen Ehrenpräsident Prof. Dr. Johannes Dieckmann ernannt wurde. Als Präsident wurden Alexander Abusch und als Vizepräsidenten Klaus Gysi, Anna Seghers, Ludwig Renn und Arnold Zweig berufen. Das Komitee beriet in seiner konstituierenden Sitzung den Plan für wissenschaftliche Konferenzen und Gorki-Ehrungen in der DDR.